

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 4.23

Der Mühlenhof hat eine Nachfolgerin _32

Flexiblere Verträge für Landwirtschaft und Naturschutz _38

Mit dem Zug übers Land _46



Vielfalt nutzen!

Inhalt



Seite 32 —
Der Mühlenhof hat
eine Nachfolgerin



Seite 38 —
Flexiblere Verträge für
Landwirtschaft und Naturschutz



Seite 46 —
Mit dem Zug übers Land

Für das Netzwerk

INSIDE

- 5 — #ARIAwards23: Wer sind die Sieger?
- 5 — Unser Orga-Team
- 5 — Neues Engagement für die ländlichen Räume

DAS WAR

- 6 — Agri-Photovoltaik – Potenzial einer doppelten Ernte?
- 7 — Rückenwind für die Regionalentwicklung
- 7 — Mehr Schweineställe wie diese – Interview

DAS WAR / DAS KOMMT

- 8 — Für Akteure in EIP-Agri

DAS KOMMT

- 8 — Welche Werte braucht das Land?
- 9 — Flächenschutz braucht mehr Aufmerksamkeit
- 9 — Kollegiale Beratung für Regionalmanagements

Im Fokus

- 10 — Intro
- 12 — Mehr Vielfalt wagen
- 14 — Gleichstellung fördern
- 17 — Gegen Diskriminierung

GLEICHSTELLUNG DER FRAUEN

- 18 — Mit mehr Frauen wird ein Gremium diverser – Statement
- 19 — Beteiligungskiller*in: Die Frauenquote! – Statement
- 20 — Engagement geschlechtersensibel gestalten
- 22 — Eine Hofnachfolgerin behauptet sich
- 24 — Mentoring stärkt
- 25 — Für mehr Kommunalpolitikerinnen

GELEBTE VIELFALT

- 26 — LEADER kann Vielfalt
- 28 — Tradierte Rollenbilder in Frage stellen
- 29 — Ist der Wunsch nach Vielfalt Konsens? – Interview



ab Seite 10

Im Fokus: Vielfalt nutzen!

Die gleichberechtigte Teilhabe aller ist ein Ziel unserer Gesellschaft. Doch nach wie vor begegnen sich die Menschen hierzulande meist nicht auf Augenhöhe. Dabei können verschiedene Blickwinkel – nicht nur von Männern und Frauen – Impulse setzen. Wir zeigen ausschnitthaft, welche Ansätze die Menschen in den ländlichen Regionen ausprobieren, damit alle gehört werden.

Aus der Praxis

- 30 ___ Ländliche Bibliotheken: Viel mehr als Bücher
- 32 ___ **„Eine Hofübergabe ist nie einfach“**
Rieke Künsemöller stand vor der Frage, ob sie den Bio-Betrieb ihres Vaters übernehmen soll. Bei ihrer Entscheidung spielte auch die konsequent regional ausgerichtete Vermarktung des Betriebs eine Rolle.
- 34 ___ LEADER-Region Havelland: Bewährtes und Neues

Forschung trifft Praxis

- 36 ___ AKIS systematisch betrachten

Prozesse und Methoden

- 38 ___ **Flexiblere Verträge**
Studien zeigen: Was die Landwirtschaft für Naturschutz tut, gilt es zu honorieren. Besonders effektiv sind regional angepasste und kooperative Maßnahmen. Ein Forschungskonsortium aus neun EU-Mitgliedstaaten hat sie untersucht.

Perspektiven

POLITIK & GESELLSCHAFT

- 40 ___ Von Pflanzenfotos und Begehungsf lächen

BILDUNG & FORSCHUNG

- 42 ___ Region braucht Kultur braucht Region
- 44 ___ Mehrfunktionshäuser: Mehr als Services

PARTNER & EXPERTEN

- 46 ___ **Mit dem Zug übers Land**
Seit einigen Jahren reaktiviert die Deutsche Bahn stillgelegte Strecken. In Hessen und Niedersachsen profitieren ganze Regionen davon.

DIE POSITION

- 49 ___ Gelten für Großunternehmen andere Maßstäbe?

Service

- 50 ___ angelesen
- 51 ___ angekündigt
- 52 ___ Termine



Liebe Lesende,

wir werden weniger, älter, bunter – so werden lapidar die Auswirkungen des demografischen Wandels zusammengefasst. Auf dem Land werden wir tatsächlich weniger, älter, grauer. Eine Möglichkeit, um gegenzusteuern: bunter werden. Jeder Mensch ist anders und kann seinen eigenen Teil dazu beitragen, seinen Ort, seine Region, den ländlichen Raum weiterzuentwickeln. Man muss die Menschen nur lassen.

Bund und EU möchten mit Vorgaben und Gesetzen die Ungleichheit zwischen den Menschen beseitigen und die Gleichstellung der Geschlechter stärken. Was bedeutet das in der Realität? Diese Ausgabe zeigt Ansätze zu Inklusion, Integration und Beteiligung. Auch wird das Für und Wider der Frauenquote diskutiert: Die Autorinnen haben unterschiedliche und für sich jeweils nachvollziehbare Argumente. In einem sind sie sich aber einig: Wir müssen den Menschen die Möglichkeit geben, sich einzubringen und mitzugestalten, so wie es ihre jeweilige Situation zulässt. Das heißt, die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Es gilt, auch gewachsene Strukturen im Gemeinderat oder in Vereinen aufzubrechen.

Letztendlich sind wir alle gefordert, das Gewohnheitsrecht beiseite zu legen. Wenn wir ehrlich sind, hat doch jede und jeder von uns bestimmte Rollenbilder und entsprechende Erwartungen im Kopf. Wir sollten sie überdenken. Warum sind es immer noch vor allem Frauen, die wie selbstverständlich Familie und Beruf unter einen Hut bringen müssen? Können ältere Menschen wirklich nichts mit neuen Medien anfangen? Junge Menschen einzubinden und zu beteiligen, ist richtig und wichtig. Warum sind wir enttäuscht, wenn sie nicht alle dankbar und enthusiastisch mitmachen? Damit Beteiligung klappt, möchte die Jugend Spaß bei der Sache haben – wollen wir das nicht alle? Eine offene und klare Kommunikation hilft weiter.

Jede und jeder von uns ist aufgefordert, nachzudenken und zu hinterfragen, welches Bild, welche Erwartungen, welche Vorurteile sie oder er hat und warum. Spielen sie überhaupt eine Rolle? Letztendlich geht es darum, unsere Heimat lebenswert und zukunftsfähig, also bunter, zu gestalten. Dazu braucht es uns alle.

In diesem Sinne wünsche ich viel Spaß für Jung und Alt bei der Lektüre!

Moritz Kirchesch

Moritz Kirchesch arbeitet bei der DVS im Bereich Regional- und Dorfentwicklung.

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung (BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume – für die Gemeinsame
Agrarpolitik der EU (DVS)
Redaktion: Andrea Birrenbach, Anja Rath,
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
Sophia Drechsler, Arno Blaskowski und
Heike Zipper (DVS)

Titelbild: vvmich / Getty Images/iStockphoto

Rückseite: alzay / stock.adobe.com

Gestaltung: Max Nestor, Nestor GmbH
www.studionestor.de

Druck: Kunst- und Werbedruck,
Bad Oeynhausen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume –
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (DVS)
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3435, -3461
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.dvs-gap-netzwerk.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de und unter
www.ble-medien-service.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die
Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung
übernommen.
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine
Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort,
Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der
Quelle und Belegexemplar.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen.
Deshalb investieren wir Zeit und Mühe, um die Texte
diskriminierungsfrei zu gestalten. Wir wenden dabei die Regeln
der deutschen Sprache an.

LandInForm wird durch die Europäische Union im Rahmen der
Gemeinsamen Agrarpolitik gefördert. Zuständige
Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:
Iris Bahr: iba, Camilla Bentkamp: cbe, Andrea Birrenbach: abb,
Arno Blaskowski: abl, Sophia Drechsler: sdr, Jan Freese: jaf,
Leonie Göbel: Igö, Marie Halbach: mha, Markus Hinskes: him,
Stefan Kämper: stk, Moritz Kirchesch: mok, Felix Kupfernagel: fku,
Isabella Mahler: ima, Anja Rath: arh, Jens Reda: jre,
Jan Swoboda: jas, Dirk Thieves: dth, Heike Zipper: hez

Für das Netzwerk



1



2

#ARIAwards23: Wer sind die Sieger?

Insgesamt 92 Projekte aus der ganzen EU sind 2023 bei den „Agricultural and rural inspiration awards“ (ARIA) des europäischen Netzwerks zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP-Netzwerk) angetreten. Von den sieben Wettbewerbsbeiträgen aus Deutschland haben es zwei unter die Finalisten geschafft.

Um „Transparenz schaffen – von der Ladentheke bis zum Erzeuger“ bemüht sich das Lernort-Bauernhof-Projekt aus Niedersachsen. Es startete in der Kategorie „Rural Stakeholder Skills“, bei der es um die Kompetenzen ländlicher Akteure geht, in die Vorrunde. Insbesondere jungen Verbrauchern will das Projekt die Gelegenheit geben, sich vor Ort mit Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln sowie Klimaschutz und Biodiversität vertraut zu machen (Foto 1). Ein Netzwerk von Bildungsträgern und Betrieben macht es möglich, Veranstaltungen in großer thematischer Bandbreite an mehr als 650 außerschulischen Lernorten anzubieten.

In der Kategorie „Sozioökonomisches Gefüge des ländlichen Raums“ ist das Inklusionsprojekt „Mensch – Biene – Bildung“ aus Bayern angetreten: Menschen mit Beeinträchtigungen werden zu „Bienenhirten“ ausgebildet und übernehmen dann die Aufgabe, kleinen und großen Besuchern zu zeigen, wie gepflegte Streuobstwiesen und die Obsternte mit der Imkerei zusammenhängen (Foto 2).

Bis Anfang Dezember konnte die Öffentlichkeit online ihre Lieblingsprojekte wählen. Der Gewinner dieses Publikumspreises wurde gemeinsam mit den von der Jury benannten Siegern am 4. Dezember in Brüssel gekürt. [iba]



SERVICE:

Informationen zu den Finalisten aus Deutschland und zu den Gewinnerprojekten unter www.dvs-gap-netzwerk.de/aria23

Unser Orga-Team

Ein Kernelement der Vernetzungsarbeit sind Veranstaltungen zu vielfältigen Themen. Dass wir so viele anbieten können, LandInForm regelmäßig erscheint und viele andere Prozesse in der DVS funktionieren, ist unserem „Orga-Team“ zu verdanken: Heike Zipper, Sophia Drechsler, Leonard Kligen und Nina Jürges (nicht im Bild). Seit Oktober ist auch Frauke Poensgen wieder dabei (rechts im Bild). [arh]



KONTAKT:
dvs@ble.de



Neues Engagement für die ländlichen Räume

Jens Reda ist seit Ende Oktober Teil des DVS-Teams im Fachbereich Regional- und Dorfentwicklung: Dort liegt sein Fokus im Moment auf den Themen regionale Wirtschaftskreisläufe und Fachkräftesicherung. Die Entwicklung und der Wandel ländlicher Lebens- und Arbeitsweisen treiben ihn schon seit seinem Studium der Geografie sowie der Stadt- und Regionalentwicklung um. Zuletzt war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kiel tätig. Dort setzte er sich im Rahmen verschiedener Forschungsprojekte vor allem mit Fragestellungen zu bürgerschaftlichem Engagement und dörflicher Daseinsvorsorge auseinander. [jre]



KONTAKT:
Jens Reda, DVS
Telefon: 0228 6845-2661
jens.reda@ble.de

Das war



Agri-Photovoltaik – Potenzial einer doppelten Ernte?

So könnte die Doppelnutzung aussehen: Mahd im Solarpark Donaueschingen

Wie erfolgversprechend ist das Konzept, Photovoltaik auf landwirtschaftliche Flächen zu bringen? Und wie groß das Potenzial, darauf dann sowohl Energie als auch Nahrungsmittel zu erzeugen? Diesen Fragen gingen wir im Oktober bei einer DVS-Online-Veranstaltung mit mehr als 270 Teilnehmenden nach. [VON CAMILLA BENTKAMP]

Um das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 zu erreichen, ist ein zügiger und massiver Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland erforderlich. Laut Fraunhofer Institut müsste der Bereich Photovoltaik um das sechs- bis achtfache der heute installierten Leistung erhöht werden. Dadurch ergibt sich ein hoher Flächenbedarf – auch auf die landwirtschaftlichen Flächen, die für die Produktion von Nahrungsmitteln, Energiepflanzen oder den Naturschutz benötigt werden. Eine vielversprechende Lösung und gleichzeitig eine Chance sowohl für die Landwirtschaft als auch die Energiewende bietet die sogenannte Agri-Photovoltaik: Gemeint ist die kombinierte Produktion von erneuerbarer Energie und Nahrungsmitteln auf derselben Fläche.

Prämien für Photovoltaik-Flächen

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 hat sich die rechtliche Situation für Agri-Photovoltaik-Anlagen verändert. Nun dürfen auch Flächen eine Agrarförderung erhalten, die sich unter den Photovoltaik-Modulen befinden: Bis zu 85 Prozent der Flächenprämien können gewährt werden. Hoch aufgeständerte Anlagen werden zudem mit 1,2 Cent pro Ki-

lowattstunde gefördert. Anreize sind also da – aber die Möglichkeiten und Rentabilitäten unterschieden sich je nach Konzept stark, so Jonas Böhm vom Thünen-Institut, einer unserer Referenten.

Eine positive Entwicklung unterstützt auch das neulich beschlossene „Solarpaket 1“: Es soll den Ausbau von Photovoltaik in Deutschland beschleunigen und Agri-Photovoltaik-Anlagen vor allem auf Flächen fördern, die extensiv bewirtschaftet werden. Das könnte dem Naturschutz zugutekommen. Rebekka Blessenohl vom Naturschutzbund Deutschland betonte, dass es je nach Anlagentyp zwar möglich sei, die Biodiversität zu erhalten oder gar zu erhöhen, die Naturverträglichkeit bei der Planung aber berücksichtigt werden müsse.

Fehlende Speicher

Zurzeit gibt es in Deutschland noch recht wenige Anlagen. Gründe hierfür liegen insbesondere in den bislang und weiterhin hinderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen, vergleichsweise aufwendigen Genehmigungsprozessen sowie dem Mangel an geeigneten Speichersystemen. So berichtete Christian

Nachtwey, dass auf einer seiner Apfelplantagen zwar seit zwei Jahren eine Agri-Photovoltaik-Anlage stehe, der Strom aber wegen nicht lieferbarer Technikkomponenten nicht ins Netz einspeist werden könne. Trotzdem ist er der Meinung, dass Agri-Photovoltaik landwirtschaftlichen Betrieben eine neue Einkommensquelle bieten könne und ebenso deren Resilienz – auch gegenüber dem Klimawandel – erhöhe. Walter Albrecht, Leiter des Kommunalmanagements Lechwerke AG, bestätigte, dass es für den erzeugten Strom aus Agri-Photovoltaik noch keine effizienten Systeme zur Stromspeicherung gebe. Es werde weiter daran geforscht, welche Installationen zukunftsweisend sind und wie eine effiziente Energienutzung zu gestalten ist.

Die Vortragenden waren alles in allem optimistisch, was die Zukunft der Solarenergie vom Feld angeht. Einig waren sich alle in einem Punkt: dass man nicht unterschätzen dürfe, was die Bevölkerung fordert, denn es sei noch nicht klar, ob Agri-Photovoltaik akzeptiert werde.



SERVICE:

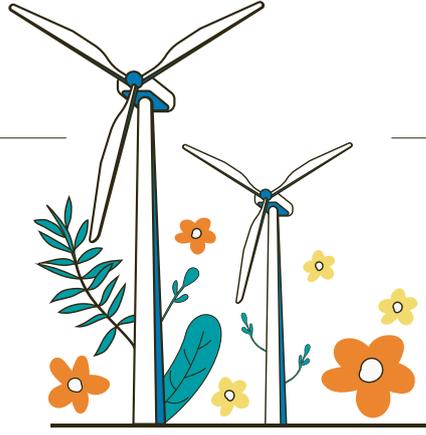
Dokumentation unter:
www.dvs-gap-netzwerk.de/agri-pv

KONTAKT:

Camilla Bentkamp, DVS
Telefon: 0228 6845-2770
camilla.bentkamp@ble.de

Das war

Rückenwind für die Regionalentwicklung



Etwa 100 Menschen folgten im September unserer Einladung in den Rhein-Hunsrück-Kreis. Dort erfuhren sie, wie der Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz zur Regionalentwicklung beitragen. [VON MARIE HALBACH]

Am Anfang der Entwicklungen im Rhein-Hunsrück-Kreis stand eine Erkenntnis: Jährlich flossen rund 290 Millionen Euro als Ausgaben für die Versorgung mit Energie wie Strom und Wärme aus der Region hinaus. Durch die systematische Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen und den Ausbau erneuerbarer Energien gelang es, die Ausgaben zu verringern und Mittel in der Region zu halten. Günstige Windbedingungen und die Tatsache, dass viele für Windkraft geeignete Flächen in kommunaler Hand sind, waren für diese Entwicklung von Vorteil.

2019 erhielt der Kreis die Auszeichnung „Energiekommune des Jahrzehnts“. Es sind Arbeitsplätze und zusätzliche Einnahmen für die Kommunen entstanden. Die jährliche regionale Wertschöpfung aus dem Betrieb der Anlagen, die erneuerbare Energien erzeugen, beträgt 44 Millionen Euro. Die Zusatzeinnahmen stehen für die Daseinsvorsorge vor Ort zur Verfügung. Der Schuldenstand beim Kreis, den Verbandsgemeinden und Kommunen ist der niedrigste in Rheinland-Pfalz. Bei Exkursionen zu Windkraft-, Wärme- und Bürgerenergieprojekten konnten sich die Teilnehmenden ein Bild davon machen, wie viel Arbeit hinter dieser scheinbar einfachen Rechnung steckt – Kreis und Kommunen leisten sie gemeinsam mit den Menschen und Unternehmen in der Region.

Wie lässt sich auch in anderen Regionen eine bürgernahe Energiewende mit Regionalentwicklung verbinden? Und was kann LEADER dazu beitragen? Diese Fragen standen am zweiten Tag in neun Workshops im Fokus. Die Teilnehmenden lernten LEADER-Praxisbeispiele und Bürgerenergieprojekte kennen, konnten Methoden ausprobieren oder ihr Fachwissen vertiefen. Ein erstes Fazit: Über eine aktive Regionalentwicklung und gezielte Vernetzung bietet LEADER viele Hebel, um die Erneuerbaren zu unterstützen. Es kann den Impuls dafür geben, das Thema in der Region auf die Tagesordnung zu setzen und dazu motivieren, sich damit auseinanderzusetzen. Außerschulische Lernorte können darüber aufklären und Wissen vermitteln; LEADER kann unabhängige Beratung schaffen oder Bürgerenergie fördern. Mithilfe von Pilotprojekten lassen sich Innovationen anstoßen, die auf regional verfügbare Ressourcen und Bedürfnisse abgestimmt sind: Über LEADER geförderte Potenzialstudien haben nicht selten den Startschuss für langfristige Entwicklungen gegeben. In einigen LEADER-Regionen sind erneuerbare Energien sogar zum Leitthema geworden. Die Wege sind vielfältig.



SERVICE:
Dokumentation der Veranstaltung unter:
www.dvs-gap-netzwerk.de/hunsrueck

KONTAKT:
Marie Halbach, DVS
Telefon: 0228 6845-2614
marie.halbach@ble.de

Mehr Schweineställe wie diese

Die DVS greift mit einer Veranstaltungsreihe seit Jahren das Thema „Stallbau und Tierwohl“ auf. Im Oktober führte eine Exkursion zu schweinehaltenden Betrieben.



Markus Hinskes ist bei der DVS im Bereich Landwirtschaft tätig. Er hat die Veranstaltung gemeinsam mit Laura Schönberg und Dr. Sabine Schütze vom Netzwerk Fokus Tierwohl durchgeführt.

Markus Hinskes, braucht es für mehr Tierwohl in der Schweinehaltung neue Ställe?

Neue Ställe, das ist bei der Exkursion deutlich geworden, sind wichtig, um das Tierwohl zu verbessern. Aber es geht auch darum, bestehende umzubauen, um Tieren beispielsweise mehr Bewegungsfreiheit zu bieten. Dabei gibt es vielfältige Herausforderungen: von finanziellen und bürokratischen Hürden bis zu den Marktbedingungen und der Zahlungsbereitschaft von Verbrauchern.

Wo können Betriebe Unterstützung finden, um sie zu bewältigen?

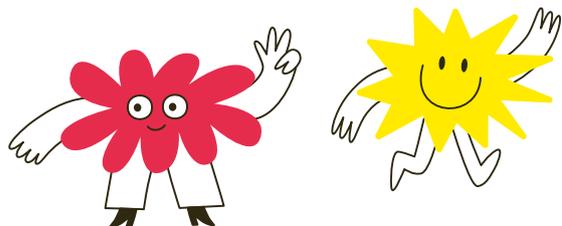
Institutionen wie die Landwirtschaftskammern oder das Netzwerk Fokus Tierwohl unterstützen mit Informationen und Best Practices. Außerdem gibt es Förderprogramme, etwa das zukünftige Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung. Wichtig ist auch der Austausch mit Landwirten, wie jenen, die wir besucht haben: Sie zeigen, was möglich ist und wie man es umsetzen kann.

Vielen Dank für das Gespräch!
Die Fragen stellte Anja Rath.



SERVICE:
Dokumentation der Veranstaltung unter:
www.dvs-gap-netzwerk.de/stallbau

Welche Werte braucht das Land?



Was ist Lebensqualität? Und mit welchen Maßstäben lässt sich eine faire, dem Gemeinwohl verpflichtete, ressourcenschonende regionale Entwicklung bewerten? Das fragen die DVS, die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG), die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG) und das Büro Brüssel der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei ihrem Fachforum am 25. Januar 2024 im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin.

Intakte Gemeinschaft, Freiheit zur Mitgestaltung und ein anregendes und gesundes Umfeld zählen zum guten Leben genauso wie ein sicheres Einkommen – über Lebensqualität bestimmen viele Faktoren. Der Erfolg von Förderung wird häufig mit wirtschaftlichem Wachstum gemessen und läuft Gefahr, dieses mit steigender Lebensqualität gleichzusetzen. Geeignete Maßstäbe für Lebensqualität zu definieren, die über die rein ökonomische Bewertung hinausgehen, darum ringen LEADER-Aktionsgruppen seit Jahren.

In der eineinhalbstündigen Veranstaltung spricht Petra Pinzler aus der Hauptstadttredaktion der „Zeit“ über Lebensqualität und deren Messung. Sie erläutert, warum ein erweiterter Wohlstandsbegriff notwendig ist. Danach wollen wir mit Ihnen diskutieren: Wie schaffen wir es, ein gemeinwohlorientiertes Verständnis von Wert-Schöpfung – also von Wert in Verbindung mit Schöpfung – zu entwickeln und in konkretes Handeln in Region und Dorf umzusetzen? [stk]

i

SERVICE:
Programm und Anmeldung unter:
www.dvs-gap-netzwerk.de/zukunftsforum

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de



Auf dem Programm des 7. OG-Workshops standen auch Exkursionen, etwa der Besuch in einer ökologischen Geflügelschlachtung.

Für Akteure in EIP-Agri

Die DVS unterstützt die sogenannten Operationellen Gruppen (OGs), die im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktion und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) zu praxisnahen Fragen forschen: Wir bieten Vernetzungsveranstaltungen und Materialien, etwa eine Hilfe zur Selbstevaluierung. [VON LEONIE GÖBEL]

Tipps für die Projektarbeit gab es beim 7. OG-Workshop in Kassel: Die Teilnehmenden aus den OGs tauschten sich in einem der sechs angebotenen Workshops darüber aus, wie sie vorgehen sollten, um eine geeignete Förderung für ihr Projekt zu finden. Das Schreiben von Pressemitteilungen war Thema eines anderen Workshops. Wie sich bereits zu Beginn der Antragsstellung die Interessen aller berücksichtigen lassen, wie Projektmanagement helfen kann und welche Möglichkeiten es im Fall eines Konflikts gibt, das behandelten weitere Workshops. Die Unterlagen sind online verfügbar. Dort gibt es auch eine von der DVS überarbeitete Checkliste zur Selbstevaluierung.

Nachhaltigkeit im Weinbau

Mit thematischen Workshops greift die DVS Inhalte auf, die von den OGs gewünscht sind. Am 17. und 18. Januar 2024 diskutieren acht OGs in Freiburg über das Thema Wein: Wie kann ein Mehrwegsystem für Weinflaschen aussehen? Wie viel CO₂ fällt auf einem Weingut an? Wie können künstliche Intelligenz und Digitalisierung zu mehr Nachhaltigkeit auf den Betrieben führen? Interessierte aus Praxis, Beratung, Wissenschaft und Verwaltung sind eingeladen, an der kostenlosen Veranstaltung teilzunehmen.

i

SERVICE:
Unterlagen aus dem 7. OG-Workshops unter:
www.dvs-gap-netzwerk.de/eip-og-7
Hilfe zur Selbstevaluierung unter:
www.dvs-gap-netzwerk.de/agrar-umwelt/eip-agri/materialien-fuer-ogs
Anmeldung zum OG-Workshop Wein unter:
www.dvs-gap-netzwerk.de/eip-wein

KONTAKT:
Dr. Leonie Göbel, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
leonie.goebel@ble.de



Das kommt

Flächenschutz braucht mehr Aufmerksamkeit



Heute werden etwa 55 Hektar unbebaute Flächen, also auch landwirtschaftliche Flächen, pro Tag in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Das entspricht an- nähernd 80 Fußballfeldern: Sie gehen als Lebensraum für Tier- und Pflan- zenarten, als fruchtbare Böden mit wichtigen Funktionen für Umwelt-, Kli- maschutz und Klimafolgenanpassung sowie als Erholungsraum verloren. Die Bundesregierung will die tägliche In- anspruchnahme von Flächen bis 2030 auf weniger als 30 Hektar senken. Doch nach einer deutlichen Verringe- rung seit dem Ende der 1990er-Jahre nahm sie in den vergangenen Jahren nicht weiter ab, sondern leicht zu.

Mit dem Online-Workshop am 6. Feb- ruar 2024 wollen wir deshalb Instru- mente zum Flächensparen kritisch be- trachten und ihre Wirksamkeit disku- tieren. Anregungen sollen erfolgreiche Beispiele auf regionaler, lokaler sowie Objektebene geben. [mha/arh]



SERVICE:
Weitere Informationen:
www.dvs-gap-netzwerk.de/flaeche

KONTAKT:
Marie Halbach, DVS
Telefon: 0228 6845-2614
marie.halbach@ble.de

Kollegiale Beratung für Regionalmanagements

Learning by doing – Lösungen an eigenen Beispielen erarbeiten: Die DVS unterstützt dabei.

Eine Regionalmanagerin ist im Arbeitsalltag oft- mals eine Einzelkämpferin. Bei der kollegialen Beratung der DVS erhält sie die Möglichkeit, Probleme und Lösungen mit Menschen zu reflektieren, die im gleichen Arbeitsfeld tätig sind: In Gruppen mit fünf bis sechs Personen aus mindestens zwei Regio- nen stellen sich die Teilnehmenden aus den Regional- managements gegenseitig ihre kniffligen Fälle vor und entwickeln gemeinsam Lösungen. Dabei nehmen sie wechselseitig die Rolle der beratenden und die der nach einer Lösung suchenden Person ein. Durch den klar strukturierten Ablauf und gezielte Fragen können in kurzer Zeit auch komplexe Problemstellungen be- arbeitet werden. Ein positiver Nebeneffekt der gegen- seitigen Beratungen ist, dass die Teilnehmenden auch von den für die anderen Fälle erarbeiteten Lösungsan- sätzen profitieren.

Mögliche Fallbeispiele

Was kann ich tun, damit wir in unserer Region gemein- sam gut zusammenarbeiten? Das könnte eine Frage für die kollegiale Beratung sein. Oder: Wie lässt sich einem Projektträger die eindeutige Ablehnung seines Projekts kommunizieren? Manchmal steigen Partner aus einem Projekt aus – was dann? Wie gelingt es, die Entwicklungsziele so zu vermitteln, dass sie die Men- schen vor Ort motivieren?

Interessierte LEADER-Regionalmanagements können sich für die kollegiale Beratung bewerben. Die DVS fi- nanziert die Schulung. Schulungsraum, Unterkunft so- wie Verpflegung müssen von den Regionalmanage- ments selbst organisiert werden. [mok]



SERVICE:
Weitere Informationen:
www.dvs-gap-netzwerk.de/kollegial

KONTAKT:
Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de



Vormerken

Tagung in Bonn
24. und 25. April 2024

GAP, ELER und Umwelt – EU-Agrarförderung für den Natur- und Umweltschutz



SERVICE:
www.dvs-gap-netzwerk.de/gap-umwelt

Dreitägige Veranstaltung im Zeitraum 10. bis 13. Juni 2024 in Kaiserslautern

Bundesweites LEADER-Treffen



SERVICE:
Infos und Anmeldung ab März 2024 unter www.dvs-gap-netzwerk.de/leadertreffen

IM FOKUS

Vielfalt nutzen!

Die gleichberechtigte Teilhabe aller ist ein Ziel unserer Gesellschaft. Doch nach wie vor begegnen sich die Menschen hierzulande meist nicht auf Augenhöhe. Dabei können verschiedene Blickwinkel – nicht nur von Männern und Frauen – Impulse setzen. Wir zeigen ausschnitthaft, welche Ansätze die Menschen in den ländlichen Regionen ausprobieren, damit alle gehört werden.



 Liebe Leser*innen,
★
★ Leser:innen,
★
★ Leser und Lesende,

passend zu unserem Fokusthema verwenden wir in den Beiträgen zum Themenschwerpunkt verschiedene sprachliche Mittel, um die Texte gendergerecht zu formulieren: Was sagt Ihnen am meisten zu? Bitte geben Sie uns Ihr Feedback unter: <https://netzwerk-laendlicher-raum.questionpro.eu/gendern-in-landinform>



Mehr Vielfalt wagen

Ob unsere Gesellschaft bunter wird oder die vorhandene Vielfalt einfach sichtbarer, darüber lässt sich trefflich streiten. Toleranz und Offenheit im Miteinander sind in jedem Fall förderwürdige Prinzipien. Integrative Ansätze wie LEADER verstehen Perspektivenvielfalt als Potenzial. Doch es bleibt eine Aufgabe, Mechanismen der Ausgrenzung zu überwinden. [VON JUDITH ELBE]

Spätestens seit Nachhaltigkeit und Integration in unserer Gesellschaft zu politischen Zielen geworden sind, ist das Denken über inhaltliche Grenzen hinweg zum festen Bestandteil regionaler Entwicklung geworden. Vernetzung ist dabei ein wichtiges Werkzeug, um gemeinsam Interessen zu vertreten und an Projekten zu arbeiten: Auf der Suche nach Synergien führen Akteur:innen ihre Kompetenzen unter einem thematischen Dach zusammen. In der Analyse von Vernetzungsprozessen zeigt sich, dass die Verschiedenartigkeit der Beteiligten ein wichtiger Erfolgsfaktor für Dynamik und langfristige Stabilität ist.

Warum ist das so? Bereits in den 1970er-Jahren arbeitete der amerikanische Soziologe Marc Granovetter in seinem Aufsatz „The

Strength of Weak Ties“ heraus, dass gerade lose Beziehungen zwischen Menschen, die kaum miteinander zu tun haben, einen großen Nutzen haben können. In schwierigen Situationen oder an Wendepunkten ermöglichen sie Zugang zu neuen Umfeldern und alternativen Sichtweisen und eröffnen so ansonsten verschlossene Handlungsoptionen. Diese ebenso einfache wie einleuchtende Erkenntnis hat bis heute nichts an Bedeutung verloren und erklärt, warum sich gerade ein Austausch zwischen Personen, die bisher keine Berührungspunkte hatten, auszahlen kann. Allein der mögliche Perspektivwechsel und daraus entstehende Impulse für das eigene Handeln eröffnen ein enormes Lernpotenzial.

Kraft des Perspektivwechsels

Wie sich dieses Potenzial aktiveren lässt, zeigt das folgende Beispiel aus einem größeren

Naturschutzprojekt anschaulich: Neben Naturschutzverbänden und -behörden waren auch zwei Bildungsstätten und der örtliche Tourismusverband eingebunden. Als „exotische“ Mitglieder wurden sie zunächst freundlich aufgenommen und als Multiplikator:innen für die naturschutzfachlichen Werte betrachtet. Im Laufe des Projektes entwickelten sie sich jedoch zu unersetzlichen Partner:innen im Zentrum des Netzwerks. Sie brachten nicht nur Zugang zu neuen Zielgruppen mit, sondern konnten die Inhalte didaktisch-methodisch aufbereiten, stießen eine Kooperation mit Akteur:innen aus dem Sport- und Freizeitbereich an und wurden zum Sprachrohr in die lokale Politik. Die christlich-spirituelle Interpretation der Inhalte durch eine der Bildungsstätten eröffnete den übrigen Mitgliedern des Verbundprojektes zudem einen alternativen Zugang zum eigenen The-



Liebe Leser*innen,
Leser:innen,
Leser und Lesende,

passend zu unserem Fokusthema verwenden wir in den Beiträgen zum Themenschwerpunkt verschiedene sprachliche Mittel, um die Texte gendergerecht zu formulieren:
Was sagt Ihnen am meisten zu?

Bitte geben Sie uns Ihr Feedback unter:
<https://netzwerk-laendlicher-raum.questionpro.eu/gendern-in-landinform>

kriminierendem Verhalten der Beteiligten zu verwechseln sind. Viele Menschen stehen vor alltäglichen Herausforderungen, die sie hindern, sich einzubringen. Rahmen, Themen und Kommunikationsformen stellen Anforderungen an potenzielle Beteiligte, die nicht alle gleichermaßen erfüllen können.

Unterschiedliche Ansätze, Jugendliche in der Erarbeitung der regionalen Entwicklungsstrategien für die laufende LEADER-Förderperiode einzubinden, zeigen ganz praktisch, worauf es ankommt: Beteiligungsansätze können sehr erfolgreich sein, wenn mit geeigneten Formaten an Orten, die sich ohne Auto erreichen lassen, Inhalte bearbeitet werden, die Jugendlichen wichtig sind. Lassen die erarbeiteten Ergebnisse dann noch relativ schnell Wirkungen erkennen, so passt das Angebot zu Bedürfnissen und Möglichkeiten der Jugendlichen. Verlässt man sich hingegen auf erprobtes Handwerkszeug „für Erwachsene“, steht man schon mal vor leeren Stühlen. Es lohnt sich also, die Förderung von Vielfalt aktiv zu gestalten und neue Wege zu erproben.

Chance Vielfalt nutzen

Müssen sich Handelnde wie bei LEADER am Ende des Tages allerdings an Kriterien wie geschaffene Arbeitsplätze und abgeflossene Projektmittel messen lassen und gelten Erfolge wie wachsende Solidarität, Demokratieverständnis oder gelingende Inklusion als schwer abbildbares Beiwerk, bleibt ein Dilemma. Was also tun, in der Praxis vor Ort? Bei allen Widersprüchen lautet die einfache Wahrheit: In der Vielfalt liegt großes Potenzial für Synergien, neue Ideen, wertvolle Impulse – Innovation. Nach drei Jahrzehnten LEADER können die einen auf etablierte Prozesse, funktionierende Teams und viele Handlungsmöglichkeiten setzen, denen es manchmal etwas an frischen Ideen fehlt. Die anderen suchen händeringend nach Verjüngung in den Vereinsstrukturen und nach neuem Engagement aus der Region heraus. Mehr Vielfalt wagen und verschiedene soziale Gruppen für die Regionalentwicklung gewinnen, bietet Chancen im Austausch mit denjenigen, die bisher zu wenig gehört wurden. Öffnung bedeutet dabei immer auch, andere Perspektiven aktiv (auf-)zuzusuchen, verstehen zu lernen und den eigenen Standpunkt in Frage zu stellen. Dynamik kommt dann ins System, wenn sich alle bewegen! ■■■

ma. Heute werden entstandene Ansätze in mehreren Folgeprojekten in unterschiedlichen Konstellationen weitergeführt.

Wir reden also vom sprichwörtlichen Blick über den Tellerrand. In Netzwerken oder, etwas weiter gefasst, in regionalen Beziehungsgflechten fördert eine Zusammenführung von Perspektiven eine „offene Kultur“ im Umgang miteinander und mit bisher fremden Akteur:innen. Diese gelebte Vielfalt bringt großes Potenzial für innovative Ansätze und Engagement aus der Bevölkerung heraus mit sich. Der LEADER-Ansatz adressiert mit seinen Prinzipien genau diese Logik. Integration im Sinne der Region bedeutet, Dinge zusammenzudenken, unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen und so passfähige Lösungen für Herausforderungen zu finden.

Wer nimmt Einfluss?

Wie passen nun diese Erkenntnisse mit den wachsenden Forderungen aus Politik und Gesellschaft nach einer Berücksichtigung von Diversität auch in LEADER zusammen? Trotz des großen Potenzials von Vielfalt bleibt schon die Einhaltung der Frauenquote mitunter eine Herausforderung und die Beteiligung von Jugendlichen wird vielerorts erst seit Kurzem intensiver bearbeitet. Auch die Einbindung weiterer sogenannter „sozialer Gruppen“ wirft Fragen auf. Tatsächlich ist es

mit einer offenen Haltung gegenüber allen, die sich in etablierte Strukturen einbringen wollen, nicht getan. Die oben beschriebene Vielfalt lässt sich in Netzwerken durch entsprechende Institutionen und Funktionsträger:innen abbilden. Führen akademisch gebildete Männer mittleren Alters verschiedene Themen in einem stabilen Netzwerk aussagekräftig zusammen, so ist es nicht notwendig, weibliche, jugendliche, alte oder aus handwerklichen Berufen stammende Personen in Diskussionen einzubeziehen, um die oben beschriebenen Synergieeffekte zu erreichen.

Die Forderung nach mehr Vielfalt in Strukturen und Prozessen stellt deshalb auch die Verteilungsfrage. Institutionen werden durch Personen vertreten, die für sie sprechen und somit zugleich Deutungshoheit über für die Region relevante Themen erlangen. Welche sozialen Gruppen Einfluss in der Region nehmen können, ist folglich eng mit der Herkunft von Führungskräften und Entscheidungsträger:innen in Institutionen verknüpft. Fehlende Vielfalt in Prozessen, die sich über Geschlecht, Alter, Herkunft, sexuelle Orientierung oder den eigenen Geldbeutel definiert, hat nichts mit Wissen, Kompetenz, Perspektiven oder Kreativität bisher kaum verteilter Gruppen zu tun. Vielmehr spiegeln sich hier gesellschaftlich tief verwurzelte Ausgrenzungsmechanismen wider, die nicht mit dis-



KONTAKT:

Dr. Judith Elbe
SPRINT PartG
Telefon: 06151 3537658
judith.elbe@sprintconsult.de
www.sprintconsult.de



Gleichstellung fördern

Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter ein inzwischen unumstrittenes Ziel in unserer Gesellschaft ist, zeigt ein Blick in die Statistiken, dass in vielen Bereichen noch ein weiter Weg vor uns liegt. Die Agrarförderung könnte dazu beitragen, für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen.

[VON PETRA RAUE, ZAZIE VON DAVIER UND GESINE TUITJER]

Beim Gender Equality Index der EU liegt Deutschland im Jahr 2023 mit 70,8 von maximal 100 Punkten im europäischen Vergleich auf Platz 11. Um diesen Index zu ermitteln, wird die Gleichstellung der Geschlechter in verschiedenen Lebensbereichen betrachtet. In Deutschland ist dieser Wert in den vergangenen Jahren nur geringfügig gestiegen: 2020 lag er bei 68,7.

Zentralen Einfluss auf den Index hat die ungleichmäßige Verteilung von unbezahlter Fürsorge- und bezahlter Erwerbsarbeit, woraus Benachteiligungen – in der Regel für Frauen – sowie eine ungleiche Verteilung von Macht entstehen. Dieser sogenannte Gender-Care-Gap beträgt im Bundesdurchschnitt 52,4 Prozent: Frauen leisten über die Hälfte mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer. Am größten ist der Unterschied in Familien mit Kindern, im Westen genauso wie im Osten. Im ländlichen Raum und hier insbesondere in dünn besie-

delten Landkreisen leisten Frauen einen größeren Anteil an unbezahlter Sorgearbeit als etwa in Großstädten oder städtischen Kreisen.

Damit eng verbunden ist die geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Zwar ist diese insbesondere für westdeutsche Frauen deutlich gestiegen, allerdings fällt sowohl die Teilzeitquote als auch der Anteil von in Minijobs beschäftigten Frauen eher hoch aus. Der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen, der sogenannte Gender-Pay-Gap, besteht fort und ist in ländlichen Räumen größer als in städtischen. Dies wird vor allem damit erklärt, dass der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Frauen auf dem Land ungünstiger ist, sie also schwerer eine Beschäftigung finden, die ihrem Ausbildungsniveau und ihren Wünschen entspricht. Eine Folge ist die Abwanderung von jungen Frauen aus vielen ländlichen Gebieten – nicht nur in Deutschland, sondern europaweit.

Aufgabentrennung in der Landwirtschaft

Auch ein Blick auf die Arbeitssituation von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben offenbart Schief lagen: Frauen sind unabhängig von ihrer Position in landwirtschaftlichen Betrieben in vielen Arbeitsbereichen tätig und tragen gleichzeitig die überwiegende Verantwortung für Haushalt und Familie. Sie erfahren dort wenig Unterstützung und wenn, dann von anderen Frauen, zum Beispiel von der Mutter oder Schwiegermutter. Eine aktuelle Untersuchung des Thünen-Instituts und der Universität Göttingen zeigt, dass Mädchen, die auf einem landwirtschaftlichen Betrieb aufwachsen, seltener an Landtechnik herangeführt werden als ihre Brüder. Sie haben auch eine geringere Chance, den Betrieb innerfamiliär zu übernehmen und in der Folge später zu leiten. Die Landwirtschaft ist ein Berufsfeld, in dem sich die Zuständigkeiten stark nach Geschlecht verteilen: Elf Prozent beträgt der Frauenanteil in der Betriebsleitung; 18,5 Prozent der designierten Hofnach-



folger:innen sind weiblich; der Frauenanteil in der landwirtschaftlichen Ausbildung liegt bei 21 Prozent. Gleichzeitig waren in der Pferdewirtschaft im Jahr 2022 rund 87 Prozent Frauen tätig und in der ländlichen Hauswirtschaft 100 Prozent.

Eine für Frauen dramatische Folge der ungleichen Verteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit ist der sogenannte Gender-Pension-Gap. Dieser betrug 2015 in Deutschland 53 Prozent: Das bedeutet, Frauen beziehen um 53 Prozent geringere eigene Alterssicherungsleistungen als Männer. Diese große Lücke entsteht dadurch, dass Frauen im Durchschnitt in kleinerem Umfang erwerbstätig sind und dies in Bereichen, die tendenziell schlechter entlohnt werden und keine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge bieten. Im Vergleich zu Männern sind Frauen daher deutlich häufiger von Altersarmut bedroht.

Ungleiche Machtverteilung

Durch diese Unterschiede sind auch Macht und Einflussmöglichkeiten ungleich verteilt. Dies gilt sowohl für Politik und Verwaltung als auch für Wirtschaft und Zivilgesellschaft. In ländlichen Räumen zeigt sich als Tendenz: Je kleiner die Gemeinde, desto geringer der Anteil an Frauen im Gemeinderat, und auch Bürgermeisterinnen findet man eher selten. Dass Frauen seltener Führungspositionen innehaben, setzt sich auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen fort. So ist die Wahrscheinlichkeit deutlich kleiner, dass eine Frau in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit eine leitende Funktion übernimmt. Auch in den Entscheidungsgremien vieler LEADER-Regionen sind Frauen unterrepräsentiert. Beim angestellten Personal im Regionalmanagement sind sie dagegen deutlich stärker vertreten als Männer. Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben nehmen allerdings deutlich häufiger kommunalpolitische Aufgaben wahr als solche ohne diesen Hintergrund. Die Hypothese des Thünen-Forschungsteams: Diese Frauen kommen über ihr berufsständisches Engagement in diese Positionen.

Die Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Funktionen führt dazu, dass ihre Erfahrungshintergründe, Bedürfnisse und Fähigkeiten nur unzureichend berücksichtigt werden. Neben und verbunden mit den hier skizzierten Feldern fehlender Geschlechtergerechtigkeit sind Frauen und Männer in ihrem Alltag immer wieder mit bewussten und unbewussten stereotypen Rollenerwartungen konfrontiert, die einschränken, diskriminieren, aber auch privilegieren können und uns als Gesellschaft auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung ausbremsen.

Die Artikel der Fokusstrecke sind auf unterschiedliche Art gendergerecht formuliert. Was sagt Ihnen am meisten zu?

<https://netzwerk-laendlicher-raum.questionpro.eu/gendern-in-landinform>

Wieso ist das so?

Zunächst einmal denken Menschen tatsächlich in Kategorien und Abkürzungen. Vorstellungen, dass Männer und Frauen unterschiedliche Fähigkeiten haben und deshalb bestimmte Aufgaben, zum Beispiel Kinderbetreuung, unterschiedlich gut ausführen könnten, halten sich hartnäckig. Sie werden noch verstärkt durch den Sozialisationsprozess, in dem Menschen

eine geschlechtliche Identität und damit verknüpfte Handlungsmuster entwickeln – dies wird als „doing gender“ verstanden. Damit einher gehen „gegenderte“ Interessen, Lebensplanungen und Berufswünsche, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen. So sind beispielsweise mehr Frauen als Männer in der Pflege tätig, einer weniger gut bezahlten Branche.

Die unterschiedliche Bewertung von gleichen Eigenschaften und Handlungsmustern bei Männern und Frauen, beispielsweise als Führungskraft oder gegenüber Kindern, ist Grundlage für die Diskriminierung. In anderen Lebensbereichen kann eine solche Geschlechterdiskriminierung sogar lebensbedrohlich werden: etwa wenn in der Medizin der männliche Körper als Norm verstanden wird und in der Folge die Symptome eines Herzinfarktes bei Frauen deutlich seltener erkannt werden. Wichtig zu erkennen ist an dieser Stelle jedoch, dass Diskriminierung meist keine böse Absicht ist, sondern oftmals unbewusst passiert.

Neben dem alltäglichen Verhalten der Menschen sind institutionelle Strukturen – Schule, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, Rentensystem – entscheidend, denn sie stabilisieren oder verändern Geschlechterverhältnisse. →

„Frauen leisten über die Hälfte mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer.“





Ein Ziel im GAP-Strategieplan: Gleichstellung aller Geschlechter und sozialer Gruppen

Der Beitrag der Agrarförderung

Die EU-Kommission verfolgt in ihren Strategien und Leitfäden die Gleichstellung als Ziel: die wirtschaftliche Unabhängigkeit aller Geschlechter, gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit, Gleichstellung in Entscheidungsprozessen und Sicherstellung der Würde und Unversehrtheit aller Menschen. Das sogenannte Gender Mainstreaming, das Mitdenken aller Geschlechter und ihrer Lebenslagen, ist seit 2009 ein in der EU-Politik verankerter Begriff. Die Bezeichnung Gender Budgeting meint eine gendersensible Analyse der Verteilung von Ressourcen, etwa in öffentlichen Haushalten und Förderprogrammen.

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) kann die grundsätzlichen Schieflagen in den oben genannten Bereichen kaum adressieren. Er kann wohl aber mit seinen Förderangeboten für den Agrarsektor und die ländliche Entwicklung dazu beitragen, dass Stereotypen abgebaut und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Er kann die berufliche Weiterentwicklung fördern, ebenso Infrastrukturen, etwa in der Nahversorgung, der Mobilität und der Betreuung, und damit auch die Vereinbarkeit von Fürsorge- und Erwerbsarbeit unterstützen. Daneben lassen sich mit dem ELER Rahmenbedingungen schaffen, so dass mehr Frauen teilhaben und beispielsweise in den LEADER-Regionen an der Ausgestaltung der Förderungen und der Auswahl der Projekte mitwirken.

Die Evaluierung der ELER-Programme der Länder aus der abgelaufenen Förderperiode zeigt, dass Gleichstellung unterschiedlich adressiert wurde. Häufig erfolgte zwar eine geschlechterdifferenzierte Analyse, die Stärken und Schwächen und zum Teil Handlungsbedarfe klar benennt. In der Programmstrategie, also der Ableitung von Förderbedarfen, der Formulierung von Zielen sowie der Beschreibung von Interventionen oder Fördermaßnahmen findet sich dies dann jedoch nicht wieder.

Das gleiche Ergebnis zeigt die Ex-ante-Evaluierung des GAP-Strategieplans der aktuellen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Laut GAP-Strategieplan-Verordnung soll die Gleichstellung der Geschlechter ein fester Bestandteil der Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung des GAP-Strategieplans sein. Daneben wird Geschlechtergerechtigkeit explizit in einem der neun Ziele adressiert. Aber auch im deutschen Strategieplan findet sich der Bruch zwischen Beschreibung der Ausgangslage, Analyse, Bedarfsbewertung und Interventionsstrategien. Trotz hoher Priorität des Bedarfs der „Gleichstellung aller Geschlechter und sozialer Gruppen“ sind diesem neben LEADER lediglich zwei weitere Maßnahmen zugeordnet, und zwar die Diversifizierungsförderung, die in sechs Bundesländern angeboten wird, und die Förderung nicht-landwirtschaftlicher Unternehmen in zwei Ländern.

Bemühungen der Bundesländer

Auch wenn sich große Defizite in Sachen Gleichstellung in den ELER-Programmen der Länder der vergangenen Förderperiode feststellen lassen, so gab und gibt es in einzelnen Ländern durchaus Anstrengungen. Baden-Württemberg bietet seit mehreren Förderperioden das Förderpaket „Innovative Maßnahmen für Frauen“ (IMFF), ein Dreiklang aus Existenzgründungsförderung, Coaching/Beratung und Kooperation. In Mecklenburg-Vorpommern wird eine Fachstelle ELER beim Landesfrauenrat gefördert, die die Engagierten auf den verschiedenen Umsetzungssebenen durch Handreichungen, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit bei der Umsetzung von Gleichstellung unterstützt. In mehreren Bundesländern, darunter Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, wurde bereits 2014 für die Zusammensetzung der LEADER-Aktionsgruppen ein Mindestfrauenanteil festgelegt. Andere Bundesländer versuchten insbesondere bei Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) über die Formulierung entsprechender Auswahlkriterien eine gendersensible Planung und Umsetzung investiver Vorhaben voranzubringen.

Geschlechterdisparitäten im Sektor Landwirtschaft wurden bisher und werden auch zukünftig in der ELER-Förderung nicht adressiert – und das, obwohl auch die Zukunftskommission Landwirtschaft in ihrem Abschlussbericht 2021 explizit „Maßnahmen zur Steigerung von Gerechtigkeit und Gleichstellung in der Landwirtschaft und ihren Gremien sowie im Agribusiness insgesamt mit dem Ziel der gleichberechtigten Sichtbarkeit, Anerkennung und Teilhabe (unter anderem an Führungspositionen) aller Menschen“ forderte.

Es ist jedoch möglich, Verfahren und Regeln, etwa in Förderprogrammen, geschlechtergerecht und nicht diskriminierend auszugestalten. Dazu ist es wichtig, darauf zu achten, dass die Menschen in ihrer Vielfalt vertreten sind und mitsprechen können, wenn sie sich beteiligen möchten. Dabei hilft eine offene Ansprache, die sich an alle richtet und beispielsweise auch gezielt mit stereotypen Bildern bricht. Die Menschen sind nicht alle gleich – diesen Unterschieden sollten sich Politik, Verwaltungen und Gremien aller Art bewusst sein und sie in ihrer Arbeit berücksichtigen. ■



KONTAKT:

Petra Raue
Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen
Telefon: 0531 5965518
petra.raue@thuenen.de
www.thuenen.de



Auf der Straße ein Zeichen für Offenheit: Die Regenbogenfarben sind zum Symbol für geschlechtliche Vielfalt geworden.

Queeres Leben sichtbar machen

Deswegen ist es wichtig, queeres Leben sichtbarer zu machen. Die bestehenden soziokulturellen Angebote müssen ergänzt und inklusiver werden. Die Menschen vor Ort dürfen nicht auf sich allein gestellt sein, wenn sie queerfeindlichen Positionen entgegenreten. Private Unterstützung ist im ländlichen Raum jedoch nicht ohne Weiteres zu finden, was den Aufbau funktionierender Hilfsnetzwerke enorm erschwert. Umso wichtiger ist es, dass lokale Strukturen geschaffen und Ansprechpersonen benannt werden und dass auch die regionalen Verwaltungen positive Akzente setzen, für Vielfalt eintreten und sie vorleben.

Doch hier fehlen valide Informationen. Um den Schutz vor Diskriminierung in den verschiedenen Bereichen der Verwaltung auf Landesebene zu verbessern, muss ermittelt werden, wo sich am effektivsten ansetzen lässt. Anfang dieses Jahres hat das Staatsministerium das Gutachten in Auftrag gegeben, um Empfehlungen für konkrete Maßnahmen zu erhalten. Vorstellbar ist zum Beispiel eine landesweite Ombudsstelle.

So soll auf bereits Erreichtes aufgebaut werden: In den vergangenen drei Jahren hat das Ministerium die Unterstützungsstrukturen im ländlichen Raum erheblich ausgebaut. Mittlerweile bieten drei Lsbtiq*-Vereine Beratung an. Das Ministerium unterstützt diese Projekte über die Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit. Über diese erhält außerdem eine Koordinierungsstelle des Netzwerks für eine Antidiskriminierungskultur in Sachsen (nadis) eine Förderung. Die Mitarbeitenden dort sorgen für die bessere Vernetzung aller Initiativen, die sich gegen Diskriminierung und für mehr Teilhabe engagieren. Im Landkreis Görlitz wird über diese Richtlinie ein neues queeres Netzwerk gefördert.

Auch wenn es manchem auf den ersten Blick nicht so scheint: Die Rechte von Lsbtiq*-Personen gehen alle an – denn eine inklusive Gesellschaft nützt am Ende allen. ■

Gegen Diskriminierung

Eine Gesellschaft für alle braucht die gleichberechtigte Teilhabe aller – unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Die Sächsische Gleichstellungsministerin nimmt im folgenden Beitrag die Lebenssituation von Menschen im Freistaat in den Blick, die sich nicht als heterosexuell, sondern als lesbisch, schwul, bi-, trans-, intersexuell, queer oder anders (Lsbtiq*) definieren. [VON KATJA MEIER]

Viele queere Menschen haben Angst, sich zu outen. Sie fürchten verbale und körperliche Übergriffe sowie Ausgrenzung – und das wiederum verhindert ihre demokratische Teilhabe. Das war einer der Gründe, die das Sächsische Staatsministerium dazu bewegen haben, die Studie „Lebenslagen von Lsbtiq* Personen in Sachsen“ in Auftrag zu geben. Zwischen November 2021 und Januar 2022 haben rund 1 500 Menschen teilgenommen. Die Studie bildet die wissenschaftliche Grundlage für die Fortschreibung des „Landesaktionsplans Vielfalt“ der sächsischen Staatsregierung.

Die Untersuchung zeigt: Wir brauchen als Gesellschaft breit gefächerte Maßnahmen, um Diskriminierung in ihren zahlreichen Facetten zu bekämpfen. Es sollte keine Situation entstehen, in der gleichberechtigte Teilhabe allein durch das aufopferungsvolle Engagement

Einzelner, etwa engagierter Privatpersonen oder Ehrenamtlicher, gesichert wird. Alle mit dem Thema betrauten Fachkräfte im Bereich Antidiskriminierung müssen qualifiziert und damit handlungssicher sein. Lsbtiq*-Menschen sind – wenig überraschend – keine homogene Gruppe, deren Anliegen sich pauschalisieren lassen. Sie haben unterschiedliche Erfahrungen gemacht, und nicht selten bildet sich das Thema Diskriminierung in vielen Bereichen ihres Lebens ab. Sie wollen entsprechend differenziert wahrgenommen werden, in den Städten wie auf dem Land. Doch gerade im ländlichen Raum nehmen Hass und Gewalt gegen queere Personen zu, auch weil antidemokratische Kräfte sie bewusst schüren: Homophobie und Transfeindlichkeit als Mittel der Ausgrenzung und Spaltung.



KONTAKT:

Christina Wittich
Sächsisches Staatsministerium der Justiz und
für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Telefon: 0351 564-15011
christina.wittich@smj.justiz.sachsen.de
www.justiz.sachsen.de

Mit mehr Frauen wird ein Gremium diverser

Statement von Heide Cortolezis



Heide Cortolezis ist Obfrau der FELIN_female leaders initiative in Österreich
www.felin.at

Bis heute wird die Förderung von Gleichstellung oftmals als Frauenförderung verstanden. Doch es sollte nicht darum gehen, Individuen zu unterstützen, sondern Strukturen zu verändern. Im österreichischen LEADER-Programm gab es eine Frauenquote: In der vergangenen Förderperiode war vorgeschrieben, dass sich 30 Prozent Frauen in den Vorständen der Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) beteiligen. Das hat dazu beigetragen, dass sich auch innerhalb der LAGs mehr Frauen engagiert haben als vorher. Die Frauenquote ist ein wirksames Instrument, weil sie an den Strukturen ansetzt.

Jedoch sollte man nicht nur sex-counting betreiben: Nur, weil mehr Frauen in einem Gremium sitzen, führt das nicht automatisch zu Gleichstellung. Viele Frauen reproduzieren, genauso wie Männer, ein patriarchales System, weil sie es verinnerlicht haben. Es nützt der Sache also nicht viel, wenn etwa Frauen ohne Entscheidungsmacht in einem Gremium teilnehmen, um die Frauenquote zu erhöhen, sich aber nicht mit Fragen der Gleichstellung beschäftigen oder sich nicht zu Wort melden.

Dennoch wird ein Gremium diverser, wenn mehr Frauen darin vertreten sind, weil dann eben nicht nur vor allem Männer um die 50 dort sitzen, die auf ähnliche Art sozialisiert sind. Ein Gremium, das zur Hälfte aus Frauen besteht, repräsentiert ihren Anteil an der Bevölkerung. Und wenn man auf Frauen verzichtet, verzichtet man auf die Hälfte der potenziell Fähigen. Es ist nötig, die Potenziale von Frauen zu nutzen. Das ist im Grunde eine Wirtschaftsfrage, keine Gerechtigkeitsfrage. Wer also Frauen beteiligen möchte, sollte Rahmenbedingungen schaffen, die zur

„Die Frauenquote ist ein wirksames Instrument, weil sie an den Strukturen ansetzt.“

Lebenswirklichkeit von Frauen passen. Denn es sind noch immer vor allem die Frauen, die die Kindererziehung übernehmen und dadurch zeitlich eingeschränkt sind.

Die Frauenquote ist nur ein einzelnes Instrument. Wichtig ist vor allem das Gender Mainstreaming: Dieser Begriff meint nicht, dass Menschen eines bestimmten Geschlechts in den Blick genommen werden, sondern Strukturen, Abläufe und Vorgaben, die eines der Geschlechter benachteiligen. Im „Österreichischen Programm für ländliche Entwicklung 2014 bis 2020“ waren Gender Mainstreaming sowie einzelne Gleichstellungsziele an zahlreichen Stellen verankert. In der jetzigen Förderperiode ist Gleichstellung im strategischen Ziel 8 gemeinsam mit anderen festgeschrieben und als Querschnittsthema festge-

legt – das ist ein Rückschritt. Ich habe in der Vergangenheit zahlreiche Schulungen durchgeführt, damit etwa österreichische Abgeordnete verstehen, dass es nicht darum geht, auf Individuen zu schauen oder besonders nett zu Frauen zu sein. Gender Mainstreaming meint eine strukturierte Vorgehensweise, eine Gender-Perspektive: Bei jeder Maßnahme sollte man sich fragen, ob Männer und Frauen gleichermaßen profitieren, ob es unterschiedliche Zugänge oder Lebenszusammenhänge gibt und welchem Gleichstellungsziel integriert zugeordnet werden soll. Man kann sagen: Was nicht als Ziel formuliert ist, wird in der täglichen Routine auch nicht als Ziel verfolgt.

Oft werden in der Verwaltung einzelne Mitarbeitende als Beauftragte für Gender Mainstreaming benannt. Das führt dazu, dass das Thema häufig auf eine einzige Frau in der Behörde ausgelagert wird oder jemand schlicht die Aufgabe bekommt, Texte zu gendern. Das sorgt nicht für mehr Gleichberechtigung. Alle Entscheidungsbefugten müssen wissen, was Gender Mainstreaming bedeutet und es als Planungs- und Steuerungsinstrument verstehen. Männer und Frauen werden nur dann gleichgestellt sein, wenn Gleichstellung als strategisches Ziel in alle Maßnahmen und Programme integriert wird – egal, um welches Thema es inhaltlich geht. Eine Frauenquote löst nicht alle Probleme, könnte aber ein Schritt auf dem Weg zum Ziel sein. ■

Beteiligungskiller*in: Die Frauenquote!

Statement von Meike Lücke

Genau wie in Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftlich relevanten Positionen sind Frauen in Gremien der ländlichen Regionalentwicklung unterrepräsentiert. Doch die vielfach geforderte Frauenquote taugt nur als Scheinlösung. Sie ist nicht nur praxisfern, sondern wirkt sich vor allem negativ auf die Partizipationsbereitschaft engagierter Menschen und damit auf die Beteiligungskultur aus. Das EU-Programm LEADER ist vor allem ein Partizipationsprinzip: Es lebt vom freiwilligen Engagement lokaler Akteur*innen, die ihr Fach- und Regionwissen unentgeltlich für die Verbesserung der Lebensqualität vor Ort einbringen. Dieser Einsatz wird nicht vergütet; er ist im wahrsten Wortsinn unbezahlbar. Eine Lokale Aktionsgruppe (LAG) als Steuerungs- und Entscheidungsgremium der partizipativen Regionalentwicklung vereint institutionelle und private Interessensvertreter*innen aus dem kommunalen und zivilgesellschaftlichen Bereich, die die Charakteristika und Belange ihrer LEADER-Region repräsentieren. Bei der Gremien-Zusammensetzung sollten Sach- und Fachverstand, Regionskenntnis, Kommunikationskompetenzen, Softskills, Multiplikator*innenfunktion und Vernetzungsgrad ausschlaggebend sein – nicht jedoch Herkunft, Religion, Weltanschauung, Alter, Geschlecht oder sonstige soziokulturelle oder körperliche Merkmale.

Aufgrund ihrer Entscheideautonomie entscheiden lokal bedeutsame Organisationen selbst, wer LAG-Mitglied sein soll. Somit bildet sich logischerweise die gesamtgesellschaftliche Wirklichkeit ab, in der der Frauenanteil in Führungspositionen gering ist; in deutschen Bürgermeisterämtern dümpelt er im einstelligen Prozentbereich.



Meike Lücke ist Regionalmanagerin in der niedersächsischen LEADER-Region „Wesermarsch in Bewegung“.

www.wesermarsch-in-bewegung.de

„Die vielfach geforderte Frauenquote taugt nur als Scheinlösung.“

Doch paternalistisch verfügte Mindestquoten für gesellschaftliche Teilgruppen konterkarieren den LEADER-Ansatz, da dadurch die demokratische Bottom-up-Beteiligung eingeschränkt wird. Quoten führen dazu, dass Menschen, die sich bereits seit Langem als LAG-Mitglieder engagieren oder solche, die sich engagieren wollen, aber die den biologischen oder sozialen Gruppenkriterien nicht entsprechen, ihr Engagement einschränken müssen oder von den bisherigen Partizipationsmöglichkeiten gar ausgeschlossen werden. Welcher der geeignetsten Personen will man denn die LAG-Mitgliedschaft verweigern, nur weil sie keine Frau ist? Vielleicht dem engagierten Jugendlichen, der so

nebenbei den LAG-Altersdurchschnitt sprunghaft senkt? Dem queeren Vereinsvorsitzenden im Rollstuhl? Dem migrantischen Familienvater?

Und woraus resultiert überhaupt die implizite Unterstellung, dass nur weibliche Wesen auch frauen- und familienrelevante Belange in die LAG einbringen können? Diese Sichtweise diskreditiert Väter, auch alleinerziehende, genauso Ehemänner und sonstige nicht-weiblich gelesene Personen, die Geschlechtergerechtigkeit und Gender Planning ernstnehmen – authentisch, aus dem Alltagsleben und ihrer sozialen Empathie heraus.

Der wohlmeinende Rat der Quoten-Fordernenden, in LAGs die Männer-Übermacht der kommunalen Partner – meist Bürgermeister – durch einen noch höheren Anteil von Wirtschafts- und Sozial-Partnerinnen auszugleichen, führt zu übergroßen Gremien und dem Stigma von Quotenfrauen. In LAGs unterrepräsentiert sind oft auch Menschen, die aus eigener Betroffenheit Themen wie Migration, Integration und Inklusion einbringen. Für Quotengerechtigkeit müsste man diese auch quotieren.

Um Beteiligungshindernisse für Frauen abzubauen, braucht es andere Ansätze: familienfreundliche Sitzungszeiten mit pünktlichem Ende, Akzeptanz von Kindern und stillenden Müttern in Gremien oder organisierte Kinderbetreuung, mit dem ÖPNV erreichbare Locations, Video-Konferenzen oder Hybrid-Sitzungen sowie Ermutigung. Genauso sind nicht-geschlechtsypisierendes Bildmaterial in der Öffentlichkeitsarbeit und Gender-Aspekte bei Projektauswahlkriterien wichtig. In der Verantwortung hierfür sind die Regionalmanagements! ■

Engagement geschlechtersensibel gestalten

Ehrenamt verbindet Menschen – besonders auf dem Land prägt es das Zusammenleben, und vielerorts sind „LandFrauen“ aktiv. Doch der demografische und soziale Wandel wirkt sich auf das freiwillige Engagement aus.

[VON SARAH KOOPS UND ANJA GOETZ]

Freude und Gemeinschaft – das sind die Hauptgründe für Frauen, sich im Deutschen LandFrauenverband (dlv) zu engagieren. So lautet eines der Ergebnisse der Studie „Ländliches Engagement im demografischen und sozialen Wandel: Status quo, Herausforderungen und Gestaltungsperspektiven am Beispiel der LandFrauen“. Durchgeführt wurde sie von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie in Dortmund mit dem dlv; über 4 000 Mitglieder des Verbands nahmen teil. Der dlv ist der bundesweit größte Verband für Frauen, die auf dem Land leben, und deren Familien.

Was motiviert Landfrauen für ein Ehrenamt? Neben Freude und Gemeinschaft sind altruistische und gemeinwohlorientierte Beweggründe dafür ausschlaggebend, dass Landfrauen für und in ihrem Verband aktiv werden. Auch die Möglichkeit zu gestalten, ist zentrales Motiv: Die Teilnehmerinnen der Studie geben die Gestaltung vor Ort und die eigene Wirkmacht als wichtige Beweggründe an. Es zeigt sich, dass sich die Motive innerhalb des Verbands verändern: Landfrauen auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene engagieren sich häufiger, weil sie mitgestalten, mitbestimmen und sich persönlich weiterentwickeln können. Durch offe-

ne Antwortmöglichkeiten wurde zudem deutlich, dass einige Teilnehmerinnen ihr Ehrenamt gerade als nicht politisch verstehen. Diese Erkenntnis ist für alle Verbandsebenen interessant, wenn es um die Zukunft des LandFrauenverbands geht.

Rahmenbedingungen und Hemmnisse

Für Frauen ist der Zeitaufwand ein ausschlaggebendes Hemmnis, ein Ehrenamt auszuüben. Insbesondere Frauen mit familiärer Sorgeverpflichtung, also der Betreuung von Kindern und Enkelkindern oder dem Pflegen von Angehörigen, benennen diesen Zusammenhang. Aber auch die berufliche Einbindung, das Studium oder die Ausbildung stellen hemmende Faktoren dar. Bei den jungen Landfrauen nennen 46 Prozent diesen Grund. Hinderlich sind zum Teil auch die Uhrzeiten von Veranstaltungen, die es für Vollzeitarbeitende erschweren, ihr Ehrenamt auszuüben. Ebenso beeinträchtigen die saisonale Eingebundenheit, etwa die Erntezeit, sowie gesundheitliche Einschränkungen das Engagement. Aber auch Rahmenbedingungen wie schlecht ausgestattete Räume oder hohe Mieten hindern Engagierte daran, ihr Ehrenamt umfassend ausüben zu können.

Fazit: Es wird deutlich, dass das Engagement von Landfrauen vor allem eine Frage der Vereinbarkeit mit dem Alltag ist. Die Hemmnisse lassen sich dennoch nicht klar eingrenzen. Vielmehr sind Vereine und Vereinsstrukturen dazu aufgefordert, das Ineinandergreifen komplexer Beweggründe zu berücksichtigen und flexible Lösungen zu schaffen, um ihre Mitglieder zu halten und neue zu gewinnen.

Wer die ländlichen Räume bewegt!

zukunft_Land



zukunft 
Land

Der Deutsche LandFrauenverband hat den Podcast „zukunft_Land“ produziert: Eine Folge dreht sich um das „Ehrenamt im Wandel! Warum wir auf Freiwilligenarbeit angewiesen sind“.

Flexible Beteiligung ermöglichen

Eine Erkenntnis aus der Befragung ist, dass sich die Bereitschaft, eine Verantwortungsposition im Verein zu übernehmen, in allen Altersgruppen zeigt. Dennoch ist es in der Verbandsarbeit nicht immer zielführend, nach Altersgruppen einzuteilen. Der dlv spricht daher von Lebensphasen, also den individuellen Lebensrealitäten der Frauen, statt in jeder strukturellen Überlegung nach Altersgruppen abzugrenzen. Um die ungenutzten Potenziale auszuschöpfen, müssen Vorstandsarbeit und vier Jahre verpflichtende Amtszeit kritisch geprüft und womöglich angepasst werden. Hier könnten Teamvorstände oder geteilte Führung eine Lösungsmöglichkeit sein. Im Verein oder Verband sollten zusätzlich Angebote geschaffen werden, die Engagierten flexible Beteiligung und auch den zeitweisen Rückzug aus der Verbandsarbeit ermöglichen.

Wechsel planen und Frauen „empowern“

Ein Verein lebt durch das Engagement seiner Mitglieder. Wichtig ist es, den Erhalt des Verbandes und den Wechsel in die Vorstandsarbeit frühzeitig und systematisch anzugehen. Die mündliche Ansprache zeigt sich als ein probates Mittel, sich um Nachfolge zu kümmern. Darüber hinaus gilt es, Frauen zu empowern, also zu stärken, Führungsaufgaben zu übernehmen. Teilweise gibt es Vorbehalte, weil unklar ist, was mit einer Vorstandsfunktion auf eine Person zukommt und wie sehr sie sich verpflichten muss. Anforderungen müssen deshalb vorab klar kommuniziert und auch Selbstzweifel der potenziellen Kandidatin offen angesprochen werden. Bei der Befragung im Rahmen der LandFrauen-Studie hat der Verband in diesen Bereichen gute Noten bekommen: Die Führung durch den Vorstand, Anerkennung und Wertschätzung innerhalb des Verbandes, die Informations-

weitergabe sowie Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten werden von den befragten Frauen als „sehr gut“ oder „gut“ bewertet. Somit sind die Institutionalisierung und Professionalisierung in der Verbandsarbeit positive Faktoren für ein Engagement.

Besonders jüngere Befragte sehen in einem digitalisierten Ehrenamt mehr Möglichkeiten, sich zu entfalten. Dabei geht es oftmals um das Einsparen von Fahrtwegen und Zeit oder eine bessere Vereinbarkeit mit sonstigen Verpflichtungen. Die digitale Ausstattung und das Know-how um technische Voraussetzungen sind hierbei von zentraler Bedeutung.



Die Artikel der Fokusstrecke sind auf unterschiedliche Art gendergerecht formuliert. Was sagt Ihnen am meisten zu?

<https://netzwerk-laendlicher-raum.questionpro.eu/gendern-in-landinform>

Handlungsempfehlungen über den Verein hinaus

Soll das Ehrenamt gefördert werden, so sollte die Kommunal-, Kreis- und Landespolitik die Bedingungen für die Ehrenamtlichen vor Ort verstärkt in den Blick nehmen: geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, die Mobilität in ländlichen Räumen verbessern oder bürokratische Hürden abbauen. Darüber hinaus braucht das Ehrenamt vielerorts mehr Wertschätzung und Anerkennung, insbesondere durch die Kommune und Politik vor Ort. Hauptamtliche Anlaufstellen, die die Freiwilligen unterstützen, können eine sinnvolle Schnittstelle zwischen den verschiedenen Engagierten sein. Der dlv setzt sich zudem seit Jahren für Rentenpunkte für das Ehrenamt ein.

Ein verstärkt geschlechterspezifisches Problem ist die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt. Nach wie vor übernehmen Frauen in ihrem persönlichen Umfeld den Großteil der Pflege- und Sorgearbeit sowie Haushaltsaufgaben. Es fehlt ihnen schlichtweg die Zeit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Hier sind Politiker*innen und auch Arbeitgeber*innen gleichermaßen gefragt. Hilfreich wären gesetzlich geregelte Freistellungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche und flexible Arbeitszeitmodelle. Auch verlässliche Betreuungs- und Entlastungsangebote würden dazu führen, dass Frauen eher ein Ehrenamt ausüben. Denn das (weibliche) Potenzial – so zeigt die Studie – ist durchweg vorhanden.

Wie geht der dlv mit den Ergebnissen um?

Die Erkenntnisse werden vor allem die innerverbandliche Arbeit beeinflussen. 2024 wird ein Leitbildprozess angestoßen und auch der dlv-Ausschuss für Verbandsentwicklung wird mit den Studienergebnissen arbeiten. ■



„Hilfreich wären flexible Arbeitszeitmodelle und gesetzlich geregelte Freistellungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche.“

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

„Ländliches Engagement im demografischen und sozialen Wandel: Status quo, Herausforderungen und Gestaltungsperspektiven am Beispiel der LandFrauen“, Ergebnisbroschüre (2023): Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. / Institut für Gerontologie an der TU Dortmund:

www.landfrauen.info > Themen > Zukunft Ehrenamt



KONTAKT:

Sarah Koops
Deutscher LandFrauenverband (dlv)
Telefon: 030 2844929-16
koops@landfrauen.info
www.landfrauen.info



Eine Hofnachfolgerin behauptet sich

Laura Kulow hat mit 33 Jahren den großen Bio-Betrieb ihres Vaters übernommen. Sie fühlt sich wohl in der Rolle der jungen Betriebsleiterin und wird akzeptiert. Dennoch erlebt sie auch immer wieder, dass Gleichberechtigung nicht in allen Bereichen selbstverständlich ist.

[VON JÜRGEN BECKHOFF]

Wer Laura Kulow in einer ruhigen Minute erreichen möchte, braucht ein wenig Glück. Verhandlungen mit Banken und Geschäftspartnern, die Erntekoordination oder einfach Qualitätszeit mit ihren vier Kindern – die Tage der 33-Jährigen sind durchgehend gut gefüllt: Sie leitet den Biohof Ritzleben im gleichnamigen Ort in Sachsen-Anhalt an der Grenze zum Wendland. Ihr Betrieb hat etwa 350 Hektar Acker und 80 Hektar Grünland, sie beschäftigt drei feste Mitarbeiter, Schwerpunkt ist der Bio-Kartoffelanbau.

„Das ist manchmal ganz schön heftig“, sagt Laura Kulow. „Aber ich wollte es auch so haben.“ Unausgesprochen stand die Betriebsübernahme schon durch die Wahl ihres Studiums fest, denn sie entschied sich für Agrarwissenschaften. Nach ihrem Abschluss stieg Kulow schon vor zehn Jahren als Partnerin in den Betrieb ihres Vaters Carsten Niemann ein. Dafür gründeten sie eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). „In dieser Zeit konnte ich nach und nach in alle Aufgaben hineinwachsen“, sagt die Hofnachfolgerin. Waren es anfangs noch viele Büro- und Verwaltungsarbeiten, übernahm Kulow später

immer mehr das betriebliche Tagesgeschäft mit der Planung des Ackerbaus, der Vermarktung und der Mitarbeiterführung.

Das Verhältnis zu ihrem Vater war durchweg gut, auch weil sich beide Seiten dafür entschieden, sich bei der Übergabe des landwirtschaftlichen Betriebs von einer professionellen Mediatorin beraten zu lassen. „Schließlich ist so ein Übergang wirklich ein krasser Prozess“, sagt Kulow. „Das brauchte seine Zeit, kostete viel Kraft und Energie.“ Die größte Herausforderung besteht ihrer Ansicht nach in den vielen unterschiedlichen Rollen, die beide Seiten dabei einnehmen und die laufend wechseln. „Mal bin ich Tochter und Mutter seiner Enkel, dann Geschäftspartnerin. Mal ist er Vater, dann in der Unternehmerrolle.“ Heute ist sie froh, dass der Schritt der Betriebsübergabe Mitte 2023 abgeschlossen wurde und sie jetzt allein die Entscheidungen für den Betrieb fällen kann – wobei ihr Vater als Berater nach wie vor wichtig für sie ist.

Sich als Frau behaupten

Als junge Frau in leitender Funktion in einem eher männlich geprägten Umfeld hat sie viele unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Verhandlungen mit Banken oder Großabnehmern aus der Öko-Branche empfand sie von Anfang an als sehr angenehm und fühlte sich auf Augenhöhe behandelt. Oft lobte ihr Vater sie für die guten Verhandlungsergebnisse. Von Anfang an achtete sie darauf, sich auf jeden Termin gut vorzubereiten und selbstbewusst aufzutreten. Andererseits erlebt sie es immer wieder, dass Leute auf den Hof kommen und in ihrer Anwesenheit nach dem Chef fragen. Das mache ihr nichts aus, sagt sie. Aber dieses Muster trete immer wieder auf, etwa beim gemeinsamen Maschinenkauf. Da wandte sich der Verkäufer anfangs ausschließlich an ihren Vater, obwohl sie sich intensiv in die Technik eingearbeitet hatte und viel besser Bescheid wusste. „Das erlebe ich häufig. Bei Männern wird das Fachwissen meist vorausgesetzt; als Frau muss man sich dagegen bei vielen Terminen mehr anstrengen und deutlich zeigen, dass man auch Ahnung hat“, sagt Kulow.

Auch beim Umgang mit den Mitarbeitenden spürt sie häufig, dass sie als weibliche Betriebsleiterin anders wahrgenommen wird. Grundsätzlich fühlt sie sich respektiert – schwierig wird es nach ihrer Erfahrung jedoch, wenn Probleme auftreten und sie ihre Erwartungen äußert. Während eine klare Ansprache ihres Vaters immer sofort akzeptiert wurde, nehmen die Mitarbeitenden Kritik von ihr deutlich schlechter an, sagt sie. Immer wieder würden ihr dann Kompetenzen abgesprochen oder ihr Verhalten werde als unentspannt oder zickig abgetan. „Es kommt bei uns selten vor, aber mir scheint, dass



Laura Kulow und ihr Vater Carsten Niemann bauen hauptsächlich Bio-Kartoffeln an.

sich Männer durch meine Kritik schneller angegriffen fühlen“, sagt Kulow. Umgekehrt vertrauen ihr die Mitarbeitenden häufiger persönliche Sorgen an, um die sie sich kümmern soll. Sie hat gelernt, Abstand zu wahren.

Bei allen beruflichen Kontakten setzt sie wie im privaten Bereich auf einen freundlichen, offenen Umgang, was laut Kulow auch immer positiv zurückkommt. Bisher habe sie nie wirklich schlechte Erfahrungen gemacht. Sie habe auch kein Problem damit, bei Geschäftspartnern oder Banken Fragen zu vermeintlich selbstverständlichen Dingen zu

stellen. Zudem habe die Rolle als junge Frau, die ein Unternehmen leitet, auch Vorteile: „Da wird mir immer gerne geholfen“, sagt Kulow.

Für Haushalt und Kinder zuständig

Ein wesentlich größeres Thema ist für sie der Bereich Haushalt und Kinder. Sie ist es, die sich neben der fordernden Aufgabe als Betriebsleiterin um die meisten Belange der Kinderbetreuung kümmert, von der täglichen Schul- und Kindergartenvorbereitung über Arztbesuche bis hin zu den Bring- und Abholfahrten rund um die Hobbys. „Es scheint irgendwie selbstverständlich zu sein, dass sich die Frau im Betrieb um diese Aufgaben kümmert, unabhängig von den sonstigen beruflichen Herausforderungen. Hier gibt es noch keine Gleichberechtigung“, sagt Kulow. Das merkt sie an ganz alltäglichen Dingen: So rufe die Schule bei Anliegen der Kinder immer nur sie an. Die vielen zusätzlichen Aufgaben im häuslichen Bereich und die gefühlte Erwartungshaltung von Familie und Gesellschaft belasten sie. „Dabei setze ich mich zum Teil selbst unter Druck, weil ich eine gute Mutter für meine Kinder sein will. Die Belastung durch die Alltagsaufgaben ist riesig und bei vier Kindern sehr anstrengend.“

Auszeichnung erhalten

Eine wichtige Stütze ist ihr Vater, den sie wegen seiner Erfahrung und seiner stets optimistischen Haltung häufig bei wichtigen Entscheidungen einbezieht. Gemeinsam sind die beiden als Sieger beim Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau 2023 vom Bundeslandwirtschaftsministerium ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung wurde vor allem

für den Aufbau der Erzeugergemeinschaft Bio-Kartoffel Nord GmbH verliehen, die unter anderem die Ware von über 40 Bio-Betrieben bundesweit vermarktet. Carsten Niemann ist Mitgründer und bis heute Geschäftsführer der ausschließlich aus Männern bestehenden Gemeinschaft. Mittelfristig möchte Laura Kulow als erste Gesellschafterin dazustoßen, um die Erzeugergemeinschaft weiterzuentwickeln. „Das würde mich auf jeden Fall sehr reizen, weil ich den Aufbau der Gemeinschaft von Anfang an miterlebt habe und mich sehr verbunden fühle. Aber zurzeit füllen mich die Aufgaben im eigenen Betrieb und in der Familie voll aus“, sagt sie.

Das heißt aber nicht, dass sie keine neuen Ideen zur Weiterentwicklung hat. So plant die Betriebsleiterin, einen Teil der Flächen zukünftig für Agroforstanlagen zu nutzen, weil ihr der Klimaschutz am Herzen liegt. „Das werde ich in den nächsten Jahren auf jeden Fall angehen“, sagt Kulow. „Auch wenn mein Vater dagegen ist.“



Die Artikel der Fokusstrecke sind auf unterschiedliche Art gendergerecht formuliert. Was sagt Ihnen am meisten zu?

<https://netzwerk-laendlicher-raum.questionpro.eu/gvndern-in-landinform>



KONTAKT:

Laura Kulow
Biohof Ritzleben
Telefon: 039036 969292
Mobil: 0160 96654482
laurakulow@gmx.de
www.biokartoffelnord.de



Regel Austausch bei der Auftaktveranstaltung des Mentoring-Programms 2023

Mentoring stärkt

Seit zehn Jahren unterstützt ein Cross-Mentoring-Programm in Mecklenburg-Vorpommern weibliche Führungskräfte

[VON SILVIA HOFFMANN UND ANDREA BIRRENBACH]

Mehr als 500 Frauen haben seit 2013 am landesweiten Programm teilgenommen: „Aufstieg in Unternehmen – Mentoring für Frauen in der Wirtschaft in MV“ lautet der Titel. Es wird in vier Regionen im Bundesland durchgeführt; im Osten des Landes ist das Unternehmensnetzwerk „RWI Regionale Wirtschaftsinitiative Ost Mecklenburg-Vorpommern e. V.“ der regionale Projektpartner. Das gemeinsame Ziel der RWI und des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern: mehr Frauen dazu befähigen, in Führungspositionen in Unternehmen oder Institutionen mit wirtschaftsnahen Strukturen aufzusteigen. „Frauen sind oft hervorragend ausgebildet und qualifiziert, leistungsfähig und motiviert. Sie sind jedoch in Mecklenburg-Vorpommern zu selten in den oberen Führungsebenen präsent“, so Silvia Hoffmann von der RWI. Kofinanziert wird das Programm aus Mitteln der Europäischen Union.

In dem Projekt fördert eine erfahrene Führungskraft, gleich welchen Geschlechts, als Mentor_in eine weibliche Nachwuchsführungskraft (Mentee) über einen Zeitraum von einem Jahr in ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung. Da Mentee und Mentor_in jeweils in anderen Unternehmen arbeiten, nennt sich das Konzept Cross-Mentoring. Die Beteiligten profitieren somit gegenseitig von

den verschiedenen Erfahrungen und Unternehmenskulturen. Teilnehmen können Frauen jeden Alters, die aus Sicht der Geschäftsleiter_innen oder der Personalabteilung ihres Unternehmens über das Potenzial verfügen, in eine Führungsposition aufzusteigen.

Austausch zwischen Unternehmen

Das Projektteam verfügt über langjährige Erfahrung, Expertise und einen Pool an erfahrenen Mentor_innen: Im persönlichen Vorgespräch mit den potenziellen Mentees und den Mentor_innen können aufeinander abgestimmte Tandems zusammengestellt werden. Derzeit arbeiten 16 Tandems zusammen. Für sie werden Netzwerkveranstaltungen sowie Seminare angeboten, etwa zur Stärkung der Führungskompetenzen, zu Konflikt- und Zeitmanagement oder Selbstmarketing. Zusätzlich finden sogenannte „Round Tables“ zum Austausch mit weiteren Führungspersönlichkeiten statt. Bei regelmäßigen digitalen Mittagstammtischen, die unter dem Hashtag #neverlunchalone in den sozialen Medien begleitet werden, regen Impulsgeber_innen zu Diskussionen an. Die Mentees können so beim Mittagessen ihr Businessnetzwerk erweitern. Die Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches im Rahmen des Mentoring-Programmes wurden sowohl von den Mentees als auch von ihren Mentor_innen als gewinnbringend gelobt, sagt Hoffmann.

Insbesondere mittelständische Firmen, die kein internes Mentoring-Programm auflegen, könnten von diesen unternehmensübergreifenden Programmen profitieren. „Die Unternehmen im Netzwerk erkennen zunehmend die positiven Effekte des Mentoring-Programms und nutzen es gezielt als Personalentwicklungsinstrument, um weibliche Führungskräfte an das Unternehmen zu binden.“ Es begeistere sie immer wieder, mit welcher Offenheit die gegenseitige Unterstützung gelebt werde, sagt Hoffmann. Es gebe bereits zahlreiche positive Rückmeldungen der Mentees. So schrieb eine Nachwuchsführungskraft an ihre Mentorin: „Dank dir habe ich mich und meine Persönlichkeit besser kennengelernt. Es war anstrengend, jedoch rückblickend betrachtet ein essenzieller Baustein in meinem Wachstum. Du bist großartig – vielen Dank, dass du jederzeit ein offenes Ohr für mich hattest, mich motiviert und mir eine andere Perspektive aufgezeigt hast.“ Gleichzeitig äußerten sich alle Mentor_innen wertschätzend über die Zusammenarbeit mit den Nachwuchsführungskräften, so Hoffmann, da sie ihren persönlichen Blick auf die Unternehmenswelt mit ihnen teilten. ■

Fotos: RWI



KONTAKT:

Silvia Hoffmann
RWI Regionale Wirtschaftsinitiative
Ost Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Telefon: 0395 5683705
silvia.hoffmann@rwi-mv.de
www.rwi-mv.de
www.aufstieg-in-unternehmen.de

Für mehr Kommunalpolitikerinnen

In kommunalen Gremien sind Frauen unterrepräsentiert. Ein Programm hat zum Ziel, sie auf ihrem Weg in die Kommunalpolitik zu unterstützen. [VON HELGA LUKOSCHAT]

Kommunalpolitik steht vor vielen Herausforderungen: Demografischer Wandel oder Fachkräftebedarf, Migration und Integration oder Klimaschutz – das alles hat Auswirkungen vor Ort. Aber weiterhin sind in der Kommunalpolitik große Teile der Bevölkerung unterrepräsentiert: junge Menschen, Menschen ohne akademische Ausbildung oder mit einer Migrationsgeschichte. Und vor allem Frauen, obwohl sie meist über die Hälfte der Einwohner*innen ausmachen. Ihr Anteil beträgt in den kommunalen Gremien gegenwärtig durchschnittlich 30 Prozent – mit sehr großen Unterschieden zwischen urbanen und eher ländlichen Regionen. Auf dem Land werden häufig 80 Prozent oder mehr der Mandate von Männern ausgeübt. Das heißt: Es sind nicht alle Perspektiven gleichermaßen in der Kommunalpolitik vertreten. Wie kann kommunalpolitisches Engagement attraktiver werden? Wie können mehr Bürger*innen – vor allem mehr Frauen – gewonnen und beteiligt werden?

20 ländliche Regionen wollen Antworten geben

Als Antwort auf diese Fragen hat die „EAF Berlin“, die einen ihrer Schwerpunkte auf die politische Partizipation von Frauen legt, das

„Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik!“ entwickelt. Seit 2021 läuft es in Kooperation mit dem Deutschen LandFrauenverband. An dem Programm sind über zwei Runden insgesamt 20 ausgewählte Regionen aus ländlichen Räumen beteiligt. Es wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Darüber hinaus unterstützen die drei kommunalen Spitzenverbände und die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen das Programm.

Zur Umsetzung hat sich in jeder Region eine Steuerungsgruppe gebildet und einen Aktionsfahrplan für Angebote, Aktionen und Ziele vor Ort entwickelt. Schwerpunkte bilden Öffentlichkeitsarbeit sowie Qualifizierung und Vernetzung. Im Fokus stehen auch die Rahmenbedingungen, die das Programm adressiert und gemeinsam mit den politischen Entscheidungsträger*innen verbessern will: Wie kann etwa der zeitliche Aufwand reduziert oder die Debatten- und Sitzungskultur verbessert werden?

Mentoring-Programm für Frauen

Ein Herzstück bildet das Mentoring-Angebot: Es soll dazu beitragen, interessierte Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Pro Region können bis

zu 20 Tandems, bestehend aus Mentees und in der Politik erfahrenen Mentor*innen, gebildet werden. Mentee Alina Kindt aus dem Landkreis Steinburg in Schleswig-Holstein nahm an dem Programm teil und wurde im Mai 2023 in den Rat der Stadt Itzehoe gewählt: „Politik war für mich ein chaotischer Dschungel. Wie fange ich an, Politik mitzugestalten? Wie lassen sich Politik, Familie und Beruf vereinbaren? Ich hatte nur Fragen im Kopf, aber keinen Plan. Über das Programm habe ich einen direkten Ansprechpartner bekommen.“ Frauen, die sich engagieren wollen, fühlen sich oftmals auf sich allein gestellt oder unsicher – das bestätigen auch die Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm. „Als Frau in die Politik einzutreten und sich zu engagieren, bedarf Kraft und Durchsetzungsfähigkeit“, so Simone Merk, eine weitere Mentee und nun Mitglied des Kreistages im Kreis Steinburg. Denn in dieser „immer noch männerdominierten Szene“ gebe es viele Vorbehalte gegenüber Frauen. „Das Programm hat mich bestärkt und ermutigt, dass wir Frauen mit unseren Fähigkeiten viel bewegen können und uns von den klassischen Rollenbildern und Erwartungen nicht entmutigen lassen sollten.“ In den meisten Regionen werden daher auch über das Programm hinaus Netzwerke gebildet, um Frauen in der Politik und künftige Kandidierende zu unterstützen. ■

SERVICE:

Zur Website des Programms:
www.frauen-in-die-politik.com



KONTAKT:

Dr. Helga Lukoschat
Kathrin Mahler Walther
EAF Berlin
Telefon: 030 3087760-0
aktionsprogramm@eaf-berlin.de
www.eaf-berlin.de

Bei der Abschlussveranstaltung der ersten Programmrunde im Mai 2023: Die Teilnehmer*innen haben sich vor der Orangerie in Oranienburg aufgestellt.





LEADER kann Vielfalt

Was haben barrierefreie Sportanlagen, ein syrischer Fußballtrainer und Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweisen der EU gemein? Sie tragen zum Zugang für alle, zu Integration und Gleichstellung bei – und LEADER unterstützt dabei.

[VON ANJA RATH]

Am 12. August fand in Odenthal der „Sportabzeichentag für Alle“ statt: Kinder und Erwachsene mit und ohne Behinderung konnten sich in Leichtathletik auf dem Gelände des Turnvereins (TV) Blecher 04 beweisen. „Wir engagieren uns auch dafür, Geflüchteten bei der Integration zu helfen, beispielsweise mit gemeinsamen Aktionen oder indem wir Einzelne gezielt unterstützen“, sagt Dr. Bernd Pugell, der Vorsitzende. Sportvereine seien ein integraler Bestandteil der deutschen Bürgergesellschaft und sollten eine zentrale Rolle bei der Integration und Inklusion einnehmen, sagt er.

Bergisches Wasserland fördert

Deshalb hat sich der TV vom Bund als Stützpunktverein „Integration durch Sport“ anerkennen lassen. Zudem sind das Gelände und die Sanitäranlagen seit 2019 barrierefrei. „Alle Menschen sollen gemeinsam Sport machen“, so Pugell. Der Verein hat Sportkurse entwickelt, die gezielt Zugezogene und Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen. „Wir haben seit mehreren Jahren einen Übungsleiter aus Syrien, der Badminton und Fußball unterrichtet. Für Menschen mit Behinderung bieten wir Tischtennisunterricht an. Dies wird gut angenommen.“ Im Rahmen

der Umbauarbeiten für Barrierefreiheit wurde auch der sogenannte Kommunikationsplatz neugestaltet. „Die Schule und der Verein nutzen diesen Außen-Treffpunkt regelmäßig für Ehrungen, Feiern und Veranstaltungen“, erläutert Pugell.

Sowohl der Umbau als auch neue Angebote zu entwickeln, war Teil des Projekts „Integration und Inklusion vor Ort durch Sport“. Knapp zwei Drittel der insgesamt 150 000 Euro Kosten stellte die Lokale Aktionsgruppe (LAG) der LEADER-Region Bergisches Wasserland. Sie unterstützte auch das Projekt „Behindertengerechte Draisinen“, das es Rollstuhlfahrern ermöglicht, einen landschaftlich schönen Teil entlang der Wupper zu erkunden. „Das Leben aller zu verbessern, ist Ziel unserer Entwicklungsstrategie“, sagt Martin Deubel vom Regionalmanagement. Während der vergangenen Förderperiode hatte die Region bereits „Prävention, Migration und Inklusion mitten im Bergischen Land“ als Handlungsfeld definiert, seit 2023 liegt ein Fokus auf „Bildung, Inklusion und Prävention stärken“. Projekte, die dazu beitragen, fördert die Region prioritär. „Wir schicken einmal im Jahr den rund 400 Vereinen in der Region eine Postkarte, um Kontakte herzustellen“, so Deubel. Im Oktober hat die LAG

neue Projekte ausgewählt, etwa einen barrierearmen Skatepark und ein Jugendfestival, das ausdrücklich allen offensteht.

Inklusion in der Hohen Heide

„Jeder Mensch, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder anderen Unterscheidungsmerkmalen, sollte gleiche Chancen und Rechte in unserer Gesellschaft haben“, betont auch Christian Oddoy. Er ist Regionalmanager der LEADER-Region Hohe Heide. Die Teilhabe aller fördere nicht nur die Gemeinschaft, sondern das Gefühl des Zusammenhalts, sagt er. „Wir wollen Vorbild sein und können anderen zeigen, wie Inklusion praktisch umgesetzt wird.“

Zum Beispiel mit geförderten Projekten: Durch die niedersächsische LEADER-Region rollt seit 2020 die „Inklusionskutsche“, ein rollstuhlgeeigneter Planwagen, demnächst soll das „Schützenhaus Brochdorf“ einen weiteren barrierefreien Eingang bekommen. Um kontinuierlich am Thema weiterzuarbeiten hat die LAG 2019 das Projekt „Inklusion in der Hohen Heide“ gestartet: Sie arbeitet gemeinsam mit Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Kommunen und Gruppen wie einem Seniorenbeirat und einem Verein, der sich für Inklusion einsetzt, daran, aktive Teilhabe zu fördern. In der LEADER-Region werden alle, die eine Förderung beantragen, darauf angesprochen, ob und wie Menschen mit Behinderungen an der Projektumsetzung beteiligt werden können. Dazu gibt es eine kostenlose Beratung und einen Besuch vor Ort. Etwa von Tanja Brockmann. Sie leitet den Verein „Arbeit und Begegnung“, der sich dafür einsetzt, Menschen mit starken geistigen Einschränkungen in Arbeitsprozesse einzubinden. Brockmann ist Mitglied der LAG sowie Teilhabe-Managerin



Angebote für alle: neue Tartanbahn des Turnvereins Blecher in Oden-
thal, behindertengerechte Draisine an der Wupper, Einstieg in die roll-
stuhlgeeignete „Inklusionskutsche“, Weihnachtsaktion des Projekts „Ein
Baum für Visselhövede“, bei dem Teilnehmer aus den Rotenburger Wer-
ken den Platz vor der St.-Johannis-Kirche gestalten

einer Behinderteneinrichtung. Die Bewohner begleiten sie bei Begehungen von potenziellen LEADER-Projekten. „Wir waren vor Kurzem auf einem Hof, der restauriert werden soll. Die Besitzer hatten explizit nachgefragt, wie man Menschen mit Behinderung daran beteiligen kann“, sagt Brockmann. Bei Vor-Ort-Terminen sei stets eine Fachkraft dabei, da geistig beeinträchtigte Menschen mitunter sehr direkt und emotional kommunizieren.

Regionalmanager Oddoy kommt regelmäßig mit Menschen mit geistigen Behinderungen in Kontakt und schätzt diese Emotionalität. „Es fühlt sich gut an. Wir haben eine gesellschaftliche Maske auf – sie haben das nicht, und wenn man sie einbindet, kommt es zu intensiven Kontakten. Damit bereichern sie

unsere Arbeit.“ Es gebe aber Grenzen. Oddoy berichtet von einem Treffen, bei dem sich ein Bewohner der Lebenshilfeeinrichtung vor allem für das Gebäck und die Getränke interessierte. Das mitzuerleben mache Spaß, aber es helfe nicht unbedingt, herauszufinden, wo es Bedarf für Projekte gibt – das sei Aufgabe der Einrichtungen. „Große Sitzungen überfordern die meisten“, bestätigt Brockmann. Auch ein Mitwirken bei Projektarbeit sei nicht überall möglich, etwa, wenn auf einem Gelände eine hohe Verletzungsgefahr bestehe.

Teilhabe als Fördergrundsatz

Wie wichtig der LAG das Thema Teilhabe ist, macht sie in ihrer Präambel klar: Die Region fördert nur Projekte, die Nichtdiskriminierung, Barrierefreiheit sowie Gleichstellung von Männern und Frauen – wie sie das EU-Förderrecht und beispielsweise der oben erwähnte Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweisen der EU fordert – berücksichtigen. Zu schauen, inwieweit ein Projekt dazu beiträgt, ist für die sogenannte Control- und Monitoringrunde Routine. Sie prüft die Anträge vor der Auswahl durch die LAG. Inklusion ist dabei aber kein Zwang. Neulich habe jemand eine Förderung für die Restaurierung eines Glockenturms beantragt und anfangs irritiert auf die Frage nach Beteiligung von Menschen mit Behinderungen reagiert. „Für Projekte wie dieses ist eine Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen weder sinnvoll noch umsetzbar. Bei uns stehen die Bewusstseinsbildung und die Sensibilisierung an oberster Stelle“, sagt Oddoy. Mittlerweile wüssten die Projektträger, dass es für inklusive Projekte mehr Fördergelder gibt. Ein barrierefreies WC im Schützenhaus einzurich-

ten, sei dann mitunter der Anknüpfungspunkt für den Projektantrag, der eigentlich andere Inhalte hatte. „Dadurch wird LEADER zum Vehikel, das Belange von beeinträchtigten Menschen transportiert.“ Dem Regionalmanager ist wichtig, dass Teilhabe und Inklusion keine Worthülsen werden. „Inklusion darf nicht als Mittel für eine optimierte Außendarstellung verwendet werden. Projekte müssen authentisch sein“, sagt Oddoy. Seine Erfolgsformel für gelebte Inklusion: „Begegnungen zwischen Menschen ermöglichen, bei der Zusammenarbeit ehrlich sein und etwas tun, was der Zielgruppe einen echten Nutzen bietet.“

Teilhabe-Managerin Brockmann ergänzt: „Mit dem Begriff Barrierefreiheit können Menschen angeregt werden, darüber nachzudenken, was das eigentlich für jeden bedeutet.“ Dazu gehöre, sich Gedanken zu machen, was sehbeeinträchtigte Menschen oder jene, die eine andere Sprache sprechen, benötigten. Dazu trage auch eine klare und einfache Sprache bei – so sollen etwa durch das gendersgerechte Formulieren keine neuen Barrieren entstehen. „Zudem werden wir alle älter und vielleicht in der Bewegung eingeschränkt. Dann helfen mitunter einfache Lösungen, etwa ein Handlauf.“



Die Artikel der Fokusstrecke sind auf unterschiedliche Art gendergerecht formuliert. Was sagt Ihnen am meisten zu?

<https://netzwerk-laendlicher-raum.questionpro.eu/gendern-in-landinform>

SERVICE:

Zum Projekt „Integration und Inklusion vor Ort“:
www.tvblecher.de/leader-projekt.htm

Zur LEADER-Region Bergisches Wasserland:
www.leader-bergisches-wasserland.de

Zur LEADER-Region Hohe Heide:
www.hoheheide.de



Im Rahmen von Heroes besuchten die Teilnehmer im Frühjahr 2023 gemeinsam eine Fotoausstellung. Sie sahen sich die Fotos mutiger Künstler:innen an, die sich für Meinungsfreiheit einsetzen und Widerstand gegen Krieg und kriegerische Auseinandersetzungen leisten.

eine andere Haltung als ihre Familie und fühlten sich durch diese begrenzten Rollen vorstellungen unter Druck gesetzt. Bei Heroes hatten sie zum ersten Mal die Möglichkeit, ihre eigene Meinung zum Thema Mannsein offen auszusprechen. Das Projekt schuf zudem einen Ort, an dem neue Freundschaften entstehen konnten. Einer der Teilnehmer sagte: „Die meisten Jungs sind durch Heroes wie Brüder geworden, die man vorher nicht kannte.“

Wichtig: Vertrauenswürdige Workshopleiter:innen

Die Erkenntnisse des Projekts sind auch auf andere Gruppen und Themen übertragbar: Eine langfristige vertrauensvolle Begleitung durch Pädagog:innen, die eine ähnliche Sozialisationsgeschichte haben oder ähnliche Erfahrungen teilen wie die Teilnehmer:innen, ist wichtig, damit eine nachhaltige Wirkung entsteht. Gemeinsamkeiten zwischen den Workshopleiter:innen und der Gruppe, wie etwa ein ähnliches Alter, ermöglichen einen Zugang und stellen das Miteinander- und Voneinander-Lernen in den Vordergrund. Zudem ist es unerlässlich, Schutzräume, sogenannte Safer Spaces, einzurichten.

Das Projekt im Kreis Schleswig-Flensburg ist eines von elf Heroes-Projekten in Deutschland und Österreich und das einzige im ländlichen Raum; es lief von September 2020 bis August 2023. Es wurde von der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg koordiniert und durch den Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein unterstützt. Gefördert wurde es durch den Kreis Schleswig-Flensburg sowie das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus). ■

Foto: Alex Teitreyfo Bergfeld

Tradierte Rollenbilder in Frage stellen

Junge Männer sehen sich heute mit verschiedenen Rollenerwartungen konfrontiert. Ein Projekt im Kreis Schleswig-Flensburg bot ihnen die Möglichkeit, darüber zu diskutieren. [VON REBECCA ARNOLD]

HEROES – Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre. Für Gleichberechtigung.“ So lautet der Titel eines Projekts der geschlechterreflektierten Jungenarbeit. Es richtete sich an junge Männer mit internationaler Familiengeschichte, unabhängig von Religionszugehörigkeit und Herkunft, die tradierte Vorstellungen von Geschlecht und dazugehörige Rollenbilder hinterfragen und überwinden wollten. Jungen Männern zwischen etwa 15 und 23 Jahren bot das Projekt einen Raum, über ihre Vorstellungen von Ehre zu reflektieren und sich kritisch mit der eigenen Rolle auseinanderzusetzen. Ziel war es, sie bei ihrer Identitätsbildung und der Entwicklung individueller Werte zu begleiten und zu befähigen, patriarchale Machtstrukturen und Unterdrückungsmechanismen zu erkennen, sich davon zu distanzieren und Stellung zu beziehen.

Selbst zum Trainer werden

In insgesamt 39 Workshops an Schulen haben mehr als 800 Schüler:innen über das

Thema diskutiert. An wöchentlichen Trainings ausschließlich für junge Männer nahmen rund 40 Interessierte teil. Sie lernten, selbst Workshops mit jungen Teilnehmer:innen zu den Projektthemen durchzuführen, ihnen neue Perspektiven näherzubringen und ein Vorbild zu sein. Einige Teilnehmer haben zwischenzeitlich bereits gemeinsam mit einem Gruppenleiter Workshops gegeben. Zusätzlich wurden Weiterbildungen für pädagogische Fachkräfte angeboten. So sollte das Projekt auf mehreren Ebenen wirksam werden. „Heroes ist Lernen ohne Schule“, sagt der 17-jährige Teilnehmer Mohammed.

Für die meisten Teilnehmer wurde Heroes schnell zu einem festen Termin, denn sie fanden Gelegenheit, ihre Erfahrungen zu schildern, ohne dass diese in Frage gestellt wurden – auch zum Thema Rassismus, mit dem jeder von ihnen bereits Erfahrungen machen musste. Genauso berichteten viele von ihnen von den Erwartungshaltungen der Familien, ein „starker“ Bruder oder „guter“ Sohn zu sein. Häufig hatten die Teilnehmer



KONTAKT:

Rebecca Arnold
Internationale Bildungsstätte
Jugendhof Scheersberg
Telefon: 04632 8480-0
arnold@scheersberg.de
www.scheersberg.de



Ist der Wunsch nach Vielfalt Konsens?

Vielfalt wertschätzen und Gleichstellung erreichen – das sind Ziele, die sich unsere demokratische Gesellschaft schon lange und immer wieder neu steckt. Also sind auch auf dem Land alle dafür?

Dr. Julia Grulich arbeitet am Institut für Diversitätsforschung der Universität Göttingen.

www.uni-goettingen.de

„Frau Dr. Grulich, wünschen sich die Menschen in Deutschland gesellschaftliche Vielfalt und dass alle gleichgestellt sind?“

Tendenziell sind die meisten Menschen für Vielfalt, Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit. Was wir gerecht finden, ist aber eine Frage des sozialen Vergleichs; Menschen vergleichen sich. Und wer selbst mit der eigenen Lebenssituation unzufrieden ist, hat mitunter wenig Verständnis, wenn die Interessen anderer sozialer Gruppen und nicht die eigenen in den Vordergrund gerückt werden. Nicht selten werden Gegensätze aufgemacht, die eigentlich keine sind: Die pauschale Unterteilung in „wir“ und „die Anderen“ ist ebenso problematisch wie das Gegeneinanderauspielen unterschiedlicher sozialer Gruppen wie Männer gegen Frauen oder Migranten gegen Deutsche.

„Vielfalt ist kein Trend aus den Städten, sondern überall vorhanden.“

Blicken Menschen, die auf dem Land leben, anders auf Diversität und Gleichstellung als Menschen in der Stadt?

Ich habe gerade ein Forschungspro-

jekt zur Digitalisierung der Landwirtschaft durchgeführt und konventionelle Landwirte befragt, wie sie gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen. Vor allem die ökologische Transformation – also zunehmende Umwelt- und Tierwohlansprüche in der Agrarpolitik und der Gesellschaft – macht ihnen Sorgen; sie bangen um ihre unternehmerische Zukunftsfähigkeit und sind zugleich genervt, wütend oder überfordert von den bürokratischen Vorschriften. Sie fühlen sich nicht ernst genommen. Neue Ernährungs- und Lebensformen verknüpfen sie mit negativen Assoziationen: Typische Feindbildkonstruktionen sind für sie „die Veganer“ oder „die Städter“. Vielfalt wird also eher als Bedrohung wahrgenommen.

Sie haben die Ökonomie angesprochen. Hängt das zusammen: Je mehr sich Menschen in schwieriger wirtschaftlicher Situation sehen, desto skeptischer stehen sie gesellschaftlicher Vielfalt gegenüber?

Das ist kein Automatismus: Es ist falsch anzunehmen, dass es keine Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit oder keinen Sexismus mehr gäbe, wenn alle wohlhabend wären. Auch ein hoher Bildungsgrad bedeutet nicht automatisch, dass man gegenüber Vielfalt positiv eingestellt ist. Bei sozialer Gerechtigkeit geht es auch um moralische Fragen; um Anerkennung, Wertschätzung, Fairness. Studien zeigen, dass Offenheit für Populismus und antidemokratische Haltungen unter denjenigen stärker zu finden sind, die verunsichert sind,

sich ungerecht behandelt und von der Politik nicht gesehen fühlen. Das macht sie vulnerabel. Die Unzufriedenheit der Landwirte, die ich erwähnt habe, ist ein Einfallstor für Populismus. Die Rechten versuchen, diese Lücke zu füllen. Deshalb sollte die Politik den ländlichen Raum viel stärker in den Blick nehmen.

Braucht es also eine differenziertere Politik, die die Bedürfnisse aller berücksichtigt?

Ja. Der ländliche Raum wird durch Globalisierung, kulturelle Diversität, soziale Ungleichheiten, aber auch Digitalisierung und ökologische Transformation herausgefordert. Es gilt also, sich mit den unterschiedlichen Interessen und Bedarfen der Bürger und Bürgerinnen zu befassen. Wenn beispielsweise neue Mobilitätskonzepte entwickelt werden, müssen die unterschiedlichen Lebenssituationen im ländlichen Raum berücksichtigt werden – alte Menschen haben andere Bedürfnisse als Eltern mit Kleinkindern. Vielfalt gehört als Querschnittsthema in alle Bereiche der Politik, denn sie ist kein Trend aus den Städten, sondern überall vorhanden. Es braucht eine diversitätssensible Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung, um die Lebenszufriedenheit der Einzelnen im ländlichen Raum zu fördern und Vertrauen in die lokale Demokratie zu stärken.

Frau Dr. Grulich, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach. ■

Ländliche Bibliotheken: Viel mehr als Bücher

In vielen kleinen Gemeinden sind Bibliotheken schon heute die zentralen Ankerpunkte für Kultur und Bildung. Das Soforthilfeprogramm „Vor Ort für Alle“ des Deutschen Bibliotheksverbands hat über 650 von ihnen dabei unterstützt, ihre Angebote weiterzuentwickeln. [VON MIRKO WINKELMANN]

Leihen statt kaufen – das war schon immer der Kerngedanke von Bibliotheken. In Heimsheim am Rande des Schwarzwaldes gilt das auch für Beamer, Hochdruckreiniger oder Popcornmaschine. Mit Hilfe von Bundesmitteln wurde in der örtlichen Stadtbibliothek eine sogenannte „Bibliothek der Dinge“ eingerichtet, in der man selten genutzte Gegenstände ausleihen kann. Das spart nicht nur Geld, sondern schont auch Ressourcen. In der Heimsheimer Bibliothek finden außerdem regelmäßig Veranstaltungen rund um die Themen Nachhaltigkeit und Konsum statt – außerdem gibt es ein Repair-Café, in dem ehrenamtlich Aktive dabei helfen, kaputte Gegenstände zu reparieren.

In den Städten ist diese Entwicklung hin zu einem breiteren Leistungsspektrum schon länger im Gange: Bibliotheken sind nicht mehr bloße „Buch-Behälter“, wie das Wort aus dem Griechischen übersetzt heißt. Sie sind öffentliche Wohnzimmer, also Orte des Lernens, des Austausches und des Aufenthalts. Diese „Dritten Orte“ sind neben dem Zuhause und dem Arbeitsplatz oder der Schule die besucherstärksten kulturellen Einrichtungen in den Kommunen.

Auf dem Land ist der Bedarf mangels alternativer Angebote sogar noch größer. Aufgrund klammer Kassen oder dem fehlenden Bewusstsein mancher Verantwortlicher gibt es hier jedoch teilweise erhebliche Modernisierungsdefizite. Um Bibliotheken in ländlichen Räumen bei ihrer Entwicklung zu zeitgemäßen „Dritten Orten“ zu unterstützen, hat der Deutsche Bibliotheksverband e. V. (dbv) auf Initiative der Beauftragten des Bundes für Kultur und Medien (BKM) im Jahr 2020 das Soforthilfeprogramm „Vor Ort für Alle“ gestartet. Die Zielgruppe waren öffentliche Büchereien in Kommunen mit bis zu 20 000 Einwohnenden.

Große Bandbreite an geförderten Projekten

Ein Schwerpunkt des Programms war, Räumlichkeiten neu auszustatten, um für mehr Aufenthaltsqualität zu sorgen. Davon hat beispielsweise die Stadtbibliothek Gerolzhofen in Unterfranken Gebrauch gemacht. Auch andere haben neue Möglichkeiten geschaffen: von gemütlichen Bibliothekscafés über lauschige Lesegärten bis hin zu bunten Kinder-ecken oder gut ausgestatteten Zeitschriftenlounges. Mancherorts konnten sogar neue Räume erschlossen werden. So beispielsweise in Wittlich in Rheinland-Pfalz, wo die Bibliothek in einem leerstehenden Ladenlokal einen hochmodernen Maker-Space eingerichtet hat und damit auch die Innenstadt neu belebt. Jung und Alt können sich dort unter Anleitung zahlreicher Helfer und kooperierender Einrichtungen an 3D-Druckern und Lasercuttern ausprobieren.

Die Anschaffung leistungsfähiger Technik und die Einführung digitaler Angebote waren ein weiterer Schwerpunkt des Programms. Im niedersächsischen Twistingring wurde beispielsweise mithilfe der Fördermittel der Medienbestand auf RFID für kontaktlosen Datenaustausch umgestellt und eine Selbstverbuchungsanlage eingeführt, mit der Medien eigenständig entliehen werden können. Dadurch ergeben sich für das Personal nun Freiräume für die Gestaltung neuer Angebote, beispielsweise der Leseförderung. Zudem ist die Selbstverbuchung der erste Schritt in Richtung „Open Library“, also der Möglichkeit, die Räumlichkeiten der Bibliothek als „öffentliches Wohnzimmer der Stadt“ mit dem Bibliotheksausweis selbstständig betreten und nutzen zu können.

Aber auch kleinere Investitionen können viel bewirken. So hat die Bibliothek im mecklenburgischen Röbel ein E-Lastenrad angeschafft, um auch in der Fläche Kitas, Altenheime und mobilitätseingeschränkte Personen aktiv mit Medien zu versorgen. In hun-

derten ländlichen Bibliotheken von Abstatt bis Zwönitz gibt es dank des Programms nun zudem erstmals WLAN, man kann von zuhause auf den Medienbestand zugreifen, digitale Bücher ausleihen oder Weiterbildungsangebote wahrnehmen. In der Bibliothek der sachsen-anhaltischen Stadt Gardelegen hat ein von jungen Menschen gegründeter Gaming-Club durch die Förderung einen festen Treffpunkt gefunden. Einen lebendigen Eindruck von den genannten Projekten vermitteln die sechs kurzen Projektdokumentationen auf dem YouTube-Kanal des Deutschen Bibliotheksverbands.

Kleine Summen, große Wirkung

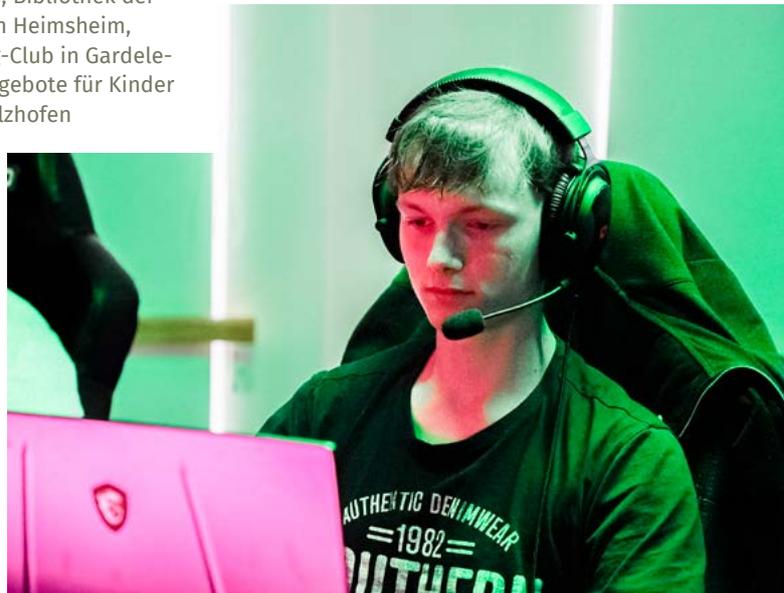
757 Projekte dieser Art konnten bis zum Auslaufen des Programms Ende 2023 gefördert werden. Die Gesamtfördersumme betrug sechs Millionen Euro, im Durchschnitt kamen auf ein Projekt also rund 8 000 Euro. Trotz dieser recht niedrigen Einzelsummen haben die aus dem Haushalt des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus) stammenden Mittel wichtige Impulse gesetzt. Allen voran waren sie ein Signal an die Bibliotheken selbst, denn andere investive Förderprogramme mit Mindestantragsbeträgen von 10 000 Euro und mehr können sie aufgrund ihrer begrenzten Eigenmittel meist gar nicht in Anspruch nehmen.

Entsprechend positiv war auch die Resonanz. Jede der drei im „Windhundverfahren“ durchgeführten Förderrunden – dabei werden Anträge nach ihrem zeitlichen Eingang bearbeitet – war in weniger als einer Stunde nach dem Antragsstart überbucht. Sind Bibliotheken sonst fast ausschließlich von der Gunst ihrer Bürgermeisterin oder des Kämmers abhängig, konnten die Einrichtungen durch das Programm ihre Weiterentwicklung nun selbst zielgerichtet vorantreiben – wodurch auch das Selbstwirksamkeitsgefühl der Mitarbeitenden gestiegen ist.





Ländliche Bibliotheken als dritte Orte (im Uhrzeigersinn): Bücherbringerservice per E-Lastenrad in Röbel, Maker-Space in Wittlich, Bibliothek der Dinge in Heimsheim, Gaming-Club in Gardelegen, Angebote für Kinder in Gerolzhofen



Den größten Nutzen haben jedoch die Menschen in den ländlichen Kommunen vor Ort. In einer Umfrage zur Evaluation des Programms gaben etwa zwei Drittel der geförderten Einrichtungen an, dass sie nun Angebote machen können, die es sonst nur in größeren Städten gibt. Rund 60 Prozent sagen wiederum, dass sich durch die Förderung auch die Attraktivität der Kommune insgesamt gesteigert hat, zum Beispiel für junge Familien. Jeweils 22 Prozent berichten außerdem, dass ihr Projekt die Teilhabechancen benachteiligter Gruppen oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort verbessert hat.

Wie geht es weiter?

Diese positiven Ergebnisse können nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei über 90 Prozent der so unterstützten Einrichtungen weiterhin Förderbedarf besteht – ganz zu schweigen von den Bibliotheken, die bisher leer ausgegangen waren, weil sie etwa die 25-prozentige Eigenbeteiligung nicht aufbrin-

gen konnten. Für eine nachhaltige Entwicklung der Bibliotheken in ganz Deutschland wäre eine Fortführung von „Vor Ort für Alle“ deshalb sehr wünschenswert, ebenso wie eine längere Laufzeit für die Projekte oder eine begleitende Prozessförderung. Im aktuellen Programm des Bundes zur Förderung von Kultur in ländlichen Räumen finden Bibliotheken jedoch keine Berücksichtigung.

Kultur und Bildung sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Im Jahr 2007 hat die vom Bundestag eingesetzte Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ in ihrem Abschlussbericht gemahnt: „Öffentliche Bibliotheken sollen keine freiwillige Aufgabe sein, sondern eine Pflichtaufgabe werden.“ Seither haben zwar einige Bundesländer Gesetze erlassen, welche die Funktionen von Bibliotheken regeln. Eine Pflichtaufga-

be der Kommunen sind Bibliotheken jedoch weiterhin nicht. Um auch in ländlichen Räumen eine Versorgung mit Kultur und Bildung sicherzustellen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und die Teilhabe aller zu ermöglichen, ist ein Umdenken gefordert. ■

SERVICE:

Die Ergebnisse der Evaluation gibt es unter: www.bibliotheksverband.de/vofa
Videos von den genannten Projekten auf YouTube: <https://bit.ly/vofa-videos>



KONTAKT:

Mirko Winkelmann
Deutscher Bibliotheksverband
Telefon: 030 6449899-19
winkelmann@bibliotheksverband.de
www.bibliotheksverband.de

„Eine Hofübergabe ist nie einfach“

Rieke Künsemöller stand vor der Frage, ob sie den Bio-Betrieb ihres Vaters übernehmen soll. Bei ihrer Entscheidung spielte auch die konsequent regional ausgerichtete Vermarktung des Betriebs eine wichtige Rolle.

[VON JÜRGEN BECKHOFF]

Der Mühlenhof in Künsebeck am östlichen Rand des Teutoburger Waldes ist so etwas wie eine grüne Oase. Das Ensemble aus alten Wohn- und Wirtschaftsgebäuden liegt in einem kleinen Waldstück mit kleinen Wiesen und einem Bächlein. Doch dieses Idyll ist umgeben von Wohn- und Industriegebieten und einer stark befahrenen Bundesstraße; auch die Autobahn ist nur zwei Kilometer entfernt. Ostwestfalen boomt seit vielen Jahren. Zahlreiche mittelständische Betriebe haben sich in der Region angesiedelt und ihre Produktion ausgeweitet. Für Landwirtschaft ist deshalb immer weniger Platz.

Fläche ist knapp

Umso erstaunlicher ist es, dass sich der Mühlenhof nach wie vor behauptet und mit Rieke Künsemöller die Hofnachfolge gesichert ist – durch eine junge Frau. 2021 hat sie den Betrieb übernommen. Ihr Vater Hermann Künsemöller hatte den Mühlenhof schon 1981 auf ökologische Erzeugung umgestellt. Trotz unterdurchschnittlicher Böden setzte er ausschließlich auf Ackerbau mit regionaler Vermarktung. Die Entscheidung, den Hof weiterzuführen, fiel Rieke Künsemöller nicht leicht. Sie musste vieles gegeneinander abwägen. Die mäßigen Standortbedingungen und die starke Flächenkonkurrenz durch die expandierende Industrie sprachen gegen die Übernahme. Zudem wusste die heute 28-Jährige, was es heißt, einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb zu übernehmen. „Das ist nie einfach, denn Familienlogik und Betriebslogik überschneiden sich ständig“, sagt Rieke Künsemöller.

Deshalb nahm sie sich Zeit für die Entscheidung, absolvierte ein Freiwilliges Jahr in der Denkmalpflege, in dem sie sich intensiv mit ihren Zukunftsplänen beschäftigte. Danach sah sie klarer. Neben ihrer grundsätzlichen Begeisterung für die Landwirtschaft bewog die studierte Landwirtin auch der für sie besondere Ort mit den alten Gebäuden und

einer ihr sympathischen Nachbarschaft dazu, den Hof zu übernehmen. Eine weitere wichtige Erkenntnis für sie war, dass sie durch die Arbeit auf einem Hof mit ökologischer Ausrichtung mit vielen Themen zu tun haben würde, die ihr besonders am Herzen liegen: Nachhaltigkeit, Erzeugung gesunder Lebensmittel, soziale Landwirtschaft und Bildungsarbeit. „Mein Ansatz war aber von Anfang an: ich mache das, weil ich es will, und nicht, weil es den Hof gibt“, betont die Bio-Landwirtin.

Wertschätzungsketten

Zu diesen Herzensthemen passt auch die besondere Vermarktungsstruktur, die ihr Vater seit der Umstellung aufgebaut hat: Nahezu alle Erzeugnisse des Mühlenhofs nehmen regionale Verarbeiter auf, mit denen der Betrieb eng zusammenarbeitet. Brotweizen, Roggen und Dinkel gehen zum Beispiel an einen lokalen Bäcker, der das Getreide selbst vermahlt. Ein Teil der Brote verkauft der Mühlenhof im eigenen Hofladen. Den gesamten Bio-Raps, etwa 40 Tonnen in diesem Jahr, nimmt eine nahegelegene Ölmühle auf – der Mühlenhof gehörte zu ihren ersten Lieferanten von Bio-Raps. Auch das so entstandene Rapsöl findet man später im Hofladen. Ein Teil der Gerste wird bei ausreichender Qualität von einer Bio-Brauerei im Münsterland abgekauft. Für Körnermais und Futtergerste gibt es langjährige Futter-Mist-Kooperationen mit tierhaltenden Bio-Betrieben in der Umgebung.

Rieke Künsemöller schätzt die regionale Verarbeitung und Wertschöpfung sehr: „Das fühlt sich für mich runder an, als Raps und Getreide einfach irgendwo abzuliefern. So hat man länger mit den eigenen Erzeugnissen zu tun. Der Rohstoff durchläuft einen Prozess und am Ende steht ein hochwertiges Lebensmittel.“ Dafür investiere sie auch gerne mehr Arbeit in die Lagerung und Aufbereitung der Ernte, sagt sie. So wird ein Großteil der Ware zum Beispiel auf dem Betrieb gereinigt und getrocknet. Ob diese Form der Ver-



marktung ökonomischer ist als der Verkauf an Großabnehmer, kann die Betriebsleiterin gar nicht sagen. Letztlich kommt es ihr darauf an, dass der Hof wirtschaftlich arbeitet. Sie denkt darüber nach, wie sie in diesem Rahmen die Verarbeitung und Vermarktung ihrer Erzeugnisse noch regionaler ausrichten kann. Mit allen Verarbeitern pflegt Rieke Künsemöller wie vorher ihr Vater schon ein enges und vor allem faires Miteinander, vieles läuft auf Vertrauensbasis. „Man kennt sich und findet auch in schwierigen Jahren mit schlechteren Qualitäten oder ungünstiger Marktlage immer eine Lösung“, sagt Rieke Künsemöller. „Da werden wir nie sitzengeblieben.“ Entscheidend für eine erfolgreiche regionale Wertschöpfungskette sind für sie Transparenz und offene Gespräche, wenn es Probleme gibt. Das gelingt ihrer Einschätzung nach in der Regel sehr gut. So informieren sich beispielsweise beide Seiten frühzeitig, wenn sich Abnahmemengen oder Qualitätsanforderungen ändern, um etwa die Anbau- und Lagerplanung rechtzeitig anpassen zu können.



Rieke und Hermann Künsemöller kontrollieren die Qualität ihres Roggens.

Herausforderung Hofnachfolge

Die Übernahme des Familienbetriebs ist für sie nach wie vor ein offener Prozess, der auch lange nach der formalen Übergabe weitergeht. „Man muss einfach sehen, dass ein landwirtschaftlicher Betrieb ein Lebenswerk ist. Das macht es manchmal schwierig, Veränderungen voranzutreiben“, sagt Rieke Künsemöller.

Eine große Hilfe bei diesen und vielen anderen Herausforderungen rund um die Betriebsübernahme waren regelmäßige Treffen mit anderen, die einen Hof übernommen haben. Dabei wurde ihr klar, dass alle mit ähnlichen Problemen und Fragen zu kämpfen haben. Vor allem half ihr der intensive Austausch über mögliche Lösungen. Auch die räumliche Trennung zum Betrieb vor und während des Studiums empfand sie bei der Entscheidungsfindung als hilfreich. Zudem legt sie großen Wert auf Freizeit, die sie für ihre Hobbys nutzt. „Der Abstand zum Betrieb und zu den Routinen ist für mich sehr wichtig und schafft immer neue Motivation fürs Arbeiten“, sagt die Bio-Landwirtin.

Erfolgreiches Anbaukonzept

Für neue Motivation bei der Zusammenarbeit mit ihrem Vater sorgte eine gemeinsame Bewerbung des Betriebs beim Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau 2023, bei dem der Mühlenhof prompt als einer von drei Siegern vom Bundeslandwirtschaftsministerium ausgezeichnet wurde. Diesen Erfolg verdanken sie einem besonderen Anbaukonzept für Raps und Klee gras, das Hermann Künsemöller über Jahre entwickelt hat. Es wird bis heute erfolgreich umgesetzt: ein sogenannter Mischanbau in Reihe, der Unkraut wirksam unterdrückt und den Boden in trockenen Sommern vor Austrocknung schützt und bei Starkregen Erosion vermeidet. Damit gelingt es dem Betrieb, kontinuierlich gute Erträge und Qualitäten im anspruchsvollen Bio-Rapsanbau zu erlangen. Durch die Kombination von Klee gras und Roggen wird es möglich, ähnlich hohe Erträge zu realisieren wie bei Roggen in Einzelsaat und gleichzeitig die volle Vorfruchtwirkung von Klee gras zu erzielen.

„Schon die gemeinsame Bewerbung hat den Blick auf den Betrieb verändert und uns gezeigt, dass wir etwas Besonderes machen. Für mich war der Mischanbau in Reihe immer selbstverständlich. Ich habe es von meinem Vater so gelernt“, erzählt Rieke Künsemöller. Auch für Hermann Künsemöller war die Auszeichnung eine neue Motivation, gemeinsam mit seiner Tochter an neuen Anbausystemen für weitere Kulturen zu tüfteln. „Das ist etwas Verbindendes“, sagt die junge Betriebsleiterin.

SERVICE:

Mehr über den Mühlenhof unter www.oekolandbau.de > Suche: Mühlenhof Halle



KONTAKT:

Rieke Künsemöller
Mühlenhof
Telefon: 05201 7600
muehlenhof-halle@outlook.de

Auf Bewährtes zurückgreifen und neue Wege beschreiten

Mit dem Photovoltaik-Bürgerprojekt „Unser Zaster bleibt hier!“ will die LEADER-Region Havelland die Wertschöpfung durch die Energiewende in die Region zurückholen. Der Gedanke dahinter: Die neuen finanziellen Spielräume können dazu beitragen, Lebensqualität und Zusammenhalt vor Ort zu stärken. [VON ANJA RATH]

Anfang November 2023 diskutierten rund 60 Menschen bei der diesjährigen Havellandkonferenz die Frage: „Havelland voller Energie – nutzen wir die Chancen der Energiewende?“ Eingeladen hatte die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Havelland. Sonja Hermann vom Kulturverein Ribbeck engagiert sich im Vorstand: „Es waren viele ehrenamtliche Bürgermeister da, aber auch Hauptamtliche aus der Verwaltung.“

Vor Ort etwas davon haben

Die Antwort auf die Frage im Titel der Konferenz lautet: noch nicht. „Seit den 2020er-Jahren beobachten wir, dass Kommunen von privaten Projektentwicklern mit Planungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen überannt werden“, sagt Frank Baumann. Er ist Geschäftsführer des Beratungsunternehmens Büro blau, das im Havelland und anderen LEADER-Regionen das Regionalmanagement übernommen hat. Häufig sind bei den Projekten von externen Firmen lediglich diejenigen, die die Flächen für Photovoltaik (PV) oder Windräder bereitstellen, an Gewinnen beteiligt. Ansonsten gehen die Regionen leer aus. Hermann kennt Beispiele aus ihrem Wohnort Nauen: „Im Augenblick arbeitet beispielsweise ein norwegisches Unternehmen

daran, eine große PV-Freiflächenanlage umzusetzen. Es gibt auch bereits einen großen Windpark – er wird unter anderem von den Stadtwerken München betrieben. So etwas ist bitter. Wir haben ein Akzeptanzproblem für die Erneuerbaren – das würde sich ändern, wenn das Geld hierbliebe.“

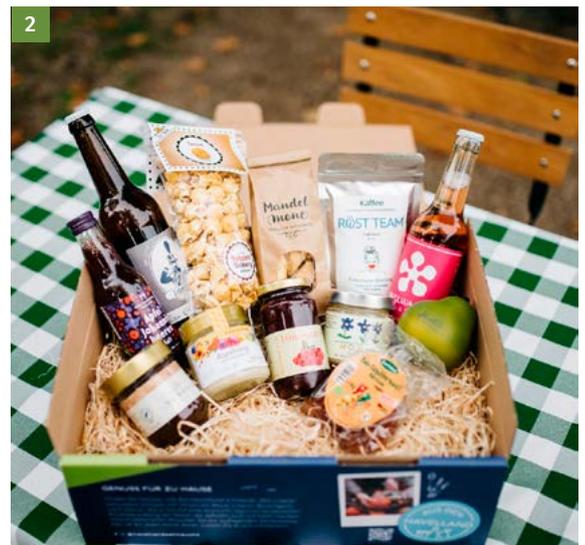
Einen Ansatz dafür gibt es: Auf Initiative eines Amtsdirektors hat sich eine Bürgerenergiegenossenschaft im westlichen Teil des Havellands gegründet. „Das ist eine landschaftlich wunderschöne Ecke, aber sie ist strukturschwach, und es gibt dort nicht viel Kapital, um es in die Region zu investieren“, erklärt Hermann. Der Ansatz der Genossenschaft ist deshalb Hilfe zur Selbsthilfe. Die LEADER-Region unterstützt sie dabei.

Kleine Initiativen, große Strukturen

In der vergangenen Förderperiode hat die LAG ein eigenes Projekt mit Fortbildungsangeboten für Ehrenamtliche aus Vereinen oder Ortsbeiräten umgesetzt, etwa zu den Fragen „Wie komme ich zu Fördermitteln?“ oder „Was wollen wir in unserem Verein erreichen?“ Außerdem fördert die LAG Projekte von „kleinen lokalen Initiativen“ (KLI) mit bis zu 5 000 Euro und einem vereinfachten Antragsverfahren. Seit 2019 konnten darüber 44

Kleinprojekte realisiert werden, beispielsweise eine Outdoor-Schachspielfläche und eine mobile Bühne für Theateraufführungen. „Als Eigenmittel müssen die Vereine kein Geld mitbringen, sondern können Muskelkraft einsetzen“, erläutert Baumann. Die ehrenamtliche Vorständin Hermann findet KLI einen „großartigen Mechanismus“: die Ansprache sei niedrigschwellig, Projekte kämen von den Menschen vor Ort, die sich freuten, wenn sie kleine Summen für Material erhielten. „Die Betreuung dieser Ehrenamtlichen ist für das Regionalmanagement im Verhältnis viel aufwendiger als die von großen Projektträgern – KLI sind also nicht effizient, aber super für die Region.“

Eine von vielen „kleinen lokalen Initiativen“: Die Outdoor-Schachspielfläche der Volkssolidarität Ortsgruppe Stechow (1). Die Genussbox (2) füllt der Tourismusverband Havelland mit Produkten aus der Region. Mit dem Gedicht Herr Ribbeck von Ribbeck im Havelland hat Theodor Fontane die Region überregional bekannt gemacht – heute folgt ein mit LEADER geförderter Radweg den Spuren des Dichters (3).



Die KLI-Gelder sind LEADER-Mittel. Es war geplant, sie über ein Regionalbudget aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) anzubieten. Doch der Bund hat beschlossen, die Ausstattung der GAK ab dem kommenden Jahr deutlich zu kürzen. Damit fällt auch ein Fördertopf für Infrastrukturprojekte weg: Brandenburg hatte die LEADER-Regionen bislang mit der Aufgabe betraut, Mittel aus dem sogenannten Sonderrahmenplan ländliche Entwicklung etwa für den Ausbau von Kitas oder Wegen zu vergeben. Die LAG rechnet nun damit, dass Antragsteller für derartige Vorhaben auf Mittel aus dem LEADER-Budget der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU hoffen. Insgesamt stehen dem Havelland von 2023 bis 2027 fast 14 Millionen Euro zur Verfügung – also eigentlich viel. „Da private Investitionen bis zu 600 000 Euro, öffentliche maximal eine Million erhalten können, schmälern solche Infrastrukturvorhaben das verfügbare Budget jedoch deutlich“, so Regionalmanager Baumann. „Man kann es aber auch positiv sehen, dass aus den großen Projekten der Daseinsvorsorge nun LEADER-Anträge werden: Wir haben damit die Möglichkeit, im Sinne der Region steuernd einzuwirken“, sagt Vorstandin Hermann.

Jugend, Wurst, Tourismus

Verbessern will sich die LAG beim Nachwuchs. „Wir wollen jungen Menschen die Möglichkeit geben, selbstständig KLI-Projekte zu entwickeln und zu verwirklichen. Dabei soll ein Jugendbudget helfen“, sagt Baumann. Das Regionalmanagement schaut darauf, wie LEADER-Projekte jugendliche Belange berücksichtigen. „Wir wollen eine professionelle Beratung einbinden, an die sich Projektträger wenden können, die Partizipation von jungen Menschen ernsthaft angehen wollen.“ Auf der Liste bereits geförderter LEADER-Vorhaben stehen viele Projekte, die zur Lebensqualität in der Region beitragen. Insgesamt hat die LEADER-Region von 2014 bis 2020 mit über 16 Millionen Euro Fördermitteln Impulse für Investitionen in Höhe von 25,7 Millionen Euro gesetzt. „Mancherorts wird LEADER vor allem als Fördertopf gesehen. Im Havelland steht die initiierende Rolle im Vordergrund“, sagt Baumann.

„Ein Anliegen war es uns, regionale Produkte in Wert zu setzen, beispielweise einen Imker dabei zu unterstützen, seinen Honig direkt zu vermarkten“, sagt Vorstandin Hermann. Die LAG habe „schöne kleine Projekte“ umsetzen können, auf die der Vorstand stolz sei: etwa die Genussbox, die der Tourismusverband

Havelland – ein Mitglied der LAG – mit regionalen Produkten wie Nussmus, Saft und Wurst füllt und die insbesondere vor Festtagen beliebt ist. Touristische Themen spielten in der vergangenen Förderperiode bei Kooperations- und Eigenprojekten eine große Rolle: beispielsweise die Entwicklung der überregionalen Radroute „Fontane.Rad“ zu Theodor Fontane. Der Sternepark im westlichen Havelland ist eines der Alleinstellungsmerkmale der peripheren Region. „Dort haben wir auch Themen, die für die Menschen vor Ort relevant sind, aufgegriffen, etwa die Lichtverschmutzung“, so Hermann.

Fit werden für den Dialog

Mit dem Kooperationsprojekt „Unser Zaster bleibt hier!“ will die Region die bürgergetragene Energiewende im Havelland vorantreiben. Ziel des Projekts ist es, Ehrenamtliche, die sich für PV auf dem Dach stark machen, zu professionalisieren. Einer der Projektpartner ist die benachbarte LEADER-Region Fläming-Havel, in der es eine weitere Bürgerenergiegenossenschaft gibt. „Häufig starten derartige Strukturen, weil jemand die Initiative ergreift und andere für Solar auf dem Dach begeistert. Doch dann kommen die Ehrenamtlichen schnell an ihre Grenzen und schaffen es nicht mehr, neue Projekte zu akquirieren“, sagt Hermann. Eine professionelle Beratung soll ihnen den Rücken stärken. Das Projekt soll zudem Kommunen dabei unterstützen, herauszufinden, inwiefern eigene Flächen für PV-Anlagen geeignet sind. „Dann können sie überlegen, ob sie sie selbst weiterentwickeln oder mit der Bürgerenergiegenossenschaft zusammenarbeiten“, erklärt Baumann das Konzept.

Baumann kennt Erfolgsgeschichten, etwa aus dem Hunsrück, in dem die Energiewende vom Landkreis vorangetrieben wurde (siehe dazu auch Seite 7). „So weit sind wir nicht: Uns geht es erst einmal darum, Ressourcen aufzubauen, um mit Flächeneigentümern oder regionalen Banken in den Dialog treten zu können.“ Die diesjährige Havellandkonferenz sollte Anregungen geben, die Ergebnisse waren für die LAG erfreulich konkret: Es haben sich Arbeitsgruppen gebildet, die sich vertiefend Gedanken machen, etwa zu einer Strategie, zu Nahwärme, Solarpartys oder zur Vernetzung. ■

Fotos: 1 - 4: LAG Havelland / Tili Budde, 2: Tourismusverband Havelland e.V., 3 Büro Blau, 5 Büro Blau / Tili Budde



Wollen im Havelland etwas bewegen: Sonja Hermann (4), die sich ehrenamtlich im Vorstand engagiert, und Regionalmanager Frank Baumann (5)



KONTAKT:

Frank Baumann
Büro Blau
Regionalmanagement der
LEADER-Region Havelland
Telefon: 030 6396037-0
info@lag-havelland.de
www.lag-havelland.de

AKIS systematisch betrachten

Für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) Europas ist die Leistungsfähigkeit des sogenannten Agricultural Knowledge and Innovation Systems (AKIS), auf Deutsch landwirtschaftliches Wissens- und Innovationssystem, von hoher Relevanz. Im Rahmen einer Studie wurden landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz befragt, welchen Bedarf sie bei Wissensaustausch und Weiterbildung sehen. [VON OLIVER MÜLLER UND VOLKER WENGHÖFER]



Um sich auf die Ausarbeitung des deutschen GAP-Strategieplans vorzubereiten und herauszufinden, welche Maßnahmen es für Beratung und Wissensaustausch – die sogenannten AKIS-Interventionen – braucht, hat das Land Rheinland-Pfalz beschlossen, Erkenntnisse aus der Praxis zu sammeln. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) wollte konkret wissen, welche Ansätze für ein vernetztes AKIS im Bundesland vorhanden sind und welche Anforderungen landwirtschaftliche Betriebe an dessen Leistungsspektrum haben. Das Institut für ländliche Strukturforchung (IfLS) wurde mit einer AKIS-Bestandsaufnahme

beauftragt: Die Mitarbeitenden interviewten 25 Akteure, die in den Wissenstransfer bestehender Netzwerke eingebunden sind. Von April bis Oktober 2021 wurde zudem eine Online-Befragung von 391 landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt und die Sicht von 20 Beratungsdienstleistenden erfragt.

Vielfältige Quellen, Themen und Inhalte

Die Betriebsleitungen wurden gebeten, auf einer Skala anzugeben, für wie aktuell sie ihren eigenen Wissensstand in landwirtschaftlichen Fragen halten. Etwa 45 Prozent beurteilten diesen als „gut“, 15 Prozent hingegen als „unzureichend“. Rund 40 Prozent gaben an, sich nicht einschätzen zu können. Gleichzeitig

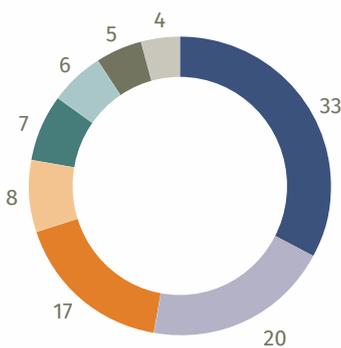
fällt es den Befragten zunehmend schwer, zuverlässige Quellen für Fachinformationen zu identifizieren. Auf die Frage nach den Formaten, über die neues praktisches Wissen für die Anwendung im eigenen Betrieb bezogen wird, gaben 32 Prozent der Betriebsleitungen digitale Informationskanäle an. Sie lassen sich in die Kategorien „Webseiten, Foren und soziale Medien“, „Rundmails, Verteiler und Newsletter“ sowie „Messengerdienste“ unterteilen. Obwohl Webseiten zur zweitwichtigsten Informationsquelle gehören, schätzten die Betriebe deren Qualität der Informationen als nur befriedigend ein. Insgesamt haben sich die digitalen Quellen der Informationsbeschaffung vervielfältigt.

Pflanzenschutz und Düngung, Marketing und Vertrieb oder die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit sind „klassische“ Beratungsthemen: Sie stehen bei den befragten Betrieben weiterhin ganz oben auf der Agenda. Aber ökologische Themen wie konservierende Bodenbearbeitung, klimaangepasste Bewirtschaftung und der Schutz der Biodiversität haben an Bedeutung gewonnen. Die landwirtschaftlichen Beratungsdienste schätzten das teilweise anders ein: Sie waren der Ansicht, dass bei einzelbetrieblichen Beratungen in Zukunft Angebote zu Betriebsmanagement, Betriebsrestrukturierung und Modernisierung sowie zur nachhaltigen Sicherung von Betrieben, etwa zur Hofnachfolge, an erster Stelle stehen sollten.

Transferformate und Weiterbildung

Die Betriebsleitungen nutzen eine Vielzahl von Formaten, um Wissen zu erhalten und zu teilen, insbesondere Feldtage und Demonstrationsveranstaltungen, digitale Angebote wie Wettervorhersage, das Informationssystem für integrierte Pflanzenproduktion (ISIP) und das Tool Geobox-Viewer zur Visualisierung georeferenzierter Daten zu landwirtschaftlichen Themen sowie Seminare. Formate, in deren Zentrum der direkte Austausch von Beratungskräften und Betrieben steht, sehen die Befragten als am wirkungsvollsten an.

Nutzung digitaler Formate zur Informationsbeschaffung
Format in Prozent



- Online-Schulung und Webinare
- Webseiten
- Geobox-Viewer (visualisiert für die Landwirtschaft relevante Geodaten)
- Messenger-Gruppen
- Soziale Medien
- Apps privater Anbieter
- Online-Merkblätter
- Datenbanken

Quelle: IfS

Nach ihren Wünschen zur fachlichen Weiterbildung gefragt, hätte ein Fünftel der Betriebsleitungen gerne mehr Angebote zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Diversifizierung, etwa 18 Prozent zu Umwelt- und Ressourcenschutz und 15 Prozent zur Anwendung neuer Technologien. Im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz war ihnen das Thema Bodenschutz besonders wichtig. Um sich fachübergreifend zu qualifizieren, wünschten sich die Befragten mehr Schulungen in Betriebswirtschaft, Führung und Management, zur Nutzung digitaler Technologien sowie in Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Was bedeutet das?

Diese Ergebnisse werfen ein Schlaglicht darauf, vor welchen Herausforderungen die Weiterentwicklung eines AKIS steht. Programmgestaltende haben die Aufgabe, die ambitionierten Ziele von GAP-Strategieplan, Farm-to-Fork-Strategie und Green Deal mit den Wissens- und Qualifizierungsbedarfen der Akteure in Landwirtschaft und ländlichem Raum in Einklang zu bringen. Der Markt kann das Angebot an landwirtschaftlichen Beratungsdiensten verbessern und auf die zukünftige Nachfrage nach Angeboten des Wissensaustauschs abstimmen. Noch unklar ist, wer Beratung und Wissensaustausch oder Informationen zu Zukunftsthemen, zu denen es noch keine etablierten Beratungsangebote gibt, bereitstellen wird. Die Betriebe stehen vor der Herausforderung, nachhaltiger zu wirtschaften: Dafür benötigen die, die sie leiten, sowohl Kompetenz und Bewusstsein als auch Handlungsfähigkeit. Die noch oft vorherrschende Fokussierung auf aktuelle Herausforderungen, etwa Pflanzenschutz und Düngung, sollte um eine mittel- bis langfristige strategische Betriebsplanung erweitert werden. Für ein AKIS in Rheinland-Pfalz zeichnet sich ein Fokus auf die Kapazitäts- und Kompetenzentwicklung von Landwirten sowie Beratungskräften ab: individuell, organisatorisch und systemisch. Damit Betriebe neue Kenntnisse und Fähigkeiten umsetzen können, müssen sie auf das dafür erforderliche Wissen zugreifen können. Noch wichtiger ist die Kompetenz, das vorhandene Wissen im täglichen Wirtschaften anzuwenden. Betriebe, Beratung und Agrarforschung müssen enger kooperieren und Kompetenzen bündeln.

Deshalb forciert das Land sowohl eine noch engere Abstimmung der diversen Angebote zur Förderung des Wissensaustauschs und der Innovationen in der Landwirtschaft als auch die intensive Vernetzung der diversen AKIS-Akteure – innerhalb von Rheinland-Pfalz und auch länderübergreifend: So werden beispielsweise transnationale Kooperationen, etwa in der Agrarmeteorologie mit Luxemburg oder im Wein- und Obstanbau mit Südtirol, weiterentwickelt. Eine zentrale Rolle kommt den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum des Landes Rheinland-Pfalz (DLR RLP) zu, deren staatlicher Auftrag bislang die Aus- und Fortbildung in den Grünen Berufen, ein umfassendes Versuchs- und Beratungswesen sowie die Weinbauforschung war. Sie sollen sich zum zentralen Wissens- und Innovationshub für die Landwirtschaft weiterentwickeln. Die DLR RLP sollen zu einer zentralen Anlaufstelle werden – für die rheinland-pfälzischen Akteure der Landwirtschaft und des ländlichen Raums und für alle AKIS-Akteure in und außerhalb von Rheinland-Pfalz.

Betrachtung mit Mehrwert

Eine systemische Betrachtung der vorhandenen Kapazitäten der AKIS-Akteure hilft dabei, Stärken und Schwächen zu identifizieren, die letztendlich eine wesentliche Basis für eine erfolgreiche Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit darstellen. Dabei sollten gezielt individuelle und soziale Erfahrungen und Kompetenzen beachtet werden. Auch die EU-Kommission hat auf diesen Umstand reagiert und den Bewertungsrahmen der Leistungsfähigkeit eines AKIS kürzlich um die Dimension der Kapazitätsanalyse erweitert: Neben Fachwissen rücken zunehmend System- und Transformationswissen, die Bereitschaft zur Veränderung sowie die Befähigung zur Kollaboration, Lern- und Reflexionsbereitschaft oder Navigations- und Anpassungsfähigkeit angesichts zunehmender Komplexität in den Fokus. Inwiefern die Interventionen des GAP-Strategieplans in diesem Sinne gewirkt haben, wird Gegenstand einer Evaluierung sein. ■

SERVICE:

Download der Ad-hoc-Studie (Teil I und II) zum landwirtschaftlichen Wissens- und Innovationssystem (AKIS) in Rheinland-Pfalz unter:

www.ifls.de/referenzen/publikationen > Suche: „Ad hoc Studie“



KONTAKT:

Oliver Müller
Institut für ländliche Strukturforchung
Telefon: 069 9726683-23
mueller@ifls.de



Flexiblere Verträge

Studien zeigen: Was die Landwirtschaft für Naturschutz tut, gilt es zu honorieren. Besonders effektiv sind regional angepasste und kooperative Maßnahmen. Ein Forschungskonsortium aus neun EU-Mitgliedstaaten hat sie untersucht. Können sie zum Mainstream werden?

[VON ANJA RATH]

Zugvögel schützen, Feuchtwiesen bewirtschaften, die Ackerbegleitflora erhalten – für jede Art und jede Landschaft braucht es verschiedene Ansätze. Deshalb ist es eine Herausforderung, Maßnahmen zu definieren, die auf landwirtschaftlichen Flächen die ökologisch beste Wirkung entfalten. Agrarumweltmaßnahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) müssen sich zudem verwalten lassen und zu den jeweiligen politischen Zielen passen.

Drei Horizont-Europa-Projekte

„Die EU hat festgestellt, dass es innovativer Verträge bedarf“, sagt Prof. Bettina Matzdorf vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF). Das ZALF koordinierte das Projekt „contracts 2.0“, an dem Praxis und

Forschung im Rahmen der Forschungsförderung Horizont Europa zusammengearbeitet haben. Es war eins von drei parallel laufenden Projekten zu neuartigen Verträgen. Zugrunde lagen die Fragen: Welche Ansätze gibt es, konkrete Ergebnisse der Landwirtschaft zu honorieren, etwa, wenn sie das Vorkommen schützenswerter Arten nachweist. Wie wird das Erfüllen von Umweltauflagen bei der Zusammenarbeit in Wertschöpfungsketten oder bei der Pacht wertgeschätzt? Was können Kooperationen zu Erhalt und Schutz der Biodiversität beitragen?

Für das kooperative Modell gibt es seit 2016 eine Blaupause aus den Niederlanden. Brandenburg hat 2023 eine vergleichbare Maßnahme eingeführt: Landwirte vereinbaren, welche regionalen Ziele sie erreichen wollen;

über ein Projektmanagement, beispielsweise einen Verein, werden die Mittel aus der GAP abgerechnet (siehe auch LandInForm 1.23). „Diesen Ansatz befürwortet die Wissenschaft schon seit Langem“, so Matzdorf. Die Verwaltung steht dabei allerdings mitunter vor kniffligen Fragen, etwa, wer haftet, wenn Regelungen nicht eingehalten werden. Private Verträge könnten helfen.

Gute Beispiele gefunden, Betriebe befragt

Die Firma Hipp produziert in Europa Baby-Nahrung, die weltweit verkauft wird. Das Unternehmen wird auf der Website von Contracts 2.0 als deutsches Best-Practice-Beispiel vorgestellt, denn es pflegt mit zuliefernden landwirtschaftlichen Betrieben Verträge, die zum Schutz von Boden und Biodiversität sowie zu fairen Produktionsbedingungen bei-

Um Landwirtschaft, die Naturschutz betreibt, zu honorieren, ist vieles möglich und noch mehr denkbar:

1_ Für einen Blühstreifen gäbe es EU-Gelder, etwa im Rahmen einer Öko-Regelung oder Agrar-Umweltmaßnahme.

2_ Ein Feldgehölz als Agrarumweltmaßnahme pflegen – noch besser wäre, wenn es ein Teil von miteinander vernetzten Lebensräumen wird. Das könnte das Ziel einer regionalen Kooperation sein. Aber dürfen dann noch Mittel aus privaten Quellen oder dem Naturschutz dazukommen?

3_ Bienenweide und -hotel mit Crowd-Funding-Mitteln anlegen?

4_ Auf Pflanzenschutz verzichten: als Öko-Regelung oder honoriert durch Lieferverträge mit dem Handel?

tragen. Es gibt auch Beispiele für Pachtverträge und zur Honorierung von Ökosystemdienstleistungen. „Wir haben existierende Ansätze sozialwissenschaftlich untersucht und die Beteiligten interviewt“, sagt Matzdorf.

Ein weiterer Ausgangspunkt waren experimentelle Befragungen rund 1 800 landwirtschaftlicher Betriebe aus Deutschland, den Niederlanden, Polen und Tschechien. Sie konnten zwischen verschiedenen Vertragsmodellen wählen. Es wurde deutlich, dass die Bezahlung der größte Hebel ist, um Betriebe für Bewirtschaftungspraktiken zu gewinnen, die dem Gemeinwohl dienen. Wie funktionieren Verträge, die sowohl dazu beitragen, öffentliche Umweltgüter wie Boden, Wasser und Natur zu schützen als auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Landwirtschaft zu sichern?

Etwas mehr als die Hälfte der befragten Betriebe zog Maßnahmen, bei denen die Bewirtschaftung festgelegt ist, ergebnisorientierten vor. „Vor allem wünschten sich die Landwirte Flexibilität. Sie präferieren Ansätze, bei denen sie sich selbst für Maßnahmen entscheiden oder sie kombinieren können.“ Beim „Öffentliches-Gut-Spiel“, einem

experimentellen Ansatz aus der Wirtschaftsforschung, zeigten Landwirte eine hohe Bereitschaft zur Kooperation. Im Zuge des Entwurfs der Spiele hatten die Forschenden die Bereitschaft der deutschen Landwirte prognostiziert und Interessenvertreter um eine Vorab-Einschätzung gebeten: Die Prognosen waren deutlich pessimistischer als die Haltungen, die im tatsächlichen Spiel sichtbar wurden. „Daraus lässt sich die Frage ableiten: Werden innovative Maßnahmen vielleicht auch deshalb nicht angeboten, weil die Experten sie anders einschätzen als die Praxis?“ Um die verschiedenen Perspektiven einzubinden, starteten parallel zur Befragung sogenannte Innovation Labs: Forschende brachten Hintergrundwissen und Praxispartner konkrete Erfahrungen ein; in den Policy Innovation Labs waren zudem politisch Verantwortliche eingebunden.

Vertrauensvolle Verträge

Die Ergebnisse von contracts 2.0: Vorschläge für diejenigen, die darüber entscheiden, wie Agrarumweltmaßnahmen zukünftig gestaltet werden. Ein Leitfaden enthält verschiedene Vertragsmodelle und stellt vor, wie sie sich kombinieren lassen. Zudem kommen Mittelkombinationen zur Sprache, etwa staatlicher Zahlungen mit privaten. „Das Projekt wurde vom Engagement der Beteiligten aus der Praxis getragen“, so Matzdorf. Die Begeisterung der Beteiligten vor Ort war ein Erfolgsfaktor dafür, neue Modelle praktisch umzusetzen. Die größten Herausforderungen waren mangelnde Unterstützung von Behörden und Schwierigkeiten, neue Vertragsideen mit dem bestehenden politischen Rahmen in Einklang zu bringen. Viele Beteiligte kommen in Kurzporträts und -filmen – den „Voices of the Field“ – zu Wort.

„Wir müssen über ein Vertrauensverhältnis nachdenken, damit wir miteinander Ziele vereinbaren und sie dann umsetzen“, sagt Landwirt Bernd Olligs in einem der Filme. Eine kontrollierte Mittelverwendung sei nötig. Probleme sieht er in einem hohen bürokratischen Aufwand und drohenden Kontrollen. Er findet das kooperative Modell durchweg positiv: Es biete Landwirten direkte Ansprechpersonen, sozusagen Auftraggeber auf Augenhöhe, mit denen sie Projekte umsetzen könnten. Auch der Deutsche Bauernverband (DBV), der unter anderem im Rahmen eines Innovation Labs in die Erprobung von Biodiversitäts-Kooperationen im Projekt involviert war, sieht darin einen zukunftsweisenden Weg. Christian Gäbel

vom DBV ist eine weitere Stimme, die in „Voices of the Field“ zu hören ist. „Es ist uns in unserer Feldstudie in Nordrhein-Westfalen gelungen, einen Beitrag zum internationalen Austausch zu leisten und den Betrieben zu zeigen, wohin der Weg gehen kann“, sagt der Referent für Agrarpolitik.

Appell an die Programmgestaltenden

Dafür müsste sich auch die staatliche Förderung weiterentwickeln. „Im Prinzip können jederzeit Maßnahmen angepasst werden, etwa die kooperativen“, sagt Professorin Matzdorf. „Im Fokus sollte stehen, zu ermöglichen, dass Landwirte verschiedene Ansätze kombinieren. Damit meine ich sowohl neue Ideen als auch verschiedene Mittel.“ Der EU-Rahmen sei mittlerweile flexibel, betont Matzdorf. „Das muss man klar sagen: Die Länder könnten alles umsetzen, aber dabei besteht das Risiko, dass etwas nicht funktioniert. Unsere Erfahrung ist: Es bedarf der Pioniere auf der administrativen Politikentscheidungsebene. Wir müssten eigentlich viel mehr Studien zur Risikobereitschaft der Administration machen als zu der der Landwirte.“

Es sollten auch Wertschöpfungsketten mitgedacht werden, sagt sie. „Wir haben etwa über ein Label diskutiert, mit dessen Hilfe Agrarumweltmaßnahmen der GAP dazu beitragen, die Erzeugung von Produkten in Wert zu setzen.“ Gleichzeitig werde der Schutz öffentlicher Güter ohne Förderung nicht gelingen. „Der Markt wird kaum allein die Finanzierung von gemeinwohlorientierten Wertschöpfungsketten sichern. Das hat uns Hipp bestätigt. Einen Beitrag zum Schutz von Region oder Natur schätzen Konsumenten, aber bisher sind sie zu wenig bereit, dafür ausreichend Aufschläge zu zahlen.“

SERVICE:

Mehr zum Projekt unter: www.project-contracts20.eu

Zu den beiden weiteren Horizont-Europa-Projekten zu innovativen Verträgen:

Effect – Contracts for environmental goods: <https://project-effect.eu>

CONtract Solutions for Effective and lasting delivery of agri-environmental-climate public goods by EU agriculture and forestry (Console): <https://console-project.eu>



KONTAKT:

Prof. Bettina Matzdorf
Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF)
Telefon: 033432 82-150
matzdorf@zalf.de
www.zalf.de



Von Pflanzenfotos und Begehungsflächen

Seit 2023 will die Agrarförderung mit der Öko-Regelung zu den sogenannten Kennarten Anreize dafür setzen, dass landwirtschaftliche Betriebe mehr zum Erhalt der Biodiversität beitragen. Thüringen geht mit einem digitalen Verfahren zur Umsetzung voraus – aber das finden nicht alle gut. [VON ANJA RATH UND JAN FREESE]

Die Kennartenprogramme sind eine Erfolgsgeschichte“, sagt Dr. Jan Freese, der bei der DVS im Bereich Landwirtschaft und Naturschutz tätig ist. Seit 2007 haben einige Bundesländer sie als Agrarumweltmaßnahme angeboten, seit 2023 gibt es sie bundesweit in Form der Öko-Regelung (ÖR) 5. Die Idee stammt aus der Agrarforschung der 2000er-Jahre: „Mit dem Vorkommen bestimmter Pflanzen lässt sich nachweisen, dass eine Grünlandfläche extensiv bewirtschaftet wird und so dem Naturschutz dient“, so Freese. Anstatt Auflagen auszusprechen, werden Ergebnisse honoriert – wie die Betriebe sie erzielen, können sie selbst entscheiden.

Öko-Regelung und Länderprogramme

Anders als für die übrigen Öko-Regelungen, die nicht gut angenommen wurden, haben Betriebe im Jahr 2023 mehr Flächen für die Kennarten angemeldet als erwartet: rund eine Million Hektar Grünland. Um herausfinden zu können, was dort blüht, hat das Land

Hessen die Broschüre „Kennart? Erkenn ich!“ erstellt. Ein Youtube-Video veranschaulicht, wie das Erfassen funktioniert. Rheinland-Pfalz hat einen Erklärfilm produziert. Die Methoden ähneln sich: Auf der Basis von Geodaten werden Begehungsflächen vorgegeben, innerhalb derer die Kennarten zu finden sind.

Die Länder legen fest, welche Pflanzen sie sehen wollen. Im Kennarten-Katalog von Thüringen tummeln sich 30 Pflanzennamen, die sowohl als Nachweis für die ÖR 5 als auch für die Maßnahme K1 aus dem Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) gelten, das aus einem anderen Fördertopf finanziert wird als die Öko-Regelung. Für den Nachweis von vier Kennarten kann im Rahmen der Öko-Regelung bundesweit einheitlich eine jährliche Förderung von 240 Euro je Hektar beantragt werden. Für die Maßnahme K1 bedarf es zweier weiterer, also insgesamt sechs Kennarten – dafür zahlt Thüringen zusätzlich 60 Euro. Darüber, wie der Nachweis erbracht werden muss, entscheiden die Länder.

Einfacher per App?

In Hessen sollten die Arten dieses Jahr auf einem analogen Erfassungsbogen notiert werden, der bei Kontrollen vorzuhalten ist. In Thüringen ist eigentlich ein digitaler Nachweis vorgesehen: Für den Informationsaustausch wurde 2022 die „Frage-Antwort-Nachweis-App“, kurz FAN-App, entwickelt. Da im Frühjahr 2023 die Begehungsflächen für die ÖR 5 noch nicht hinterlegt waren, wurden die Funktionen um die „freie Nachweisführung“ erweitert: Fotos von Pflanzen konnten mit Standortdaten verknüpft und für den späteren Nachweis auf dem Gerät verschlüsselt zwischengespeichert werden. Das klingt fortschrittlich. Allerdings steckt die App laut Stimmen aus der Praxis noch in den Kinderschuhen.

„Die Nachweisführung sprengt für uns die Grenze des Machbaren“, sagt Simone Hartmann. Sie leitet den Agrarbetrieb TZG Ernsteroda GmbH, der rund 1 750 Hektar Grünland bewirtschaftet, und ist Vorsitzende des Deutschen Grünlandverbands. „Das digitale Ver-

Wie gelingt der Überblick?
Meldungen in der FAN-App liegen auf dem Bildschirm des Smartphones teilweise übereinander.



destens 70 Prozent der kleinteiligen Maßnahmen, die via georeferenzierter Bilder dokumentiert werden können, in dem System abzubilden. Thüringen hat sich bei den Kennarten für den Nachweis per App entschieden und eine Hotline dazu eingerichtet. „Es ist unsere erste App dieser Art und wir haben eine steile Lernkurve“, sagt Dr. Gero Barmeier vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft. „Wir wollen das Datenaufkommen verringern, indem wir die Bild-Mindestgröße auf ein Megabyte reduzieren.“ Zudem zieht die Datenbank ins Rechenzentrum der Technischen Universität Ilmenau um, sodass zukünftig mit flexibleren Serverkapazitäten ein erneuter Datenstau vermieden werden könne. „Das Ziel ist, dass die Landwirte unmittelbar eine Rückmeldung der KI erhalten.“ Für die freien Nachweise sei ein Zwischenspeichern in der Cloud geplant, um Datenverlusten aufgrund verlorener oder defekter Smartphones vorzubeugen.

An Fragen, warum die App auf iOS annähernd problemlos, auf Android-Systemen aber teilweise fehlerhaft läuft, wird gearbeitet. „Viel-fach gab es aber auch Bedienungsfehler. Und einige Landwirte wussten anfangs noch nicht, wie die ÖR 5 ausgestattet ist.“ Insbesondere für große Betriebe, die viele Kontrollfragen erhalten, habe sich das Antworten via Smartphone-Bildschirm als ungünstig erwiesen. „Wir denken über eine webbasierte Anwendung nach“, sagt Barmeier. Bei der Einführung der FAN-App sei es erst einmal darum gegangen, einen Mindeststandard herzustellen. „Viele Betriebe kommen damit auch gut zurecht.“ Und für den Fall, dass aufgrund technischer Fehler Nachweise fehlten, gebe es eine Auffangregelung. ■

fahren ist viel aufwendiger als das analoge.“ Landwirtschaftliche Verbände hätten bewirkt, dass in Thüringen 2023 die Kennarten weiterhin per Kreuzchen händisch nachgewiesen werden können; fünf Prozent der Flächen werden dann stichprobenartig vor Ort kontrolliert. Die TZG Ernströda wendet das Verfahren auf rund 500 Flächen für die ÖR 5 mit vier Kennarten an. „Aber viele Betriebe hatten schon digitale Daten gesammelt“, so Hartmann. Für die Maßnahme K1 ist deshalb auch sie bei der FAN-App geblieben: Damit muss sie die sechs Kennarten mit Einzelbildern von jeder Fläche dokumentieren. „Wir haben 389 K1-Flächen. Ich setze dafür fünf Mitarbeiter sowie zwei ehemalige Mitarbeiter ein, die es in ihrer Freizeit machen.“

Etwa 30 Minuten dauere das Fotografieren pro Fläche. Dann wird jedes Bild mit Standortdaten in die Cloud hochgeladen, wo eine künstliche Intelligenz (KI) prüft, ob es sich tatsächlich um die angegebene Art handelt. Jede Datei muss mindestens drei Megabyte groß sein. „Das Hochladen sollte deshalb im WLAN erfolgen“, sagt Hartmann. Sie rechnet dafür mit 20 Minuten pro Fläche. Die Datenmengen hätten sich als Problem herausgestellt. So benötigten die bisherigen K1-Nachweise der TZG Ernströda rund elf Gigabyte Speicherplatz. „Die Datenbank des Landes ist zwischenzeitlich vollgelaufen. Das verlangsamte die Prozesse. Es kann Minuten oder Tage dauern, bis ich eine Rückmeldung bekomme, ob die Bilder von der KI akzeptiert werden“, so Hartmann. Sie klingt verärgert. Als klar war, dass Thüringen mit der App vorangehen wollte, hätten die Berufsstände angeboten, gemeinsam daran zu arbeiten, damit sie möglichst benutzerfreundlich wird. Es gebe zwar eine Arbeitsgruppe, doch die Praxis würde darin eher informiert als beteiligt. Hartmann fühlt sich mit der Software alleine gelassen: „Die App zeigt viele Meldungen zu einzelnen Flächen an, die teilweise übereinanderliegen, sodass ich sie nicht zuordnen kann.“ Da es an Lösungsvorschlägen von offizieller Seite fehle, suche sie in einer Telegram-Selbsthilfegruppe mit anderen Betroffenen nach Antworten auf die technischen Fragen.

Nach dem Okay der KI sollen nicht eindeutige Bilder vom zuständigen Landesamt manuell nachgeprüft werden. Das dauere derzeit Wochen, berichtet Hartmann. So lange blie-

be die Ungewissheit, ob die Nachweise akzeptiert werden – oder Abzüge drohen. „Extensive Grünlandbetriebe sind oft auf die Mittel aus der Öko-Regelung und den Agrarumweltmaßnahmen angewiesen“, sagt Freese von der DVS. Er hört auch von Seiten der Beratung Klagen über die FAN-App. Gleichzeitig gilt sie als Blaupause für weitere Bundesländer, etwa Hessen, Niedersachsen und Bayern entwickeln eigene Anwendungen.

Weiterentwickeln

Nicht ohne Grund: Für die flächenbezogene Agrarförderung wurde auf EU-Ebene ein satellitenbasiertes Flächenüberwachungssystem eingeführt. Allerdings kann es Details wie etwa einzelne Arten nicht unterscheiden. Deshalb sollen von den Mitgliedstaaten bis 2027 Möglichkeiten geschaffen werden, min-

SERVICE:

Mehr zu den Öko-Regelungen und Kennarten unter www.dvs-gap-netzwerk.de/foerderung/foerderung-nach-themen/oeko-regelungen

Mehr zur FAN-App im App- bzw. Playstore und unter <https://tllr.thueringen.de/wir/aktuelles/import-mi/detailseite/per-handy-zum-landesamt>

Zu den Erklärfilmen

in Hessen: <https://llh.hessen.de/unternehmen/agrarpolitik-und-foerderung/direktzahlungen/video-zur-oeko-regelung-5-erfassung-dokumentation-hessischer-kennarten>

in Rheinland-Pfalz: www.youtube.com > Suche: DLR RLP Öko-Regelungen

Region braucht Kultur braucht Region

Kultur ist bunt, vielfältig – und ab und an auch verrückt. Wie kulturelles Engagement ländliche Regionen (wieder-)beleben kann und was Piraten und Vögel damit zu tun haben, ist Gegenstand einer Dissertation.

[VON MARIA RAMMELMEIER]

Wir sind einfach ein bisschen durchgeknallt“, sagen Walli und Traudl. Die beiden Frauen organisieren ein Kunstdorf in Ostbayern:

Dort gibt es alle zwei Jahre eine mehrtägige Vernissage mit ortsansässigen Kulturschaffenden aus den Bereichen Kunst, Literatur und Musik. Mittlerweile ist fast jeder der knapp 300 Einwohnenden des Dorfes an dem Event beteiligt. Man müsse einen Vogel haben, um in die eigene Sache so viel Energie, Zeit und Kraft zu investieren, sagen Walli und Traudl – und tun genau das. Dass es viel Mut, Leidenschaft und Durchhaltevermögen braucht, würden auch andere Kulturschaffende und Kreativwirtschaftende bestätigen. Engagierte, die nach kreativen Lösungen suchen, prägen vielerorts das kulturelle Engagement in ländlichen Räumen. Die Vielfalt ihrer Ansätze spiegelt sich in der Rechtsform wider – vom eingetragenen Verein über gemeinnützige GmbHs bis zu losen Gruppen –, und darin, dass Engagement manchmal von Einzelnen, manchmal von Gruppen getragen wird. Auch die Orte, an denen Kleinkunst, Theater, bildende Kunst und Musik stattfinden, sind vielfältig: von Kunstausstellungen in Schulgebäuden über private denkmalgeschützte Scheunen bis zur kulturellen Nutzung des gesamten Dorfes. Die Angebote tragen zur Daseinsvorsorge bei, indem sie eine lebenswerte Umwelt schaffen und die Regionen durch Engagement und kulturelle Aktivitäten beleben. Welchen Stellenwert nehmen Kulturschaffende also in der regionalen Entwicklung, bei Akteuren im Dorf oder Mitarbeitenden von Verwaltungen ein?

Kultureller Einsatz als Forschungsthema

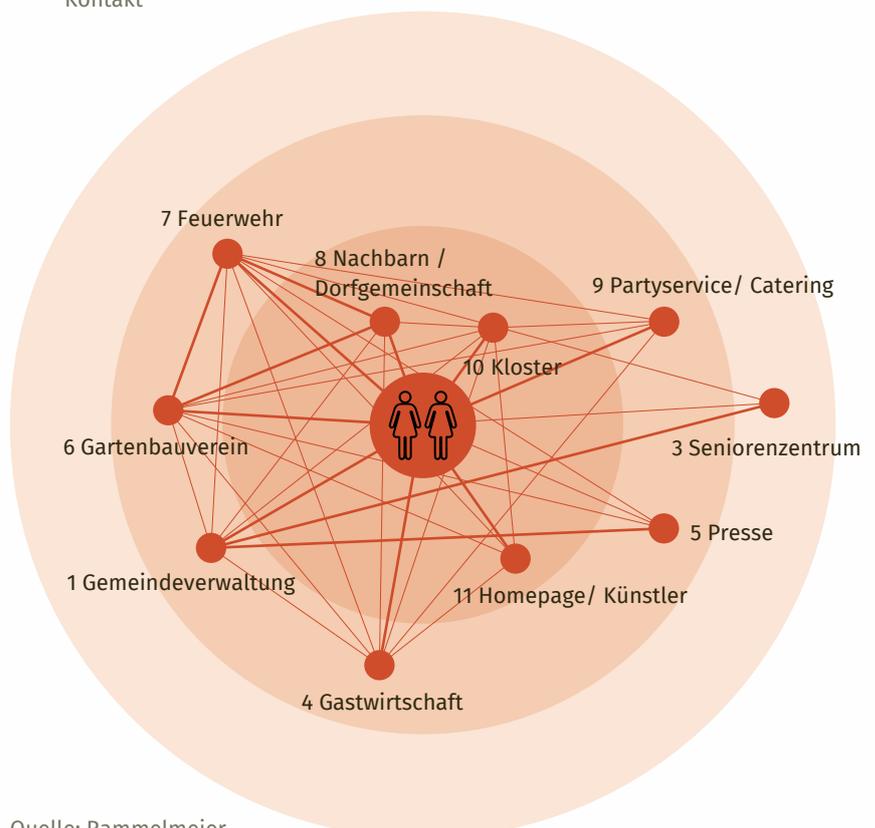
Die Dissertation „Engagement für lebendige Regionen. Wie kann Regionalentwicklung kulturelles Engagement in ländlichen Räumen stärken?“ hat erstmals gezielt die eingangs benannten Charakteristika kulturellen Engagements auf dem Land herausgearbeitet und hinterfragt, inwiefern es vor Ort und in der Region Unterstützung findet. Im Fokus stehen zwei ostbayerische ländliche Regionen. Der Arbeit liegen 17 leitfadengestützte

Interviews zugrunde; eingeleitet wurden sie mit dem Erzählpuls „Ich interessiere mich für Kultur auf dem Land. Da würde ich gerne wissen, wie Sie zu Ihrem Engagement gekommen sind“. Darauf aufbauend entstanden 15 egozentrierte Netzwerkkarten, die sichtbar machen, wie die Betreibenden von Kleinkunsthöfen, Kulturschaffende, in Theatervereinen Tätige mit Aktiven in Regionalmanagement, Kommune, Kreis oder Heimatpflege zusammenhängen und -arbeiten.

Ein Beispiel ist das Kunstdorf von Walli und Traudl (siehe Abbildung), die im echten Leben anders heißen. Die beiden stehen als Organisationsteam im Zentrum. Sie nennen zehn Kontakte, die hinsichtlich Zusammenarbeit oder Austausch eine Rolle spielen: an erster Stelle die Gemeindeverwaltung, gefolgt vom Seniorenzentrum, der Gastwirtschaft und der Presse. Auch der örtliche Obst- und Gartenbauverein sowie die Feuerwehr nehmen Einfluss auf das Engagement der Initiatorinnen, ebenso Nachbarn, die Dorfgemeinschaft, das gebuchte Catering und schließlich die Teilnehmenden selbst. Walli und Traudl pflegen zu allen Kooperationspartnern einen engen Kontakt – abgesehen vom Seniorenzentrum und der Presse. Die beiden gehen davon aus, dass auch die

Netzwerkkarte zum Kunstdorf:
Mit wem haben Walli und Traudl Kontakt?

- sehr wichtige Personen
- wichtige Personen
- weniger wichtige Personen
- enger Kontakt
- Kontakt



Quelle: Rammelmeier



„Es geht sowohl für die Akteure der Regionalentwicklung, die die Kulturschaffenden unterstützen, als auch für die Kulturschaffenden selbst darum, ein kulturelles Bewusstsein in der Region zu erhalten oder zu fördern.“

anderen Akteure untereinander stark vernetzt sind: Im Durchschnitt gibt jeder Netzwerkpartner an, im Rahmen des Kunstdorfes mit sieben Personen im Kontakt zu stehen.

Im dem Beispiel beschränken sich die Kontakte auf das Dorf, in dem das kulturelle Engagement stattfindet. Das hängt mit der Vorgabe von Walli und Traudl zusammen, dass alle teilnehmenden Kulturschaffenden aus dem Dorf kommen müssen. Institutionelle Kontakte nach außerhalb spielen keine Rolle, aber private Verbindungen zu den Kunstschaffenden sind sehr wichtig. Weniger relevant sind institutionelle Kontakte innerhalb des Dorfs, in den meisten Fällen zu Institutionen oder Vereinen im Hintergrund. Das Netzwerk des Kunstdorfs zeigt beispielhaft, wie selbstbezogen die sozialen Beziehungen gestaltet sind und dass institutionelle Akteure als enge Kooperationspartner eher selten genannt werden. Dennoch kommen viele kulturelle Aktivitäten nicht ohne Unterstützung aus.

Wie unterstützen?

Ein Veranstalter mit dem Pseudonym „Schore“ organisiert in einem ostbayerischen Dorf mit knapp 200 Einwohnenden kulturelle Ver-

anstaltungen in einer speziell dafür errichteten Lokalität in der Ortsmitte. Für Schore gehören Kreativität, Freiheit und Kultur zusammen: „Ich habe hier völlige Freiheit, bin im Grunde genommen so etwas wie ein Pirat und darf mir deswegen auch Sprüche erlauben.“ Eine Haltung wie diese kann mit den Ansprüchen von Ämtern oder Institutionen kollidieren, die Förderungen für Kulturprojekte anbieten.

In der Dissertation zeigte sich, dass viele der Befragten aus der Regional- und Kreisentwicklung sowie der kommunalen Verwaltung kulturelles Engagement bisher wenig unterstützen, obwohl sie die Möglichkeit dazu hätten. In der Untersuchung wird zudem deutlich, dass eine Person, die materiell und immateriell fördern kann, Kompetenz sowie Wissen über die Herausforderungen und Charakteristika kulturellen Engagements und entsprechender Angebote benötigt. Zudem bedarf es des Willens, zu fördern, also auch Mut und Durchsetzungsfähigkeit, etwa, wenn Skepsis in

den kommunalen Gremien aufkommt oder das grundsätzliche Bewusstsein über die Wichtigkeit von Kultur für die Regionalentwicklung fehlt. Ein Fokus auf Defizite und Probleme, die es mit sich bringen kann, kreative und damit teilweise unkonventionelle Projekte zu unterstützen, ist der Kultur im ländlichen Raum nicht zuträglich, denn diese Haltung passt nicht zur Aufbruchsstimmung vieler Kreativer. „Da sitzt so ein Heimatpfleger, der immer bloß an den Weltuntergang denkt“, sagt ein Heimatpfleger über sich selbst. Heimatpfleger sind in Bayern für die Förderung der lokalen Kultur zuständig. Sie bearbeiten im Ehrenamt – je nach Interessenslage – eigene Schwerpunkte wie Volkskunde, Tracht oder regionale Ortsentwicklung. Der oben Zitierte reflektiert im Interview, dass seine Meinung teilweise zu eingefahren und sein Blick zu sehr auf Defizite ausgerichtet ist.

Neben der Stabilität der Akteursnetzwerke und den Kompetenzen der in der Regionalentwicklung Aktiven sind weitere strukturelle Faktoren für das Gelingen einer kulturellen Entwicklung entscheidend: eine klare Aufgabenverteilung sowie definierte Zuständigkeiten in den Verwaltungen und zwischen verschiedenen Institutionen, die sich mit Kultur im weitesten Sinne beschäftigen. Außerdem müssen Strukturen, die Kultur bereits immateriell und materiell fördern, erhalten und gepflegt werden. Darüber hinaus gilt es für die Unterstützenden kulturellen Engagements, Ressourcen zu mobilisieren, also Zeit und Geld oder auch Personal zur Verfügung zu stellen. Hier agieren verschiedene Multiplikatoren aus den Bereichen Kreisentwicklung, Kultur- und Regionalmanagement, Kommunalverwaltung sowie Heimatpflege. Schließlich geht es sowohl für die Akteure der Regionalentwicklung, die die Kulturschaffenden unterstützen, als auch für die Kulturschaffenden selbst darum, ein kulturelles Bewusstsein in der Region zu erhalten oder zu fördern. ■

SERVICE:

Die Dissertation wurde im Rahmen des interdisziplinären Promotionsprogramms „Dörfer in Verantwortung – Chancengerechtigkeit in ländlichen Räumen“ durchgeführt und wird Ende 2023 im LIT-Verlag erscheinen: www.lit-verlag.de/isbn/978-3-643-15385-2



KONTAKT:

Dr. Maria Rammelmeier
Universität Vechta
Telefon: 04441 15506
maria.rammelmeier@uni-vechta.de
www.uni-vechta.de/vistra

Mehr als Services

Mehrfunktionshäuser bieten vieles: Nah- und Gesundheitsversorgung, nachbarschaftliche Netzwerke oder Dienstleistungen. Das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung hat lokale Initiativen dabei unterstützt, solche Orte zu schaffen. Was braucht es, damit sie wirksam werden? [VON LEA DOMMEL]

Ein leerstehendes Ladenlokal in der Nähe des Ortskerns, eine engagierte Lenkungsgruppe mit Menschen aus der Samtgemeinde Neuenkirchen, aus der ortsansässigen Werbegemeinschaft, aus Politik und Verwaltung: Viel mehr bedurfte es im ersten Schritt nicht, um in dem niedersächsischen Ort Ideen rund um ein Mehrfunktionshaus zu entwickeln. Örtliche Versorgungslücken zu schließen, aber auch einen sozialen Treff- und Beratungspunkt zu etablieren, standen dabei im Fokus der Planungen.

Mit der Drehscheibe Neuenkirchen alles unter einem Dach

Daraus ergab sich ein Vier-Säulen-Modell. Es setzt auf ein Shop-in-Shop-System mit der Vermietung kleiner Flächen an Gewerbetreibende, die regionale und handwerkliche Erzeugnisse verkaufen, auf Beratung, etwa zu Angeboten der Agentur für Arbeit, der Caritas oder des Landkreises Osnabrück, auf Dienstleistungen wie Hörgeräte-Akustiker, E-Bike-Verleih oder Reinigung und auf Information zu Tourismus- und Kulturangeboten.

2017 eröffnete das Mehrfunktionshaus „Drehscheibe Neuenkirchen“ und hat sich schnell

im Ort und der Region als Treffpunkt etabliert. Die Lenkungsgruppe ist nach wie vor engagiert; unterstützt wird sie mittlerweile von hauptamtlich Mitarbeitenden, die sich um Koordination, Veranstaltungsorganisation und den Verkauf kümmern. Gefördert wurde die Drehscheibe Neuenkirchen mit rund 100 000 Euro unter anderem bei den Personal- und Mietkosten über das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus). Seit dem Ende des Förderzeitraumes finanziert die Samtgemeinde Neuenkirchen die Drehscheibe, zusätzliche Einnahmen generiert die Vermietung der Shop-in-Shop-Flächen. Das Projekt verdeutlicht: Mehrfunktionshäuser haben mehr als Nahversorgung zu bieten.

Immer Gemeinschaftsprojekte

Die BULEplus-Fördermaßnahme unterstützte von 2016 bis 2020 insgesamt 13 lokale Initiativen mit 1,3 Millionen Euro. Das Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung (KomLE) hat die Maßnahme für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) umgesetzt und dabei Erfolgsfaktoren und Hemmnisse betrachtet. Unter den Projekten finden sich kulturelle Angebote, Möglichkeiten zum Coworking, Räume für Events, Seniorentages-

pflge, medizinische Versorgung, Kitas und Ferienprogramme für Kinder. Die Gemeinden und die Menschen vor Ort haben Räume für Angebote geschaffen, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Wie entstehen diese Projekte im Ort? Was sind die treibenden Kräfte? Grundsätzlich gilt: Ein Mehrfunktionshaus lebt vom gemeinsamen Handeln. Bei allen 13 Initiativen war es stets eine Gemeinschaftsleistung: engagierte Menschen vor Ort, Vereine, Unternehmen, Politik und Verwaltung, die das jeweilige Projekt vorantrieben und eine Projektgruppe gegründet haben. Eine Bedarfs- und Marktanalyse durfte in dem Prozess ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden. Genauso wichtig war es, Verwaltung und Politik vor Ort einzubinden, bevor es an die finale Konzeptentwicklung und die Standort-Findung ging. Die Wahl des passenden Betreibermodells und eine geeignete Kommunikationsstrategie, um passende Geschäftspartner zu finden und Akzeptanz vor Ort zu schaffen, waren unerlässliche Schritte für den weiteren Entwicklungsprozess.

Ein Treffpunkt mit kleinen Läden, Dienstleistungen und Beratung: das Mehrfunktionshaus Drehscheibe im niedersächsischen Neuenkirchen



Foto: Korris



Im historischen Bahnhof im thüringischen Rottenbach: Café und Regionalladen mit Produkten für den täglichen Bedarf

Historischer Bahnhof als Regionalladen und Treffpunkt

Im thüringischen Rottenbach gab es schon 2011 erste Überlegungen, für weitere Belegungen in der Gemeinde zu sorgen. Eine Bürgerinitiative, in der auch Gemeinderat und Bürgermeister vertreten waren, entwickelte daraus die Idee, das leerstehende Bahnhofsgelände in einen multifunktionalen Regionalladen zu verwandeln. Durch diesen neuen Verwendungszweck sollte das ortsbildprägende Gebäude wiederbelebt werden und der Bahnhof seine touristische Bedeutung als wichtiger regionaler Umsteigepunkt zur Thüringer Bergbahn wiedererlangen.

Eine 2014 gegründete Genossenschaft trieb die Idee und deren Umsetzung voran. 2019 war es dann soweit: Der Bahn-Hofladen öffnete seine Türen. Seitdem gibt es ein vielfältiges Angebot mit Mittagstisch sowie Produkten aus der Region und für den täglichen Bedarf. Hinzu kommen Veranstaltungen wie Sommerfeste, Aktionen für Kinder, Weihnachtsmärkte – Jung und Alt kommen hier zusammen. Zudem hat das Bürgerbüro der Stadt Königssee einen Sitz im Bahnhof. Eine hauptamtliche Marktleiterin, deren Stelle seit dem Ende des BULEplus-Förderzeitraums von der Genossenschaft finanziert wird, und Ehrenamtliche organisieren zusammen den Betrieb und den Verkauf.

Die Drehscheibe in Neuenkirchen und der Bahn-Hofladen in Rottenbach tragen sich seit dem Ende des Förderzeitraumes selbst – so wie alle der geförderten Mehrfunktionshäuser: sei es durch Mieteinnahmen, Markterlöse, Genossenschaftsanteile, Spenden oder auch durch eine Trägerschaft seitens der jeweiligen Kommune. Die Vielseitigkeit der einzelnen Mehrfunktionshäuser bietet die Chance,

Erträge zu generieren und dadurch die Finanzierung sicherzustellen. Diese Konzepte können einen Impuls für die ländliche Entwicklung setzen und damit langfristige Veränderungen erreichen – das ist eines der Ziele von BULEplus.

Dorfkümmerin koordiniert

In der Gemeinde Heiligengrabe in Brandenburg sollten die mehr als zehn bestehenden Dorfgemeinschaftshäuser in den einzelnen Ortsteilen sukzessive zu zentralen Anlaufstellen für Nahversorgung und Dienstleistungen ausgebaut werden und zeitgleich als Treffpunkte für die Dorfgemeinschaft dienen. Das Bürgerhaus Blumenthal wurde nach einer Potenzialanalyse von einer Arbeitsgruppe als Pilotprojekt auserkoren. Eine sogenannte Dorfwerkstatt erarbeitete Ideen für ein zukünftiges Angebot des Mehrfunktionshauses. Das Besondere an dem Konzept: die neu geschaffene Stelle einer Dorf-kümmerin. Diese koordiniert seit 2017 die verschiedenen Angebote in Blumenthal, darunter Trödelmärkte, Familienkino, Nachbarschaftstreffen, Sozialberatungen, Infoabende oder Bürgerfrühstücke. Dabei hat sie stets ein offenes Ohr für die Sorgen, Nöte und Anliegen der Menschen vor Ort und fördert so den Zusammenhalt und die Vernetzung in

Heiligengrabe. Sie stärkt somit gemeinsam mit Haupt- und Ehrenamtlichen die Daseinsvorsorge und erhöht die Attraktivität der Kommune. Mit dem Ende des Förderzeitraums im Dezember 2018 übernahm die Gemeinde Heiligengrabe die Finanzierung der Dorf-kümmerin, die vorher durch das BULEplus gefördert wurde.

Das KomLE stellt in drei Abschlusspublikationen ausgesuchte Mehrfunktionshäuser vor, fasst die Ergebnisse detailliert zusammen und gibt Handlungsempfehlungen für die Praxis sowie für die Politikgestaltung in ländlichen Räumen. Die Publikationen stehen online zur Verfügung. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen: Forschungsergebnisse, Praxisleitfaden und Broschüre mit Reportagen online unter www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/dorfentwicklung/nahversorgung/leitfaden-mehrfunktionshaeuser.html

Surftipp: Die neue BULEplus-Fördermaßnahme „LandStation – Verknüpfte Mobilität in ländlichen Räumen“ fördert Modellprojekte, die Mobilitätsstationen und Mehrfunktionshäuser innovativ kombinieren. Mehr unter: www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/foerderung-des-laendlichen-raumes/bundesprogramm-laendliche-entwicklung/bule-inhalte-ziele.html



KONTAKT:

Anja Klesper
Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Telefon: 0228 6845-2657
anja.klesper@ble.de
www.ble.de

Mit dem Zug übers Land

Seit einigen Jahren reaktiviert die Deutsche Bahn stillgelegte Strecken. In Hessen und Niedersachsen profitieren ganze Regionen davon. Den ländlichen Raum wieder anzubinden, ist allerdings kein kurzfristiges Projekt.

[VON ANDREA BIRRENBACH]



Von der Aussichtsplattform im Nationalpark Kellerwald-Edersee ist die reaktivierte Bahnstrecke Korbach-Frankenberg zu sehen.

Wer ein Teilgebiet des UNESCO-Weltnaturerbes Buchenwälder erkunden möchte, ist im Nationalpark Kellerwald-Edersee in Hessen richtig. Seit einigen Jahren ist sowohl die Anreise als auch die Mobilität vor Ort mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) leichter möglich. Die Bahnstrecke von Korbach nach Frankenberg, die 1987 stillgelegt wurde, ist seit 2015 wieder befahrbar. „Die Reaktivierung der Bahnstrecke deckt sich mit unserer Nationalpark-Philosophie“, sagt Jens Knopf, Leiter der Abteilung Kommunikation, Bildung und Naturerleben im Nationalparkamt. Das Buchen-Großschutzgebiet möchte ein Ort sein, der die Natur schützt und seine Gäste in Sachen Naturschutz weiterbildet. Dazu passt eine Anreise über die Schiene besser als Individualverkehr. Seit 2018 ist der Nationalpark dank der

direkten Bahnanbindung zum „Fahrtziel Natur“ geworden: So dürfen sich Ausflugsziele in der Natur nennen, die eine Reihe von Kriterien erfüllen – etwa, dass sie gut mit Bus und Bahn erreichbar sind. Ein weiteres Kriterium ist die kostenfreie Mobilität der Gäste vor Ort. Dieses Label haben die Umweltverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Verkehrsclub Deutschland sowie die Deutsche Bahn (DB) ins Leben gerufen.

Die zur DB gehörende Kurhessenbahn, die auf der Strecke Korbach-Frankenberg verkehrt, zeigt sich mit der Zahl der Fahrgäste auf der wiedereröffneten Strecke zufrieden: Wurden im Jahr 2015 etwa 146 000 Fahrgäste registriert, waren es fünf Jahre später mit rund 340 000 Reisenden mehr als doppelt so viele. Die positive Entwicklung halte laut dem

Nordhessischen VerkehrsVerbund (NVV) an. Da die Erwartungen an die Fahrgastzahlen übertroffen wurden, hat der NVV angekündigt, über weitere Zug- und Busverbindungen nachzudenken. Die Kurhessenbahn betreibt ihre Linien im nord- und mittelhessischen Raum sowie im angrenzenden Teil von Nordrhein-Westfalen. Durch die Bahnstrecke Korbach-Frankenberg, eine von vier Strecken der Kurhessenbahn, ist die Region nun per Schiene an das Ruhrgebiet und das Rhein-Main-Gebiet angebunden.

Positiv für den Landkreis

Auch aus Sicht des Landkreises Waldeck-Frankenberg hat sich die Reaktivierung gelohnt: Das verbesserte Mobilitätsangebot wirke sich positiv auf die Alltagsmobilität der Bevölkerung und die Entwicklung der Region aus, so eine Landkreissprecherin. Die Verwaltung hatte die Wiedereröffnung der Strecke



befürwortet und mitfinanziert, 4,6 Millionen Euro steuerte der Landkreis bei. Insgesamt betragen die Baukosten für die Reaktivierung rund 22,9 Millionen Euro. Das Land Hessen stemmte davon 16,7 Millionen Euro, die Kurhessenbahn übernahm 1,5 Millionen und der NVV 100 000 Euro. Neben den Genannten engagierten sich unter anderem das Straßen- und Verkehrsmanagement Hessen Mobil und der Nationalpark mit einem breiten Bündnis in der Region für die Wiedereröffnung der etwa 30 Kilometer langen Bahnstrecke, um Naturschutz, Tourismus und umweltfreundliche Mobilität miteinander zu verbinden.

Für den Nationalpark war die direkte Anbindung an den Schienenverkehr ein wesentlicher, aber letztlich nur einer von mehreren Bausteinen, um zum Fahrtziel Natur zu werden. Seit Jahren arbeiten die Engagierten in Politik und den regionalen Verkehrsbetrie-

ben, wie der Energie Waldeck-Frankenberg GmbH, auch am Ausbau der Busverbindungen. Zu Haltestellen, die nicht regulär durch Busse des NVV angefahren werden, können derzeit per Telefon Anruf-Sammel-Taxis bestellt werden. Es werde stetig daran gearbeitet, die Erreichbarkeit zu optimieren, sagt Knopf. Da der Nationalpark ein Interesse an der Mobilität seiner Besucher mit dem ÖPNV hat, kündigte er an, dass sich der Park auch künftig für weitere Verbesserungen des Angebots einsetzen werde.

Weitere Reaktivierungen in Planung

„Das ist ein sehr schönes Beispiel für eine gelungene Streckenreaktivierung“, sagt Felix Krüll von der DB Netz AG. „Die Verantwortlichen der Kurhessenbahn haben Kontakt zu den Entscheidern und den Menschen vor Ort gesucht und die Haltestellen so gewählt, dass eine Nachfrage auf verschiedenen Ebenen entstanden ist. Die Strecke erschließt den ländlichen Raum, hat aber auch eine Verbindungsfunktion über die Region hinaus.“ Krüll ist bei der Deutschen Bahn in der „Task Force Streckenreaktivierung“ aktiv. Diese Arbeitsgruppe hat im Jahr 2020 bundesweit 87 Strecken identifiziert, die theoretisch reaktiviert werden könnten. Ziel dieser Aktivierungen ist meist eine Anbindung des ländlichen Raums. „In den 1990er- und 2000er-Jahren wurde viel stillgelegt, doch seitdem hat sich einiges getan: Die Verkehrs- und die Klimawende sind von der Deutschen Bahn und der Politik gewollt“, sagt sein Kollege Wolfgang Bohrer. Ob alle diese Strecken tatsächlich eines Tages wieder befahren werden, entscheidet sich, nachdem jede einzelne auf Wirtschaftlichkeit geprüft wurde. Vor allem die prognostizierten Fahrgastzahlen spielen dabei eine Rolle. Die alleinige Nutzung durch den Güterverkehr sei nicht ökonomisch, so Bohrer.

Bei Reaktivierungen von Bahnstrecken werde zu stark auf die unmittelbar prognostizierten Einnahmen geschaut, findet Professor Axel Prieb, der bei der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) einen Arbeitskreis zur Streckenreaktivierung leitet. „Die verkehrliche Beurteilung ist wichtig und notwendig – aber eine Reaktivierung kann darüber hinaus den Kommunen und insbesondere den Mittelzentren, die an der Strecke liegen, neue Impulse geben.“ Die Bahn diene sowohl der Anbindung der Menschen des ländlichen Raums als auch dem Wunsch vieler Stadtbewohner, zur Erholung per Zug aufs Land zu gelangen. „Regionalwirtschaftliche und raumordnerische Effekte werden immer noch zu wenig in die Beurteilung einbezogen.“

Züge erschließen Süd-Niedersachsen

Der Landkreis Graftschaft Bentheim ist ein Beispiel dafür, dass eine Bahnanbindung neue Potenziale freisetzt. In der niedersächsischen Region hätten die Bewohner ihrer Eisenbahn schon seit den 1970er-Jahren nachgetrauert, sagt Ralf Uekermann von der Bentheimer Eisenbahn AG. 1974 fuhr der vorerst letzte Personenzug auf der Strecke von Bad Bentheim über Nordhorn und Neuenhaus bis zur niederländischen Grenze. Bis 2019 rollten ausschließlich Güterzüge über diese Gleise. Seitdem ist ein Teil der Strecke – von Bad Bentheim bis Neuenhaus – wieder für den Personenverkehr offen, rund 40 Züge werden dort nun von fünf Dieseltriebwagen gefahren. „Die Fahrgastzahlen sind höher als prognostiziert: Schüler, Pendler, Freizeitfahrgäste, auch Senioren fahren Zug“, sagt Uekermann. Die Bahnstrecke erschließt im südlichen Niedersachsen den ländlichen Raum.

Den Erfolg erklärt sich Uekermann mit dem starken Rückhalt der Bahn in der Region. „Hier sagen die Menschen: ‚Das ist unsere Eisenbahn.‘ So etwas ist wichtig, das darf man nicht unterschätzen.“ Die Verbundenheit der Menschen mit der Eisenbahn ist nicht nur ein Gefühl, sondern Fakt: Die Aktien der Bentheimer Eisenbahn AG gehören zu 93,8 Prozent dem Landkreis, zu sechs Prozent der Stadt Nordhorn und zu 0,2 Prozent der Stadt Neuenhaus. Das Unternehmen ist somit Eigentum der Region. Für Uekermann ist das einer der ausschlaggebenden Gründe, warum die Reaktivierung erfolgreich verlief. „Wir müssen keine internationale Gesellschaft um Geld fragen – Gespräche zwischen Eigentümern und Unternehmen sind in der Regel Ortsgespräche. Das Geld sitzt bei einem Landrat lockerer als bei Verantwortlichen in einer weit entfernten Zentrale.“

Und so war es eine entscheidende Aufgabe für die Reaktivierung der Strecke, Verantwortliche aus allen relevanten Bereichen und insbesondere der Politik mit ins Boot zu holen. Mit Dr. Elke Bertke, Dezernentin für Mobilität, arbeitet eine Unterstützerin der Bahnstreckenreaktivierung beim Landkreis Graftschaft Bentheim. „Es ist ein wichtiges Erfolgskriterium, dass man sich in der Region einig ist, geschlossen hinter so einem Vorhaben steht und es gemeinsam finanziert.“ Die Kosten für die notwendigen Gutachten sowie für die Gestaltung der Bahnhöfe haben der Landkreis und die an der Strecke liegenden Kommunen gemeinsam finanziert. Die eigentliche Reaktivierung hat damals das Land Niedersachsen zu 75 Prozent finanziert, der Rest wurde in der Region durch die Bentheimer Eisenbahn, den Landkreis und die →



Ausgezeichneter Bahnhof: Bis 2019 rollten ausschließlich Güterzüge über diese Gleise. Seitdem ist die Strecke Bad Bentheim bis Neuenhaus wieder für den Personenverkehr offen.

Kommunen bereitgestellt. Die Einnahmen werden nun über die Fahrgäste generiert, die ihre Fahrscheine zahlen. Zudem wird für jeden Zug, der die Strecke befährt, ein Trassen-Nutzungsentgelt entrichtet. „Für die Bentheimer Eisenbahn ist der Bahnbetrieb ein gutes Geschäft, denn dadurch generiert sie Einnahmen“, sagt Uekermann.

Zuganbindung steigert Attraktivität

Im Zuge der Reaktivierung wurden die drei bestehenden Bahnhofsgebäude in Bad Bentheim, Nordhorn und Neuenhaus saniert, zusätzlich hat man drei weitere Haltepunkte eingerichtet. Diese Investitionen haben zwischenzeitlich auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit geweckt: In diesem Jahr wurde der Bahnhof Nordhorn als „Bahnhof des Jahres“ ausgezeichnet. Dieses Label vergibt die „Allianz pro Schiene“, eine gemeinnützige Interessenorganisation zur Förderung und Verbesserung des Schienenverkehrs. Im Jahr 2019 wurde bereits der Bahnhof Bad Bentheim gekürt. „Dass sogar zwei unserer Bahnhöfe ausgezeichnet wurden, spricht für sich“, sagt Bertke. „Das macht die Region sichtbar und ist eine deutschlandweite Werbung für uns.“

Die Auswirkungen der neuen Zuganbindung sind nicht nur am Nordhorner Bahnhof, son-

dern auf dem gesamten umliegenden Areal erkennbar. Uekermann: „Das Bahnhofsgebäude war lange Zeit von einer Industriebrache umgeben. Als entschieden war, dass der Bahnhof für den Personenverkehr reaktiviert wird, wurden die Grundstücke auf einen Schlag verkauft. Es ist ein Kino entstanden, ein Seniorenheim, und mehrere Firmen haben dort ihre Zentralen gebaut.“

Zahlreiche Unternehmen der Region werben mittlerweile mit ihrer Bahnanbindung, sie bieten Jobtickets oder Fahrtkostenzuschüsse. Uekermann schildert, dass die Neuenhauser Maschinenfabrik, die ihren Sitz direkt am Bahnhof hat, einen Zuschuss zum Bahnticket für die Mitarbeitenden eingeführt habe, statt neue Parkplätze zu bauen. Die Zeiten für den Schichtbeginn habe das Unternehmen an den Zugfahrplan angepasst, um den Bahnfahrenden entgegenzukommen. Einige Bauunternehmen der Region profitierten auch unmittelbar von der Bahnstreckenreaktivierung. Für die Bauarbeiten an Bahnhöfen und Gleisen habe die Bentheimer Eisenbahn zum größten Teil Unternehmen aus der Region engagiert, um die Wertschöpfung vor Ort zu halten. Uekermann: „Das stärkt den Mittelstand, sichert Arbeitsplätze in der Region und sorgt so wiederum für Akzeptanz.“

Durch ihre Mitarbeit am Projekt sind die Unternehmen zu einem Teil dessen geworden.“

Weil sich die Reaktivierung insgesamt positiv auswirkt, arbeitet man in der Region intensiv daran, auch die für den Personenverkehr immer noch stillgelegte Strecke von Neuenhaus über die niederländische Grenze nach Coevorden wieder zu öffnen. „Wir sind davon überzeugt, dass sich die grenzüberschreitende Verbindung in vielerlei Hinsicht lohnt“, sagt Bertke, die sich in einer internationalen Projektgruppe einbringt. „Der Antrag wird in Kürze seitens des Landes Niedersachsen dem Bund vorgelegt. Wir hoffen, dass wir zeitnah eine Finanzierungszusage des Bundes bekommen.“ Die Kreispolitik hat bereits grünes Licht dafür gegeben, den regionalen Eigenanteil von fünf Prozent für die Fortführung der Reaktivierung zu übernehmen. ■

SERVICE:

www.nationalpark-kellerwald-edersee.de
www.kurhessenbahn.de
www.landkreis-waldeck-frankenberg.de
www.arl-net.de
www.bentheimer-eisenbahn.de
www.grafschaft-bentheim.de



Gelten für Großunternehmen andere Maßstäbe?

Ein Gastkommentar von Grit Körmer zum Fokusthema der kommenden Ausgabe „Wie große Unternehmen zur regionalen Entwicklung beitragen“



Grit Körmer ist Regionalmanagerin der LEADER-Region Märkische Seen.
www.lag-maerkische-seen.de

„Ist der Eindruck vermeidbar, dass kleine Investitionen weniger wert sind?“

Mit der Ansiedlung von Tesla in unserer Region hat sich einiges bewegt. So sehr die Entscheidung des Unternehmens, sich anzusiedeln, bei den Gremien, Wirtschaftspartnern und der Bevölkerung positiven Widerhall fand, so sehr wirft der Umgang damit, wie Entscheidungen und Genehmigungen in Verbindung mit dieser Ansiedlung getroffen wurden, Fragen auf.

Schauen wir zum Vergleich auf die LEADER-Vorhaben, die wir in den vergangenen Jahren in kontroverser gemeinschaftlicher Abstimmung mit den Landkreisen und unseren Wirtschafts- und Sozialpartnern inhaltlich entwickelt haben, so verlangen wir unseren Projektträgern einiges ab. Im Sinne unserer Kriterien erwarten wir, dass LEADER-Vorhaben regional in Netzwerke eingebunden sind, dass Synergien und neue Kooperationen entstehen. Die geplanten Vorhaben sollen im Sinne sozioökonomischer Nachhaltigkeit entwickelt werden, also Rücksicht auf vorhandene Strukturen nehmen und insbesondere keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt haben. Und natürlich müssen bereits vor Antragstellung sämtliche Genehmigungen sowie naturschutz- und denkmalrechtliche Zustimmungen vorliegen. Als Resultat dieser Abstimmungen können alle Beteiligten schon im Vorfeld abschätzen, was sich durch die Umsetzung des Vorhabens in einer Gemeinde verändern wird und wer eingebunden werden sollte.

Werden diese Maßstäbe auch an Großvorhaben angelegt, damit sie eben keine Fremdkörper oder abgekapselten Systeme innerhalb einer Region bleiben? Wie erklären wir es unseren lokalen Unternehmen und Engagierten, wenn mit Verweis auf die

zu erwartende Wirtschaftsleistung scheinbar mit zweierlei Maß gemessen wird? Ist der Eindruck vermeidbar, dass kleinteilige Investitionen weniger wert sind, obwohl sie oftmals mit einem erheblich geringeren Mitteleinsatz pro geschaffenen Arbeitsplatz auskommen?

Immer wieder werden wir alle im Verlaufe unseres Lebens und Wirkens Veränderungsprozessen ausgesetzt sein, die für das eigene Empfinden nicht erfreulich sein mögen. Hier ist es erleichternd, durch frühzeitige Information und Einbeziehung Begleitung zu finden. Regional gesehen, stellt sich die Frage, welche Stakeholder in diese komplexen Prozesse eingebunden werden sollten, damit Veränderung auch von innen heraus moderiert und unterstützt werden kann. Letztlich sollten wir ländliche Regionen als komplexe Geflechte betrachten, die in ihren Abläufen und Gegebenheiten empfindlich gestört und behindert werden können, wenn durch kurzgedachte übergeordnete Entscheidungen sehr kurzfristig komplexe Veränderungen bedingt werden. ■

Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInform-Redaktion



LESERBRIEF ZUR **LandInform-Ausgabe 3.23** zum Artikel „Für eine Renaissance der Nuss“, Seiten 34-35

Guten Tag, ich teile Ihre Begeisterung für regionale Walnüsse, sowohl privat wie auch als Dorfentwickler. Getrübt wird die Freude durch die Walnussfruchtfliege. Der vor Jahren eingeschleppte und inzwischen weit verbreitete Schäd-

ling bewirkt, dass die Fruchthülle der Nüsse matschig-schwarz wird und die reifen Nüsse erst nach aufwendiger mechanischer Reinigung zum Knacken einladen. Ich hätte erwartet, dass man in dem sonst sehr schönen Beitrag auf den Schädling hingewiesen hätte und auch auf Mög-

lichkeiten, ihn von Baum zu Baum einzudämmen.

Dr. Armin Kuphal,
Soziale Planung und
Projektentwicklung

angelesen



Satt und unzufrieden

Dr. Willi Kremer-Schillings, besser bekannt über seinen Blog als Bauer Willi, beschreibt in seinem Buch leidenschaftlich, wie er die heutige Landwirtschaft und das Konsumverhalten in unserer Gesellschaft sieht. Mit der Aussage „Ich provoziere und streite gerne“ setzt er den Ton für ein polarisierendes Buch, das durch seine direkte Art teilweise wie eine Wut-schrift wirkt: Er scheint wütend auf Verbraucher, Bürger, Agrarpolitik, Handel, Nichtregierungsorganisationen, Medien, Wissenschaft und die eigene Branche – kurzum, auf die ganze Gesellschaft. Dieser Stil mag nicht alle ansprechen. Er bietet aber Einsichten in die Frustration eines erfahrenen Landwirts über die Diskrepanzen zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen – beispielsweise an eine tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft – und den realen Rahmenbedingungen in der Nahrungsmittelproduktion, unter denen ein Betrieb wirtschaften muss.

Kremer-Schillings fordert mehr Wertschätzung für Landwirte und regionale Lebensmittel. Doch fehlt es dem Buch teilweise an wissenschaftlicher Fundierung; es setzt mehr auf persönliche, anekdotische Evidenz, was die Glaubwürdigkeit einiger Argumente schwächt. Dazu tragen auch Aussagen wie „Ich empfinde es als müßig, darüber zu philosophieren, ob sie [die Klimakrise] menschengemacht ist“ bei.

Das Buch ist lebendig geschrieben, durch die Verwendung persönlicher Anekdoten und Gespräche werden die Themen verständlich. Dieser Ansatz könnte für Interesse bei einem breiten Publikum sorgen, führt aber auch zu einer subjektiven Perspektive. Trotz dieser Kritikpunkte zeigt „Satt und unzufrieden“ die Herausforderungen der Landwirtschaft auf und diskutiert vielschichtige Themen, etwa die Biodiversität. Es regt zum Nachdenken an und fordert die Lesenden heraus, ihre eigene Rolle im Lebensmittelsystem zu überdenken.

Übrigens: Angesichts von Krisen wie Klimawandel und Artensterben wäre es begrüßenswert, wenn viele Bürger mit der heutigen Nahrungsmittelproduktion und ihrem Konsumverhalten unzufrieden wären – aber das meint Bauer Willi mit seinem Buchtitel wohl eher nicht. [him]

Willi Kremer-Schillings: Satt und unzufrieden. Bauer Willi und das Dilemma der Essensmacher, 2023, 288 Seiten, 24 Euro, ISBN 978-3-86489-395-7



So gelingt Logistik auf dem Land

Es klingt paradox: Nahversorgungsnetzwerke, die regionale Produkte vor Ort vermarkten, zahlen mehr für Transport und Lagerung als große Einzelhändler, deren Waren quer durch Europa fahren. Vielen Erzeugern und Abnehmern auf dem Land sei das nicht bewusst, so die Autoren des Leitfadens: Für die ländliche Logistik, die Mikrologistik, gelten andere Regeln als für die in kaufkräftigen Zentren.

Welche, das beschreibt die 52-seitige Publikation. Sie wurde im Rahmen des Projekts „REGIOlogistik“ erarbeitet und richtet sich an alle, die eine Alternative zum etablierten Einzelhandel auf dem Land aufbauen wollen. Basierend auf der Analyse bestehender Ansätze haben die Projektbeteiligten fünf Werkzeuge für sie entwickelt. Etwa die in der Publikation beschriebene Regiologistik-Datenbank: Sie bietet einen Überblick über funktionierende Mikrologistik-Systeme.

Von einer Liste dazu, welche Probleme Erzeuger und Verarbeiter, Händler und Gastronomen sowie Konsumenten mit regionalen Versorgungsinitiativen verbinden bis zur Frage, ob das Transportfahrzeug gekauft oder gemietet werden sollte: Der Leitfaden thematisiert eine große Bandbreite von Aspekten, über die sich Gedanken zu machen hilfreich sein kann. Die Werkzeuge sollen helfen, sie zu ordnen: Der „Lösungsbaukasten“ ermöglicht es, sich mit verschiedenen Logistikmodellen auseinanderzusetzen, der „Wirtschaftlichkeitsrechner“ bietet Erfahrungswerte zu Kosten und das „Bewertungssystem“ eine Hilfestellung zur Reflexion.

Der Text ist anschaulich, zu den vorgestellten Werkzeugen gibt es online verfügbare Dateien, etwa Tabellen mit Formularfeldern: Einige dieser Tools sind vielschichtig und komplex – sie erschließen sich erst auf den empfehlenswerten zweiten Blick. [arh]

Bundesverband der Regionalbewegung (Hrsg.): Mikrologistik im ländlichen Raum. Leitfaden für die Entwicklung und Optimierung regionaler Logistik-Konzepte, 2023, 52 Seiten, als kostenloser Download unter www.regionalbewegung.de > Projekte > RegioLogistik

angekündigt

Nachhaltigkeitswettbewerb Mobilfunk

Unter dem Motto „Mit der Umwelt auf einer Wellenlänge“ sucht die Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft mbH (MIG) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr kurzfristig umsetzbare Ideen, wie Funktürme lokal, CO₂-neutral und zuverlässig mit Strom versorgt werden können. Die MIG setzt seit 2021 das Mobilfunkförderprogramm des Bundes um. Eine Prämie von 10 000 Euro erhält die beste Idee – anschließend kann ein gefördertes Pilotprojekt daraus werden. Vorschläge können bis zum 31. Dezember 2023 eingereicht werden. [abl/abb]

<https://netzda-mig.de/nachhaltigkeitswettbewerb>

Förderung für ein „Engagiertes Land“

Das Programm „Engagiertes Land“ hat zum Ziel, strukturschwache ländliche Räume zu stärken, indem es den Aufbau und die Weiterentwicklung von Engagement-Netzwerken unterstützt: Gefördert werden Zusammenschlüsse, die bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Beteiligung in ihren Dörfern, Kleinstädten oder Gemeinden mit bis zu 10 000 Einwohnern voranbringen. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt hat das Programm initiiert. Programm-Partner sind das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und das Thünen-Institut für Regionalentwicklung. Bewerbungen für die nächste Förderrunde sind bis 17. Januar 2024 möglich. [abb]

www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/foerderung/engagiertes-land/bewerbung/

Auszeichnung für Bodenschutz

Die „European Landowners' Organization“ vergibt erneut ihren „Land and Soil Management Award“. Sie prämiert damit eine Landnutzung und -bewirtschaftung, die den Boden beispielsweise vor Erosion, Kontamination, Verdichtung oder Versiegelung schützt. Das beste Projekt erhält ein Preisgeld von 5 000 Euro. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Januar 2024. Mitmachen können alle, denen Grundbesitz gehört, die Land bewirtschaften oder verwalten. Die Preisverleihung findet im Rahmen des „Forum for the Future of Agriculture“ am 26. März 2024 in Brüssel statt. [abl/abb]

www.europeanlandowners.org/awards/land-and-soil



LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für Ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplar/e.

bitte freimachen

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

- Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name _____

Institution (ggf. plus LAG-Name) _____

Postanschrift _____

Telefon _____ E-Mail _____

Funktion des Abonnenten _____ Arbeitsfeld der Institution _____

Unterschrift _____

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen oder den QR-Code oben links dafür nutzen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

**Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Wie große Unternehmen zur regionalen
Entwicklung beitragen**



Termine

24. und 25. Januar	Land.schöpft.Wert – starke ländliche Regionen 17. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung in Berlin / hybrid	www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit Partnern
25. Januar	Welche Werte braucht das Land? * Fachforum beim 17. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung in Berlin / hybrid siehe Seite 8	www.dvs-gap-netzwerk.de/zukunftsforum DVS, BAG LAG, ASG und EKD-Büro Brüssel
6. Februar	Fläche sparen * Online-Workshop siehe Seite 9	www.dvs-gap-netzwerk.de/flaechе DVS
11. bis 14. März	Agrarforschung zum Klimawandel Veranstaltung in Potsdam	www.dafa.de/veranstaltungen/agrarforschung-zum-klimawandel-2024 Deutsche Agrarforschungsallianz
22. und 23. April	BZL-Beratertagung: Betriebliche Möglichkeiten für Gewässerschutz und Wassermanagement Veranstaltung mit Exkursionen in Neudietendorf (Erfurt)	www.praxis-agrar.de/veranstaltungen Bundesinformationszentrum Landwirtschaft und Verband der Landwirtschaftskammern

Die DVS-Termine finden Sie unter www.dvs-gap-netzwerk.de/veranstaltungen
Weitere Termine in unserem Kalender unter www.dvs-gap-netzwerk.de/service/termine

Unser Fokus-Cartoon

von Mele

